Schleswig-Holsteinischer Landtag Plenarprotokoll 10/14
10. Wahlperiode 23. 11. 83

14. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 23. November 1983

Mitteilungen des Präsidenten 686, 738

Fortsetzung der Beratung

a) Regierungserklärung zum Thema „Bekämpfung von Waldschäden"

b) Verbesserung der Luftreinhaltung durch Einführung von Abgaben für Schwefel- und Stickoxidemissionen

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/168

Engholm (SPD) 686, 722
Buhmann (CDU) 691
Meyer (SSW) 694
Dr. Hinz (SPD) 695, 718
Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr 698
Böge (CDU) 702
Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten 706
Meyenborg (SPD) 708
Graf Kerssenbrock (CDU) 711
Amthor (SPD) 715
Dr. Barschel, Ministerpräsident 718

Beschluß: Überweisung des Antrages 10/168 an den Agrar- und Umweltschutzausschuß, den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß 725

Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/165

Frau Paulina-Mürl (SPD) 725, 738
Frau Schuster (CDU), Parlamentarische Staatssekretärin 728
Meyer (SSW) 731
Frau Heiser (CDU) 732
Zahn (SPD) 734
Zimmermann (CDU) 736

Beschluß: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß 738

Regierungsbank:

Dr. Barschel, Ministerpräsident

Dr. Schwarz, Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Justizminister und Minister für Bundesangelegenheiten

Claussen, Innenminister

Asmussen, Finanzminister

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr

Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Gräfin von Brockdorff, Sozialministerin

Dr. Bendixen, Kultusminister

Beginn: 10.01 Uhr

Präsident Titzck:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung.

Wir setzen die Beratung der Tagesordnungspunkte 2 und 9 fort.

Fortsetzung der Beratung

a) Regierungserklärung zum Thema „Bekämpfung von Waldschäden"

b) Verbesserung der Luftreinhaltung durch Einführung von Abgaben für Schwefel- und Stickoxidemissionen

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/168

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Engholm.

Engholm [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir hatten vor etwa vierzehn Tagen eine Diskussion mit dem Pädagogen Hartmut von Hentig. Es ging um die Frage, warum Kinder morgens um 8.00 Uhr in der Schule nicht pünktlich sein können. Ich übertrage das jetzt und frage, warum Abgeordnete nicht pünktlich um 10.00 Uhr im Plenarsaal sind. – Der Pädagoge sagte: „Wenn ich mit den jungen Menschen rede, haben sie immer zehn bessere Argumente als ich eines." Ich will das auch für Abgeordnete gelten lassen und beginne mit dieser einleitenden Bemerkung meine kurze Erwiderung auf die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten.

(Spaeth [CDU]: Das bekommen immer die zu hören, die pünktlich sind!)

Herr Ministerpräsident, in der Zustandsbeschreibung und in der Analyse gibt es zwischen der Landesregierung und der Opposition in weiten Punkten Übereinstimmung. Die Unterschiede zwischen Ihnen und uns liegen in der Entschiedenheit, mit der wir Sozialdemokraten angesichts des Zustandes der Wälder auch in Schleswig-Holstein sofortiges und intensiveres Handeln fordern.

(Beifall bei der SPD)

Dies zeigt sich schon darin, daß Sie im Gegensatz zu uns offenkundig den Begriff des Waldsterbens sorgfältig vermeiden. In der Erklärung des Ministerpräsidenten steht das Wort **Waldsterben** immer in Anführungszeichen. Es wird von der Erkrankung der Wälder gesprochen oder von Waldschäden. Die Landesregierung folgt insoweit – wenn ich es richtig sehe – der Bundesregierung, die den ihr unterstellten Behörden per Weisung gesagt hat, daß statt „Waldsterben" das Wort „neuartige Waldschäden" zu verwenden sei.

Ich sage mit aller Deutlichkeit: Mit Semantik ist das Sterben der deutschen Wälder nicht zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Daß der **Wald** als ein geschlossenes **Ökosystem** in Gefahr ist und daß es sich um umfangreiche Erkrankungen mit sterbeähnlichen Prozessen handelt, ist seit langem für alle Fachleute keine Frage mehr, sondern eine bittere Erkenntnis.

Ich stimme auch mit der Landesregierung darin überein, daß die frühere Bundesregierung ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung durch nicht genügend schnelles Handeln trägt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die alte Bundesregierung muß sich heute fragen lassen – wie übrigens viele andere Gruppen der Gesellschaft auch; mit Erstaunen habe ich festgestellt, daß in den Programmen der Grünen im Jahre 1980 das Thema Wald kaum auftauchte –, warum sie nicht früher gehandelt hat.

Ich sage allerdings mit aller Deutlichkeit: Dies darf für die CDU – weder für **Landesregierung** noch für **Bundesregierung** – kein Grund sein, sich nun – wie es gestern in Ansätzen passiert ist – selbstgerecht auf die Schulter zu klopfen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe noch in guter Erinnerung, wie im Frühsommer 1982 der damalige Innenminister Baum für den Entwurf einer **Großfeuerungsanlagenverordnung** und für seinen Überlegungen zur Novellierung der **TA Luft** aus den Reihen der CDU angegriffen wurde. Ich will nicht alle Vokabeln wiederholen, die damals fielen, aber die CDU sprach immerhin von „nutzlosen Übertreibungen", was der Baum da mache. „Rotgrüne Panikmache" war eines der geflügelten Worte, die damals umhergingen.

Mittlerweile hat der heutige Innenminister Zimmermann dieselben Vorschläge, die Herr Baum und das damalige Kabinett bearbeitet haben, aus der Schublade herausgeholt und er gibt sie jetzt als seine eigene Leistung aus. Ich frage, ob dies, gemessen an dem, was Herr Kollege Hoffmann gestern sagte, ein wesentlicher Beitrag zur Redlichkeit in der Politik ist.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Landesregierung versucht nun, den Eindruck zu erwecken, sie sei schon immer an der Spitze des Fortschritts in der Frage des Kampfes gegen das Waldsterben marschiert. Ich zitiere: „Wir haben im Bundesrat im übrigen immer die weitergehenden Maßnahmen im Bereich Umweltschutz unterstützt", so Herr Dr. Barschel in den „Uetersener Nachrichten" vom 5. November 1983. Wollen wir doch einmal fragen, ob es richtig ist, was er da gesagt hat.

Zunächst unterstelle ich immer, daß ein Ministerpräsident seinem Parlament und seinem Wahlvolk die Wahrheit sagt. Beim genauen Nachprüfen stellt man fest, daß gewisse Fragezeichen nicht unberechtigt sind. Denn richtig ist, daß mit den Stimmen dieser **Landesregierung** im **Bundesrat** die vorzeitige Umrüstung der Altanlagen auf den Zeitpunkt 1990 verhindert worden ist. Richtig ist auch, daß der Kompromiß, der eine Umrüstung bis spätestens 1991 vorsah,

(Engholm)

ebenfalls mit den Stimmen dieser Landesregierung abgelehnt wurde. Geblieben ist deshalb der Umrüstungszeitpunkt 1993.

Richtig ist leider auch, daß sich die Landesregierung bis ins Detail der einen oder anderen Verbesserung widersetzt hat. In § 33 der Großfeuerungsanlagenverordnung ist die Zulassung von Ausnahmen geregelt – ein wesentlicher Tatbestand in der Debatte, die wir heute führen. Bei der Alternative, ob die zuständige Behörde Ausnahmen zuzulassen „hat" oder ob sie Ausnahmen zulassen „kann", hat sich diese Landesregierung für das „hat" entschieden, das heißt, sie hat den Altanlagenbetreibern die größeren Schlupflöcher gelassen. Dies kann nicht im Sinne der rigorosen Bekämpfung des Waldsterbens sein.

(Beifall bei der SPD)

Richtig ist auch, daß die Landesregierung sich der Hessen-Initiative zum Benzin-Blei-Gesetz und zum Schwefelabgasabgabengesetz widersetzt hat. Das heißt mit anderen Worten: Für Selbstgerechtigkeit ist auch für diese Landesregierung kein Platz.

(Beifall bei der SPD)

Nun wollen wir das nicht als Schelte verstanden wissen, denn es wird uns nicht helfen, daß wir die Fehler der Vergangenheit gegenwärtig in langen Listen aufrechnen. Was wir brauchen, ist – unabhängig von parteilichen Grenzen – ein möglichst gemeinsames, möglichst schnelles und möglichst sofortiges Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen – auch darin stimmen wir überein –, daß im wesentlichen die **Schadstoffe** Schwefeldioxid und Stickoxid, und zwar allein, im Zusammenwirken miteinander und im Zusammenwirken mit anderen Schadstoffen – also vor allem mit Schwermetallen – oder auch als Umwandlungsprodukte das Baumsterben und damit letztlich auch das Waldsterben bei uns verursachen. Wir sind uns auch darüber einig, daß die Quellen dieser Schadstoffe im wesentlichen erstens die rund 1500 Großfeuerungsanlagen in der Bundesrepublik sind und zweitens – dies muß deutlicher als bisher gesagt werden – der Straßenverkehr, der seinen entscheidenden Anteil an den Problemen hat, über die wir heute reden.

(Beifall bei der SPD)

Um deutlich zu machen, um welche Mengen es sich handelt – ich wiederhole nicht die Zahlen, die Dr. Barschel bereits genannt hat –, will ich nur eine weitere Zahl anfügen. Nach Angaben des Umweltbundesamtes aus dem Jahre 1978 betrugen die ausgestoßenen **Schadstoffmengen** insgesamt 19 Millionen t, davon allein 3,55 Millionen t Schwefeldioxid und über 3 Millionen t Stickstoffoxide.

Wenn man dies umlegt und fragt, welche volkswirtschaftlichen **Gesamtschäden** durch diese Emissionen entstehen, dann kann man übereinstimmende Schätzungen in der wissenschaftlichen Literatur finden. Etwa 3,5 Milliarden DM jährlich entstehen an Korrosions- und Gebäudeschäden, und bei einem 10prozentigen Totalverlust unserer Wälder errechnen Fachleute einen volkswirtschaftlichen Verlust von 15 bis 20 Milliarden DM. Das heißt, es geht volkswirtschaftlich um unglaubliche Summen, die durch diese Probleme alljährlich der gemeinsamen Volkswirtschaft verlustig gehen.

Neben dem Waldsterben sprechen die Fachleute inzwischen auch vom **Boden- und Steinsterben**. Gemeint sind damit die in materiellen Werten kaum noch faßbaren Schäden, die im ersten Fall am gesamten Boden-Ökosystem sowie im zweiten Fall an Kulturdenkmälern und Gebäuden und Skulpturen entstehen. Zum Teil Jahrhunderte, man muß ja sagen Jahrtausende, haben Kulturdenkmäler alles einschließlich entsetzlicher Kriege überstanden – jetzt werden sie vom sauren Regen zerfressen. Ich empfinde es angesichts des wissenschaftlich-technischen Standes, den wir heute erreicht haben, als eine ausgesprochene zivilisatorische Schande, daß so etwas möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung und die Landesregierung haben Initiativen ergriffen, die sicherlich in die richtige Richtung weisen. Diese Maßnahmen – glaube ich – reichen jedoch insgesamt noch nicht aus. Um das deutlich zu machen – ich glaube, wir sind uns da in der Einschätzung einig –, zitiere ich noch einmal ein Untersuchungsergebnis des Heidelberger Instituts für Energie- und Umweltforschung. Dieses Institut hat gesagt, wenn alle jetzt beschlossenen Maßnahmen sofort greifen würden, würden wir beim Schwefeldioxid bis 1985 eine Absenkung der Schadstoffwerte bis 6 % und bis 1988 um 18 % erreichen und bei den Stickoxiden bis 1986 um 3,6 und bis 1990 um 17 %. Wir sind uns einig, daß die Absenkung dieser Werte zu gering ist, daß die Fristen zu lang sind und daß wir uns deshalb darauf konzentrieren müssen, zu fragen, wie wir mehr und schneller das Waldsterben und die damit zusammenhängenden Folgeschäden bekämpfen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, sich daran zu beteiligen, daß schnellstmöglich ein **Schwefel- und Stickoxid-Abgabengesetz** verabschiedet wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich teile nicht die Einschätzung des Ministerpräsidenten, daß hier etwa Fragen der Marktkonformität oder Marktinkonformität eine Rolle spielen. Wir haben aus dem Kreise führender Leute der Wirtschaft den Hinweis – öffentlich nachlesbar –, daß gerade das Abwasserabgabengesetz – hier vollzieht sich das nach dem gleichen Muster – ein hervorragendes marktkonformes Instrument sei. – Auch deshalb dieser Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus fordern wir, daß die **Großfeuerungsanlagenverordnung** so geändert wird, daß die Übergangszeit für den Betrieb von **Altanlagen** von jetzt

(Engholm)

zehn auf künftig fünf Jahre verkürzt wird und daß Ausnahmemöglichkeiten drastisch abgebaut werden.

Wir wissen, daß technisch die **Entschwefelung von Kraftwerken** heute ohne Schwierigkeiten möglich ist. Ich will dafür ein Beispiel nennen, weil es in der Diskussion eine Rolle spielen wird. Die Hamburger - das ist immer die hamburgisch-schleswig-holsteinische Diskussion - planen bekanntlich ein neues Kraftwerk am Haferweg. Für dieses Kraftwerk - diese Werte sind von Bedeutung - ist eine Begrenzung des Schwefeldioxidauswurfs auf 200 bis 250 mg pro Kubikmeter Rauchgas vorgesehen; jahresdurchschnittlich sind es sogar nur 200 mg. Das liegt weit unter dem, was heute im Kraftwerkspark der Bundesrepublik üblich und was auch für die Zukunft bei der Novellierung vorgesehen ist.

Daß politisch - wenn Sie mir den einen Gedanken noch erlauben - offensichtlich auch anderes möglich ist, zeigen Beispiele von Kraftwerken in der Bundesrepublik: Im **Saarland** soll ein 750-Megawatt-Kraftwerk, das Kraftwerk Becksbach, in Betrieb gehen und 1450 mg Schwefeldioxid pro Kubikmeter in die Luft blasen. Daß dies sozusagen noch nicht die Steigerung ist, die politisch denkbar ist, zeigt das 350-Megawatt-Kraftwerk Buschhaus bei Helmstedt in Niedersachsen. - Sie müssen mir gestatten, auch mal zwei CDU-Landesregierungen zu nehmen und nicht nur immer auf das Verschulden der alten Regierung zurückzukommen. - Dieses Kraftwerk in der Nähe von Helmstedt wird bei Vollast einen Emissionswert von 12 650 mg Schwefeldioxid pro Kubikmeter Abluft haben; das sind 18,6 t pro Stunde. Das ist in einer CDU-geführten Landesregierung möglich. Hamburg, glaube ich, geht dabei einen sehr viel besseren und unterstützenswerteren Weg.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Der Herr Abgeordnete Böge hat das Wort zu einer Zwischenfrage.

Böge [CDU]: Herr Kollege Engholm, Sie haben das geplante Kraftwerk Haferweg in Hamburg angesprochen. Haben Sie in Ihre Beurteilung auch die Überlegung einbezogen, wie groß die Schadstoffemission sein würde, die von diesem Kraftwerk zu erwarten sein würde, wenn Gas statt Kohle und technischer Einrichtungen zur Verminderung des Schwefeldioxidausstoßes verwendet würde? Dies wäre doch sicher eine Überlegung wert, zumal wir in Schleswig-Holstein in erster Linie die Leidtragenden aller Emissionen aus Hamburg sind.

Engholm [SPD]:

Herr Kollege, darauf wird der zweite Redner, Herr Dr. Hinz, eingehen, weil er genau die Problematik des Neubaus in Hamburg und der Schadstoffe, die von Hamburg nach Schleswig-Holstein kommen, näher analysieren wird. Ich bin ziemlich sicher, daß auch dabei, was die Zahlen angeht, einige Überraschungen für die Öffentlichkeit drin sein werden.

Ich glaube überdies, daß die **Umrüstung von Altanlagen** in der Bundesrepublik auch finanzierbar sind. Die Rauchgasentschwefelung des gesamten bundesdeutschen Kraftwerkparks würde kaum mehr an einmaligen **Investitionen** kosten als die eben von mir dargestellten jährlichen Folgeschäden - wenn nichts passiert - von 8 bis 10 Milliarden DM. Das heißt, bevor man Folgeschäden weiter zuläßt, sollte man die Altanlagen renovieren und damit die Schäden vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Der **Strommischpreis** würde durch die Entschwefelung aller großen Kraftwerke um zirka einen halben Pfennig pro Kilowattstunde steigen. Dies kann man den Bürgern angesichts der Zukunft ihrer Kinder mit Recht zumuten.

(Beifall bei der SPD)

Und ob es richtig ist, von Wettbewerbsverzerrungen oder gar von einer übermäßigen Kostenbelastung und damit dem Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft zu reden, halte ich für weit übertrieben. Wenn man sich die Zahlen der Sachverständigen anguckt, dann steigt die **Kostenbelastung** der deutschen **Wirtschaft**, wenn wir diese Maßnahmen in die Wege leiten, um zirka 0,15 %, um ein Siebtel eines Prozents. Dies muß sowohl der Wirtschaft wie den deutschen Bundesbürgern die Rettung des Waldes wert sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich füge noch einmal an, was wir in den letzten Debatten immer wieder bei der Werftdebatte zum Ausdruck gebracht haben: Wenn wir sofort auf eine **Umstellung der Altanlagen** zugehen, wird damit ein großes Investitionsvolumen in Gang gesetzt, und es werden bis zu 40 000 **Arbeitsplätze** geschaffen und gesichert.

(Beifall bei der SPD)

Es wäre doch wirklich mehr als eine Überlegung wert - auch beim Wirtschaftsminister -, ob dies nicht eine sinnvolle Aufgabe sein könnte, die auch Werften in Schleswig-Holstein übernehmen könnten.

(Beifall bei der SPD)

Wir können auch nicht warten, bis alle **Autos** in der Bundesrepublik auf die neue **Katalysatortechnik** umgerüstet sind. Wenn es stimmt - was neuerlich viele Fachleute wieder deutlicher auch öffentlich zum Ausdruck bringen -, daß eine sinnvolle Geschwindigkeitsbeschränkung auf unseren Straßen und Autobahnen die Stickoxid-Ausstöße drastisch senken helfen könnte, kommt man um die Frage einer **Geschwindigkeitsbegrenzung** nicht herum,

(Beifall bei der SPD)

und zwar vor allem dann nicht, wenn man sieht, daß durch die Geschwindigkeitsbegrenzung der Schadstoffausstoß sofort reduziert werden kann, während bei der Einführung der Katalysatortechnik der erreichbare Effekt bis zu zehn Jahre auf sich warten lassen

(Engholm)

würde. Deshalb bin ich dafür - ich weiß, wie unpopulär das ist -, über diese Frage offen miteinander zu diskutieren und Anstöße zu geben.

(Beifall bei der SPD - Zimmermann [CDU]: Selbst anfangen! - Heiterkeit)

- Schauen Sie, weil ich wie viele von Ihnen - aber darüber wollen wir nicht rechten - gern etwas schneller fahre, habe ich auch nicht gesagt, ich sei sofort für Tempo 100. Die Frage ist aber tatsächlich so ernst, daß ich gesagt habe: Darüber müssen wir reden. Bezüglich der Dimension sind wir alle nicht Fachleute genug, um zu sagen, was richtig ist, aber ich gebe zu, aus meinem Herzen keine Mördergrube gemacht zu haben.

Manch einer in meiner Fraktion ist da in seiner Auffassung viel dezidierter - das muß ich fairerweise bekennen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns aber darüber einig sein können, daß das, was vor acht oder zehn Jahren nötig war, als wir in der Bundesrepublik das Ölproblem hatten und als wir damals mit den Geschwindigkeiten heruntergingen und ganze Tage autofrei hatten, angesichts der Dimension sterbenden Waldes heute auch wieder möglich gemacht werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Dies bedeutet in der Konsequenz etwas, was die Sozialdemokratische Landtagsfraktion seit vielen Jahren immer wieder in die Debatten das Landtags eingeführt hat, nämlich eine konsequente Ausweitung und Stärkung des **öffentlichen Personennahverkehrs**. Wenn ich bedenke, wie oft meine Fraktion und insbesondere der Abgeordnete Gunnesson gesagt haben, fangt wenigstens in ein oder zwei Modellregionen an und zeigen, was der ÖPNV verkehrs- und umweltpolitisch an Vorzügen hat, dann sage ich: Machen wir daraus mit dem nächsten Haushalt wirklich Ernst, fangen wir damit an!

(Beifall bei der SPD)

Wir sind gemeinsam mit der Landesregierung dafür, **bleifreies Benzin** steuerlich zu entlasten und bleihaltiges Benzin entsprechend teurer zu machen. Wir fordern die Landesregierung aber auf, ernsthaft zu prüfen, ob eine Umstellung dieser steuerlichen Prozesse nicht früher als beabsichtigt und angekündigt, also bereits ab 1985, vorgenommen werden kann.

Ich begrüße auch die Absicht der Landesregierung, ihren Fuhrpark umzustellen. Nachdem jedoch darüber in Bayern und Baden-Württemberg bereits Erfahrungen gemacht worden sind, finde ich die Ankündigung des Ministerpräsidenten, er habe einen seiner Minister gebeten zu prüfen, etwas zu dünn. Die Umstellung des eigenen Kraftwerkparkes könnte eigentlich schneller erfolgen als erst nach einer langwierigen Prüfung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht bei dieser Debatte nicht nur um den Wald. Wenn wir uns ernsthaft Rechenschaft geben über das, was in der Natur passiert, dann stellen wir fest: Es stirbt nicht allein der Wald. Das **Sterben des Ökosystems Wald** steht als ein Indiz für die Bedrohung des gesamten Naturhaushaltes und damit letztlich für die **Bedrohung des Menschen** selbst. Der Baum ist - ähnlich wie der Mensch - ein besonders langlebiges Geschöpf. Er akkumuliert - ähnlich wie der Mensch - besonders viele Schadstoffe und in besonders hoher Menge. Beim Baum kann es - ähnlich wie beim Menschen - lange Inkubationszeiten geben zwischen der ersten Beeinträchtigung der Gesundheit bis hin zum Auftreten erkennbarer Schäden oder tiefergehender Krankheitssymptome.

Ich sage folgendes mit Zurückhaltung. Es gibt bereits jetzt Alarmzeichen dafür, daß das Waldsterben in den stärksten Emissionsgebieten von zunehmenden, massiven Gesundheitsgefährdungen beim Menschen unmittelbar begleitet wird. Wenn ich den **Mortalitätsatlas** für den Krebs der Atmungsorgane von Berlin und Nordrhein-Westfalen nehme, stelle ich fest, daß er in den Spitzenwerten mit dem Luftemessionskataster inzwischen deckungsgleich ist. Das heißt, hier laufen Prozesse der Gefährdung der Natur ab, die direkt mit der Gefährdung der Gesundheit des Menschen und damit sozusagen der gesamten Menschheit enden.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt darüber hinaus eine Reihe von Ansätzen in der Forschung - die ich nicht übernehmen kann, weil es mir nicht zusteht, sie zu überprüfen -, die deutlich machen, daß diese Deckungsgleichheit von Verunreinigung der Luft und tiefen neuen Schäden beim Menschen selbst nur die Spitze eines Eisberges ist und daß sich dahinter viele Symptome vergleichbarer Art verbergen.

Es geht also nicht nur um den Wald als Teil der Umwelt des Menschen, sondern um den Menschen selbst. Wenn wir uns nicht eine lebensfähige Natur erhalten, dann wird auf Dauer - dies ist gewiß keine Übertreibung - auch der Mensch sterben. Deshalb müssen wir uns auch in unseren politischen Entscheidungen, nicht nur in philosophisch geführten Parlaments- oder Sonntagsreden, selbst als einen unverbrüchlichen Teil der Natur neu begreifen. Die Natur ist kein statischer Zustand, sie ist keine bloße Addition einzelner Arten, wie sie manchmal dargestellt wird, sie ist ein Gebilde von höchst komplizierten und zugleich sehr dynamisch ablaufenden Wechselbeziehungen.

Carl Amery, den ich in diesen Fragen sehr schätze, hat gesagt, nicht die Arten, sondern ihre Beziehungen untereinander machten eigentlich Natur aus.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir in der Frage, in deren Grundeinschätzung wir einander sehr nah sind, weiterkommen wollen, benötigen wir eine neue Orientierung unserer **Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik**. Ich bin immer wieder entsetzt, wenn ich sehe, wie etwa auf Parteita-

(Engholm)

gen bei der CDU fast gebetsmühlenartig globales Wachstum ohne jeden Zusatz, ohne jede Einschränkung gefordert und propagiert wird, wobei wir doch heute genau wissen, daß der Natur in unserem Lande nur ein sozial- und umweltverträgliches, also ein qualitatives, Wachstum gerecht werden könnte.

Ich meine deshalb, daß wir mit den vorhandenen staatlichen Instrumenten – so marktwirtschaftlich es immer geht – zu einer Umlenkung der Investitionen weg aus dem Bereich der Arbeitskräfteeinsparung hin in den Bereich der Rohstoff- und Energieeinsparung kommen müssen. Wir müssen deutlich machen, daß Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung durch vernünftige wirtschaftliche Lenkung von Investitionen mit staatlicher Hilfe gemeinsam zum Nutzen der Menschheit umgewandelt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch einmal Carl Amery zitieren:

> „Wer das Kabelfernsehen fordert und nicht imstande ist, vorher die unbedingt notwendige Wärme-Kraft-Kopplung oder das 2. Leitungsnetz für Gebrauchtwasser durchzusetzen, verweigert sich gerade der Herausforderung an die Praxis, die von unserer ökologischen Gesamtgefährdung ausgeht."

der Mann hat recht.

(Beifall bei der SPD)

Um es auf gegenwärtige politische Fragen abzuheben: Wer in einer Zeit wie der unsrigen bereit ist, 35 Milliarden DM in den Autobahnausbau zu investieren, wer 4 Milliarden DM in den völlig unrechenbaren Rhein-Main-Donau-Kanal investiert, wer 6 Milliarden DM für den Münchner Flughafen kalkuliert und 50 000 Hektar Land darauf, wer 40 Milliarden DM in die Finanzierung der Milchüberschüsse in der EG zur Verfügung hat, aber den Wald weiter siechen läßt, der handelt unrecht an den Menschen, den Kindern und den Kindeskindern. Wir alle müssen uns das bewußt machen.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine auch bei aller Zurückhaltung: Wer der Öffentlichkeit weismachen will, allein durch den forcierten Ausbau der Kernenergie in unserem Lande ließen sich die Wälder retten, macht die Rechnung ohne den Wirt und täuscht die Öffentlichkeit. Der hat von den Ursachen der Umweltkrise nichts begriffen.

(Beifall bei der SPD)

Ich beziehe das auf die Bundesregierung, die – wie mein Kollege Gerd Walter aus dem Europaparlament mir gestern mitgeteilt hat – 500 Millionen DM Finanzausgleichszahlung für energiepolitische Maßnahmen bekommen hat. Das erste, woran wir anläßlich einer solchen Debatte denken könnten, wäre doch, daß diese 500 Millionen DM aus Brüssel in die Bekämpfung des sauren Regens hineingehen. Was hat die Bundesregierung damit gemacht? – Sie hat die Finanzierungslöcher beim Schnellen Brüter in Kalkar und beim HTR in Schmehausen gestopft.

(Jensen [SPD]: Hört, hört!)

Das nenne ich Widerspruch zwischen Wort und Wirklichkeit. Das muß beendet werden.

(Beifall bei der SPD – Sprenger [CDU]: Was haben Sie 13 Jahre gemacht? – Selzer [SPD]: Die alte Leier!)

Ich meine deshalb, daß wir zugleich ein Konzept benötigen, dessen Ziel eine massive und gezielte **Energieeinsparung** ist. Dazu müssen gesetzliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene geändert werden, etwa das Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1935. Wer aber Energieeinsparung will, weil Energiesparen immer noch die beste Energiequelle ist, über die wir verfügen,

(Beifall bei der SPD)

der muß im eigenen Lande anfangen.

Deshalb muß man nach meiner Meinung in dieser ganzen Diskussion immer wieder deutlich sagen: Das Produzieren von **„Strom auf Halde"** – aus welcher Quelle auch immer; in diesem Falle aus dem kommenden Brokdorf – ist die größte organisierte und dümmste Energieverschwendung, die man in einem zivilisierten Land betreiben kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir fordern deshalb erneut, und nicht zum erstenmal, wie Sie wissen, ein Stufenprogramm zur Energieeinsparung im Lande Schleswig-Holstein. Wir fordern eine nüchterne Auflistung der Nachfrage nach Energie in unserem Lande. Ich möchte die neuesten Prognosewerte von Ihnen hören und möchte wissen, wie Brokdorf, wenn es ans Netz geht, in diese Prognoseentwicklung hineinpassen wird. Ich möchte wissen, was die Bürger an Halden über den Strompreis mitzufinanzieren haben werden. Hier wird Energieverschwendung betrieben.

(Beifall bei der SPD)

Wir erwarten von der Landesregierung, daß sie Gemeinden und Städten überall da, wo sie **dezentrale Heizkraftwerke** und damit auch Teilenergieversorgungen aufbauen, zur Seite steht, wenn die großen EVUs versuchen, ihnen die Luft abzudrücken. Hier muß geholfen werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich schlage zugleich vor, daß die Landesregierung darüber nachdenkt, ob außergewöhnliche Probleme nicht auch außergewöhnliche Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung zur Folge haben müssen, und ob man nicht der Idee, die bundesweit diskutiert worden ist, nämlich einen **Krisenrat** zur **Bekämpfung des Waldsterbens** im kleinen Maßstab auch auf Landesebene zu installieren, nachkommen kann.

Meine Damen und Herren, und ich glaube, ich bin darin mit der Landesregierung im wesentlichen einig:

(Engholm)

Wir können nicht auf Wunder warten, denn Wunder wird es beim Waldsterben nicht geben. Wir dürfen auch nicht länger nur Prüfaufträge erteilen. Wir dürfen nicht länger nur Untersuchungen machen, nicht nur vertrösten oder in Aussicht nehmen oder in Aussicht stellen. Wir müssen handeln, und zwar jetzt und kompromißloser, als wir bisher geglaubt haben, sonst gibt es keine Rettung für den Wald. Und wenn es keine Rettung für den Wald gibt, dann gibt es keine Zukunft für die kommenden Generationen in unserem Lande.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Der Herr Abgeordnete Buhmann hat das Wort.

Buhmann [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der **Wald** ist ein unentbehrlicher Bestandteil eines gesunden **Lebensraumes**. Er schützt nicht nur den Boden vor Erosion, er dient nicht nur der Reinhaltung des Grundwassers, er produziert darüber hinaus – diesen Punkt will ich besonders herausstellen – den für uns lebenswichtigen Sauerstoff, und er ist zugleich Erholungsraum für viele Mitbürger. Außerdem liefert der Wald den wichtigen und auch wertvollen einheimischen Rohstoff Holz und gibt damit zahlreichen Menschen einen Arbeitsplatz. Auch das ist ein Gesichtspunkt, den wir nicht unterschätzen dürfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser **Wald** ist zur Zeit durch eine inzwischen dramatisch fortschreitende **Erkrankung** bedroht. Die Ursachen sind vielfältiger Art, vor allem ist es aber wohl die zunehmende Verunreinigung der Luft. Nur durch eine rasche Minderung der Abgase können die Wälder gerettet werden. Wir brauchen den Wald, um in unserem Lande auf Dauer überleben zu können. Darin sind wir uns ohne Zweifel einig.

Diese **Luftverschmutzung** betrifft alle Industrieländer. Die drohende Vernichtung der Wälder in einigen Teilen der Bundesrepublik und in anderen europäischen Ländern gefährdet den Naturhaushalt, die Gesundheit der Menschen und die nachhaltige Produktion von Holz. Im Hinblick auf die fortschreitende Ausdehnung dieser neuartigen Waldschäden und die Ergebnisse der Schadenserhebung des Jahres 1983 kann die gestrige Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten und die heutige Aussprache hier im Plenum des Landtags nur begrüßt werden.

Hierbei sind wir froh, daß Schleswig-Holsteins Wälder noch nicht in dem Umfang anderer Bundesländer geschädigt sind, wenngleich wir auch hier die Probleme sehr ernst nehmen müssen. Wir müssen ohne Zweifel handeln, damit uns in unserem Lande die Bilder der sterbenden Wälder, wie wir sie aus dem Schwarzwald, aus dem Bayrischen Wald, aus dem Erzgebirge und aus dem Böhmerwald kennen, erspart bleiben.

Nach den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen gehen die neuartigen Waldschäden auf eine inzwischen über Jahrzehnte andauernde Belastung durch Luftverunreinigungen zurück. Dabei spielen nach Meinung der Fachleute Schwefeldioxid und Stickoxide eine hauptsächliche Rolle. Daneben schädigen offenbar auch andere pflanzengiftige Stoffe, wie Photooxidantien, wie zum Beispiel das Ozon und die Schwermetalle, unseren Wald.

Diesen Standpunkt vertrat auch der Leitende Forstdirektor Dr. Wentzel aus Wiesbaden anläßlich der Tagung der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in der Grenzakademie Sankelmark. Nach seiner Meinung werden die Walderkrankungen nicht primär durch den **sauren Regen** verursacht, wie über einen langen Zeitraum angenommen wurde, sondern durch direkte gasförmige **Giftwirkung der Immission,** und je nach der Pufferkapazität der Böden muß auch der saure Regen zumindest als mitwirkend eingestuft werden. Dr. Wentzel, ein international anerkannter Experte auf dem Gebiet der Waldschäden, schließt dagegen Frost, Trockenheit, Pilze, Insekten sowie waldbauliche Maßnahmen als primäre Ursache aus. Sekundär hinzutretend – so hat er uns dort erzählt – schaffen sie indessen oft einen ausgesprochenen Ursachenkomplex, der die von der Immission geschwächten Bäume vollends zum Sterben bringt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Emissionen von SO_2 und NO_X und Schwermetallen haben sich in den letzten 30 Jahren mehr als verdoppelt. Hauptquelle sind nach Ansicht des hessischen Experten für die Energiegewinnung die gigantischen Feuerungsanlagen, zum Beispiel ein 750-Megawatt-Block mit einem Auswurf von jährlich von 50 000 t SO_2 und mehr.

Rauchschäden – auch dieses ist diskutiert worden – hat es dagegen schon immer gegeben. Bereits Professor Heß berichtet im Jahre 1878 darüber und schreibt unter anderem, daß es eine erfolgreiche Vorbeugung nicht geben könne. Abstellen ließe sich der Schaden – so Dr. Heß damals – nur durch die Aufgabe des Hüttenbetriebes. Er fährt dann fort, daß das wohl nicht ginge, weil der bergmännische Betrieb eine höhere Bedeutung als der Wald besitze. Abschließend stellte er damals fest, daß dieses Übel nur eine äußerst lokale Bedeutung habe. So der Tatbestand vor 105 Jahren.

Nach den Beobachtungen aller Fachleute haben sich diese Walderkrankungen seit nunmehr 20 Jahren ausgedehnt. Bis etwa 1960 waren sie noch auf die Randzonen der großen Industriegebiete und auf die unmittelbare Nähe zu einzelnen Industriebetrieben begrenzt. Sie waren darüber hinaus örtlich auf die Herkunft der jeweiligen Emissionen beziehbar. Diese Begrenzung wurde sodann durch den Hochschornsteinbau durchbrochen. Ohne Zweifel hat dies dazu geführt, daß es in den klassischen Emissionsräumen durch diese Maßnahme zu einer deutlichen Verbesserung bei der Luftverunreinigung und zu einer Minderung des Grades der Waldschäden kam.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da bis heute Einzelheiten dieser Ursachen-Wirkung-Kette

(Buhmann)

noch nicht vollständig geklärt sind, hat sich bereits Anfang dieses Jahres der Rat der Sachverständigen für Umweltfragen gutachtlich mit diesen Problemen befaßt. Auch dieses Gremium kommt zu dem Ergebnis, daß in der Regel mehrere Schadstoffe zusammenkommen und daß ungünstige Witterungseinflüsse und das Auftreten von Folgeschäden diese Schäden noch verstärken. Inzwischen wissen wir aber, daß die Schadensfaktoren und Erscheinungsformen nach Waldgebieten wechseln. Die neuartigen Waldschäden treten auf allen Standorten auf. Mischbestände sind ebenso betroffen wie Reinkulturen. Mit waldbaulichen Maßnahmen kann diesen Walderkrankungen kaum begegnet werden.

Die **Waldschadenserhebung** des Jahres 1983 hat ein deutliches Ansteigen dieser neuartigen Waldschäden erkennen lassen, wenngleich ein Vergleich zur Schadenserhebung des Vorjahres nur bedingt möglich ist. Die Erhebung des Jahres 1983 hat aber ohne Zweifel und ohne Abstriche ergeben, daß die Zahl der schwer geschädigten Bäume zugenommen hat, daß sie – Gott sei Dank, kann man sagen – zumeist keine größeren zusammenhängenden Flächen bilden, so daß sich zumindest bei uns im Lande ein flächenmäßiges Absterben von Beständen auf wenige Einzelfälle beschränkt.

Ein so trostloses Bild wie im Erzgebirge ist hier zum Glück nicht zu finden, wenngleich die Bilder, die wir im Forstamt Rantzau und im Sachsenwald sehen konnten, Anlaß zu schnellem Handeln geben. Schuldzuweisungen gegenüber den Forstleuten und den in der Forstwirtschaft Tätigen sind – meine ich – hier nicht zu erheben;

(Latendorf [CDU]: Im Gegenteil!)

denn gerade im Lande **Schleswig-Holstein** – darauf möchte ich hinweisen – hat die Landesforstverwaltung seit vielen Jahren ein umfangreiches **Untersuchungs- und Versuchsprogramm** durchgeführt.

(Beifall bei der CDU)

Die in den letzten 30 Jahren gekalkten Flächen wurden zu Vergleichszwecken kartiert, ein Testnetz repräsentativer Fichtenbestände wurde als Grundlage für fortlaufende immissionsökologische Untersuchungen ausgewiesen, Nadelproben aus den Testbeständen wurden analysiert. Ausführlich hat der Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten unseres Landes diese Maßnahmen sowie weitere Schritte zur Erhaltung des Waldes im Juni dieses Jahres in der Schrift „Wald und Immission in Schleswig-Holstein" beschrieben.

Schuldzuweisungen gegenüber den Politikern, meine sehr verehrten Damen und Herren, können uns wohl auch nicht weiterhelfen. Der Kollege Engholm hat dies auch nur an wenigen Stellen getan, zumal doch selbst – auch darauf muß hingewiesen werden – der schleswig-holsteinische Waldbesitzerverband noch bis Mitte August dieses Jahres den Standpunkt vertreten hat, daß Waldschäden in unserem Lande – wohlgemerkt: in unserem Lande – nicht hochgespielt und vor allem noch nicht dramatisiert werden sollten.

Was heute vorrangig bleibt, ist aber die Verminderung der Schadstoffbelastung der Luft, auch wenn noch nicht alle Ursachen für diese neuartigen Walderkrankungen erkannt worden sind. So ernst die Situation auch ist, emotionale, hektische und spontane Geschäftigkeit beim Kurieren der Symptome hilft weder uns noch unseren Wäldern weiter.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, sie würde nur schaden. Die Sachlichkeit muß auch hier gewahrt werden. Aber um es genauso deutlich zu sagen: Handeln müssen wir jetzt.

(Beifall bei der CDU)

Hier geht es nach meinen Vorstellungen im wesentlichen um drei Komplexe: zum ersten um den Schadenssumfang – der ist ermittelt –, zum zweiten um die Schadensverursachung – hier muß unbedingt weitergeforscht werden – und zum dritten und vor allen Dingen um die Schadensverminderung; das ist die Aufgabe der nächsten Zeit.

Der Deutsche Forstwirtschaftsrat hat hierzu drei Forderungen erhoben: umfassende und verschärfte gesetzliche und administrative Maßnahmen zur entscheidenden Verminderung des Schadstoffausstoßes, politische Initiativen mit dem Ziel des Abbaus der grenzüberschreitenden Immissionen und schließlich ein Programm zur Bewältigung der entstandenen wirtschaftlichen Schäden.

Meine Damen und Herren, die **Bundesregierung** hat das kürzlich beschlossene **Aktionsprogramm „Rettet den Wald"** inzwischen aktualisiert und präzisiert, und es wird fortlaufend den neuesten Erkenntnissen und Erfordernissen angepaßt. Hierzu gehört unter anderem eine Verstärkung der Ursachenforschung; zusätzliche Haushaltsmittel wurden für diesen Zweck bereitgestellt. Hierzu gehört auch der Abbau der Luftverunreinigungen, und im Rahmen einer Vorsorgepolitik wird die Luftverunreinigung an der Quelle erfaßt und dort abgebaut. Das muß das Ziel der allernächsten Zeit sein.

Entscheidende Beschlüsse hat zwischenzeitlich auch die Bundesregierung gefaßt: die Novellierung der TA Luft, die geänderte und auch verschärfte Großfeuerungsanlagenverordnung, die am 1. Juli 1983 in Kraft getreten ist, wie auch Entscheidungen zur Verringerung der Autoabgase. – Hier können wir die Ausführungen des Kollegen Engholm sicher im wesentlichen unterstreichen und unterstützen. – Dies wird ohne Zweifel ein weiterer wichtiger Schritt zur Verbesserung der Luftqualität in unserem Lande sein.

Zum Aktionsprogramm „Rettet den Wald" gehören aber auch – das will ich nur andeuten – marktwirtschaftliche Instrumente, denn wir sollten nach meiner Ansicht nicht nur auf Gebote und Verbote hinweisen und uns auf sie verlassen, sondern wir sollten Instrumente unserer Marktwirtschaft hier einsetzen.

(Beifall bei der CDU – Meyenborg [SPD]: Dann können Sie unserem Antrag ja zustimmen!)

(Buhmann)

Darüber hinaus muß ohne Zweifel über eine weitere Verschärfung der **Großfeuerungsanlagenverordnung** nachgedacht werden. Hinsichtlich der Umrüstung der Altanlagen bin ich der Ansicht, daß zumindest die Unternehmen mit öffentlicher Beteiligung eine Vorreiterrolle im Kampf gegen die Luftverschmutzung und somit im Kampf gegen diese neuartigen Walderkrankungen einnehmen sollten.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nationale Maßnahmen allein werden aber nicht ausreichen; denn Luftverschmutzungen machen an keiner Grenze halt, und die Hälfte unserer Schwefeldioxidbelastungen stammt aus dem Ausland. Aber ebenso - auch das muß ergänzt werden - exportieren wir die Hälfte der aus deutschen Quellen stammenden Schwefeldioxidmengen. Erforderlich sind deshalb Maßnahmen zur Luftreinhaltung nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Ländern. Diesem Ziel dienen vielfache Aktivitäten der Bundesregierung in **Ost und West.** Besonders wichtig ist für uns die **Europäische Gemeinschaft.** Daher hat die Bundesregierung die Organe der Gemeinschaft und die Organe der übrigen Mitgliedstaaten der EG zu weiteren Anstrengungen gedrängt und von sich aus die erforderlichen Vorschäge unterbreitet.

Ein weiteres Element des vorgenannten Aktionsprogramms sind schließlich **forstwirtschaftliche Maßnahmen.** Auch solche Maßnahmen können zum Überleben unserer Wälder beitragen. Sie sollen aber vor allen Dingen die Widerstandskraft der Wälder stärken, um damit ihren Bestand zu sichern und darüber hinaus die Schäden in Grenzen zu halten. Dies soll zum Beispiel durch Maßnahmen der Schädlingsbekämpfung, der Düngung, der Bodenverbesserung sowie der Aufforstung geschehen. Entsprechende Vorschläge hat Minister Flessner bereits im Juli 1983 gemacht; entsprechende Vorschläge enthielt die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erwähnen möchte ich schließlich in diesem Zusammenhang auch die **Stiftung „Wald in Not"**. Aufgabe dieser Stiftung soll es sein, ergänzend zu den Anstrengungen des Staates auf der einen Seite und zu den Anstrengungen der Wirtschaft auf der anderen Seite, die Sachkunde und vor allem das Engagement der umweltbewußten Bürger, der Verbände und sonstigen Initiativen zusammenzufassen und zur Rettung des Waldes zu nutzen und zu fördern. Auch das Engagement möglichst vieler Bürger ist hier notwendig.

Zu begrüßen sind darüber hinaus die Beschlüsse sowohl der **Ministerpräsidentenkonferenz** als auch der **Umweltministerkonferenz.** Gerade zum Abbau der Luftverunreinigung hat es hier gute Ansätze und auch eine breite Übereinstimmung gegeben, wobei unterschiedliche Ausgangspunkte und unterschiedliche Interessenlagen in den einzelnen Bundesländern nicht verschwiegen werden sollen.

Mit wenigen Worten will ich auf die **Immissionen** aus der Hansestadt **Hamburg** eingehen. Im Auftrage der Hamburger Umweltbehörde haben vor zwei Jahren die Göttinger Professoren Ullrich und Hütermann eingehende Untersuchungen der Hamburger Wälder und nach meinen Informationen auch des Sachsenwaldes vorgenommen. Hinsichtlich der Immissionen aus Hamburg stellen sie in ihrem Gutachten unter anderem fest, daß der größere Teil dieser Immissionen hausgemacht sei und aus den mit Kohle beheizten Kraftwerken der Hansestadt Hamburg komme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die entstandenen Schäden können selbstverständlich nicht von heute auf morgen beseitigt werden. Eines aber müssen wir besonders unterstreichen: Sehr viel ist bereits gewonnen, wenn es gelingt, in den nächsten Jahren einen weiteren Anstieg der Schädigungen zu verhindern und den Prozeß einer stetigen **Verbesserung der Luft** voranzutreiben. Dazu wollen auch diese Regierungserklärung und die vom Ministerpräsidenten gestern dargestellten Maßnahmen - wie auch die Erkenntnisse der heutigen Aussprache - eine Hilfe sein.

Manches ist ohne Zweifel in den letzten Jahren - auch das hat der Kollege Engholm anklingen lassen - versäumt worden, wenn ich zum Beispiel an notwendige Entscheidungen zur TA Luft und zur Novellierung der Großfeuerungsanlagenverordnung denke. Vernachlässigt wurde aber auch über sehr lange Zeit hin die **Ursachenforschung**. Diese Aussagen gehörten unter anderem zu den Ergebnissen der öffentlichen Anhörung des Bundestagsinnenausschusses am 24. und 25. Oktober dieses Jahres in Bonn. Nach den Aussagen der Sachverständigen hat das Tannensterben bereits zu Beginn der siebziger Jahre begonnen, in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kam dann das Absterben der Fichten hinzu - nicht bei uns im Lande, aber in anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist spät, es ist jedoch nicht zu spät, die richtigen Schritte einzuleiten. Es sollte sich aber auch niemand darüber täuschen, daß es bereits kurz vor zwölf ist.

Unser aller Bemühen muß daher darauf gerichtet sein, eine Katastrophe zu verhindern und die Weichen für die Begrenzung der entstandenen Schäden nunmehr richtig zu stellen. Ernst zu nehmen sind - und damit will ich meine Ausführungen schließen - sicherlich auch die Worte des Präsidenten des Deutschen Forstvereins, Freiherr Riederer von Paar, der kürzlich folgendes geschrieben hat:

> „Dazu gehört auch ein Nachdenken darüber, wieweit wir es uns mit unserem Gewissen und unserer Verantwortung für die Zukunft leisten können, unsere natürlichen Lebensgrundlagen nach den jeweiligen Tagesbedürfnissen zu manipulieren und zu vergewaltigen."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem ist aus meiner Sicht nichts hinzuzufügen. Wir sollten danach handeln.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Titzck:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Meyer das Wort.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Es ist gut, daß diese Debatte hier geführt wird. Sie ist nowendig; zugleich hat sie etwas Beklemmendes. Es sind zunehmende **Schäden** an unserem **Ökosystem** festgestellt worden. Man beobachtet, daß sich diese Schäden vergrößern. Man kann ausrechnen, welche katastrophalen Folgen für unsere Wälder und damit für unsere Umwelt zu erwarten sind, wenn man den Ursachen dieser Schäddigungen nicht schnellstens Einhalt gebieten kann. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, und der Appell des Ministerpräsidenten „Handeln wir also!" ist eine Losung, der sich wohl jeder Bürger und jeder Politiker aus vollem Herzen anschließen kann.

Es erhebt sich aber die Frage, welche Heilmittel man zur Anwendung bringen muß, um der Gefahr Herr zu werden. Hierzu müßte man die genauen **Ursachen** kennen, und diese kann man heute allenfalls vermuten.

(Fölster [CDU]: Leider!)

Man wird sie weiter erforschen. Man wird ohne Zweifel eines Tages auch eine Analyse vorlegen können. Nur wird man das beklemmende Gefühl nicht los, daß es dann bereits zu spät sein könnte. Es muß etwas geschehen, selbst wenn man es vorläufig noch mehr oder weniger auf Verdacht tun muß. Das gibt ein Gefühl von Hilflosigkeit und Ohnmacht einer Entwicklung gegenüber, die mit aller Wahrscheinlichkeit die Bedingungen für die Entwicklung des Lebens auf diesem Planeten in der Zukunft bestimmen wird.

Der „Bund Deutscher Forstmänner" hat in einem Brief an alle Parlamentarier schnelle politische Entscheidungen gefordert. Jeder in diesem Hause ist sicherlich bereit, die hierfür erforderlichen Beschlüsse zu fassen, aber auch hier erhebt sich wieder die Frage, ob denn Beschlüsse dieses Parlaments oder des Bundestages allein eine so große Wirkung zeitigen können, wie sie angesichts der sich anzeigenden Bedrohung notwendig sein würde. Wir haben es hier mit einem internationalen Problem globalen Ausmaßes zu tun, das nur in Gemeinsamkeit aller Staaten in unserer nördlichen Industrieregion zu lösen ist.

Es ist natürlich erfreulich, daß der Schadenbefall in den **Wäldern** dieses Landes nur etwa ein Drittel so groß ist wie im übrigen Bundesgebiet. Es ist gut zu wissen, daß die **Luft** in unserem Bundesland weniger mit Schadstoffen belastet ist als anderswo. Aber das Land **Schleswig-Holstein** liegt nicht isoliert. Man weiß auch, daß die Waldschädigungen eine gewisse Inkubationszeit haben, nach deren Verlauf sie erst sichtbar werden.

Ohne Zweifel sind es die Industrie und die Verbrennungsmotoren, die die Hauptursachen der Luftverschmutzung sind und deshalb – jedenfalls nach bisherigen Erkenntnissen – auch die größte Verantwortung für das Waldsterben tragen. Fangen wir also damit an, Maßnahmen zur **Reinhaltung der Luft** zu treffen. Es soll gesagt werden, daß hier sicherlich teilweise gute Ansätze vorhanden sind. Es ist eben nur noch nicht genug getan worden, und die Großfeuerungsanlagenverordnung ist ein wesentlicher Schritt auf diesem Weg.

Eine weitere Maßnahme ist das **bleifreie Benzin**. Ich möchte hier – aus der Kenntnis, die ein Laie über chemische Prozesse hat, soweit er sie begreift – sagen, daß es damit allein allerdings nicht getan sein kann. Wenn man die Verbrennungsabgase der Kraftfahrzeuge wirlich effektiv neutralisieren will, dann müßte man konsequenterweise doch einen Katalysator zur Pflichtausrüstung von Verbrennungsmotoren machen, wie es in den USA weitgehend der Fall ist.

Alle derartigen Maßnahmen kosten Geld und Investitionen, die die **Wettbewerbsfähigkeit** der Wirtschaft international belasten würden. Das ist denn auch der Grund dafür, daß man ihre Einführung durch gesetzliche Regelungen nicht von heute auf morgen beschließen will. Ich meine, daß hier ein – allerdings bei allen **Industriestaaten** vorhandener – Denkfehler liegt. Man kann doch nicht aus Kostengründen damit warten, einen Patienten zu kurieren, weil die Medizin zu teuer ist, und nimmt deshalb lieber eine weitere lebensbedrohende Schwächung seines Organismus in Kauf, um ihn dann später – und hier frage ich mich: wann? – heilen zu wollen, wenn er für eine Behandlung nicht mehr geeignet ist, weil er bereits in den letzten Zügen liegt.

(Beifall bei der SPD)

Hier ist ein Umdenkungsprozeß erforderlich, und zwar recht umgehend, wenn man nicht zu spät reagieren will. Wir alle werden uns auf die Dauer umweltkonform zu benehmen haben, wenn wir uns Hoffnung machen wollen, mit unserer Art diese schöne Welt noch einige Generationen in Frieden und Wohlstand bevölkern zu können.

Aber zurück zu den Maßnahmen, die getroffen oder verstärkt weitergeführt werden sollen! Ich bin in der Beurteilung der **Energiepolitik** mit dem Herrn Ministerpräsidenten gar nicht einig. Kernenergie ist nämlich keinesfalls so sauber, wie es hier in der Regierungserklärung durchklang.

(Beifall bei der SPD)

Gewiß, sie sendet keine Schwefel- und Stickoxide in die Luft – aber die Umweltbelastung durch die noch ungelöste Endlagerung radioaktiver Abfälle ist meines Erachtens noch weniger erforscht als die Ursachen des Waldsterbens.

(Beifall bei der SPD)

Nein, was wir hier tun sollten, ist, den Einsatz unerschöpflicher Energiequellen bis an die Grenzen des Möglichen zu fördern. Ich habe mehrfach auf eine Studie der Königlichen Akademie der Wissenschaften in Kopenhagen hingewiesen, wonach man zum Beispiel 10 bis 12 % der erforderlichen Energie aus **Windkraftanlagen** beziehen kann. Das sei nach den heutigen Preisen nicht rentabel, wird gesagt. Ich will behaupten, daß es auf Dauer die rentabelste Energieform überhaupt sein wird: Einmal verbraucht sie keinerlei Rohstoffe, gibt keinerlei Emissionen von sich, und man spart kostspielige Investitionen, die

(Meyer)

nötig wären, um eine Umweltfreundlichkeit herbeizuführen, wie man es heute bei Kohlekraftwerken und Verbrennungsmaschinen tun muß. Man sollte also aufhören, über diese immerwährenden Energiereserven die Nase zu rümpfen und auf ihren geringen Anteil an der Gesamtversorgung hinzuweisen. Man sollte sie endlich konsequent nutzen.

Der weitere Ausbau der **Kraft-Wärme-Kopplung** ist ebenfalls ein guter Weg.

Was die Erdgasversorgung angeht, so ist sie zwar umweltfreundlicher als die Kohleverbrennung ohne Filterung, aber ihre Reserven sind von allen **Primärenergieträgern** in der Welt die geringsten. Ich meine mich zu erinnern, daß man sie mit etwa 3% der Gesamtenergiereserven veranschlagt. Dann erhebt sich noch die Frage, ob man hier nicht einen wertvollen und knappen Rohstoff zu Wärme verbraucht, den man vielleicht besser zu anderen Zwecken verwenden sollte. Das gleiche gilt für das Öl.

Eine weitere Maßnahme wäre die verstärkte **Wiederaufforstung** von Waldbeständen durch die öffentliche Hand. Hier meinen Fachleute, daß man trotz schlechterer Rentabilität verstärkt Laubbäume pflanzen sollte, weil diese anscheinend weniger oder nicht so schnell schadenanfällig sind, wie dies bei Nadelbäumen der Fall ist.

Ich sehe in diesen Maßnahmen nur partielle Notlösungen, die man schnellstens ins Werk setzen sollte. Ein durchgreifendes Resultat wird man jedoch auf Dauer nur dann erreichen, wenn der Umweltpolitik durch ein gesteigertes Umweltbewußtsein aller Bürger ein weitaus höherer Stellenwert zugebilligt würde, als das heute der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Hinz das Wort.

Dr. Hinz [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muß noch einmal auf diesen Begriff „neuartige Waldschäden" zurückkommen. Der Kollege Buhmann war so freundlich, dies hier wiederholt in seine Ausführungen einzubringen. Der Bundeskanzler hat anläßlich der Einweihung einer neuen Konversionsanlage der Deutschen Shell AG in Godorf bei Köln am 20. Oktober immerhin von einer dramatischen Entwicklung des **Waldsterbens** gesprochen.

In der gestrigen Regierungserklärung und bei Ihnen, Kollege Buhmann, heißt es nun Waldschäden; Sie sprechen von neuartigen Waldschäden. Ich habe hier den Eindruck, Ihr Generalsekretär, Herr Geißler, hat Ihnen die Abrüstung der Worte verordnet, und Sie wollen durch diese neuartige Definitionen wohl erreichen, daß man künftig alle Oppositionellen und alle Regierungskritiker sofort an ihrer Wortwahl identifizieren kann.

(Zuruf des Abgeordneten Böge [CDU])

Wir können das ja auch ausspinnen, und unser früherer Bundestagsabgeordneter, der Kollege Jakob Maria Mirscheid, hat dies ja auch im „Vorwärts" getan, indem er zum Beispiel sagte: Verkehrstod wird dann wohl heute „neuartiger Mobilitätsschaden" heißen müssen, oder das Fischsterben wird dann als „neuartiger Wasserschaden" in die Diskussion eingeführt.

(Beifall bei der SPD – Der Abgeordnete Böge [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke des Präsidenten)

– Kollege Böge, verhalten Sie sich noch etwas ruhig. Ihre Frage, die Sie an den Kollegen Engholm gerichtet hatten, kommt bei mir nachher auch noch dran.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Buhmann?

Dr. Hinz [SPD]:

Ja, bitte.

Buhmann [CDU]: Herr Kollege Dr. Hinz, ist Ihnen entgangen – mein Text weist dies aus –, daß ich sowohl vom sterbenden Wald als von neuartigen Waldschäden und von dramatischen Walderkrankungen gesprochen habe?

(Zuruf von der CDU: Er hat doch nicht zugehört!)

– Doch, sehr sorgfältig; bei den Ausführungen habe ich natürlich hingehört. – Herr Kollege Buhmann, ich nehme aber auch gleich auf: „Neuartige Waldschäden" können es ja nicht sein, denn Sie selber haben auf Ergebnisse von vor hundert Jahren hingewiesen, und dort wurde ja im Grunde der Effekt, den wir heute so bezeichnen, schon einmal ausgeführt.

(Zuruf des Abgeordneten Buhmann [CDU])

Also lassen wir es; „Waldsterben" genügt.

Entscheidend ist doch – und das führt doch heute zu Debatten –, daß sich das, was in unseren Wäldern und an unseren Wäldern geschieht, von dem früheren Geschehen dadurch unterscheidet, daß das **Tempo** und der **Umfang** dieses **Waldsterbens** das Bemerkenswerte sind, und zwar der lawinenartige Charakter – ich kann es auch anders sagen: der exponentielle Charakter – dessen, was geschieht. Dagegen muß etwas unternommen werden. Vor dieser Situation stehen wir.

(Beifall bei der SPD)

Unser Antrag, der hier jetzt aufgerufen ist, zielt nämlich darauf, diesen lawinenartigen Charakter, diesen exponentiellen Charakter, möglichst zu stoppen.

Daß die im Juni dieses Jahres in Kraft getretene 13. Verordnung zum Bundesemissionsschutzgesetz – wir kennen sie als **Großfeuerungsanlagenverordnung** – die Entwicklung nicht mehr aufhalten wird, ist allen mittlerweile durch die weitere Entwicklung

(Dr. Hinz)

bekanntgeworden. Dieses Nichtgreifen der Verordnung hat nach meiner Auffassung zwei wesentliche Ursachen. Ich weise erstens darauf hin, daß wir bis 1993 keine auffällige Abnahme der Megatonnen Schwefeldioxid, wie sie aus den Kaminen der Kraftwerke in die Luft gelangen, haben werden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Titzck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Sickmann?

Dr. Hinz [SPD]:

Ja.

Sickmann [SPD]: Herr Kollege Dr. Hinz, der Ministerpräsident hat gestern ausgeführt, daß die Sozialministerin Gräfin von Brockdorff schneller als in der Großfeuerungsanlagenverordnung vorgesehen freiwillig vollziehen wird, und zwar die Entsorgung beziehungsweise den Vollzug der Großfeuerungsanlagenverordnung. Ist Ihnen auch bekannt, daß bereits im Spätsommer, daß heißt zwei Monate nach Inkrafttreten dieser Großfeuerungsanlagenverordnung, der Innenminister Zimmermann bereits in einem Rundschreiben seine Kollegen in den Landtagen aufgefordert hat, den Vollzug schneller als verabschiedet herzustellen?

- Mir ist das erste, Kollege Sickmann, nicht bekannt. Das zweite kann ich bestätigen. Das zeigt doch lediglich, daß selbst der Bundesinnenminister in die von ihm selbst in Kraft gesetzte Großfeuerungsanlagenverordnung offenbar kein Vertrauen hat.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten auch zur Kenntnis nehmen - der Kollege Engholm hat dies schon ansatzweise gemacht -: Wenn denn diese Verordnung ab 1993 greifen würde, würden wir gegenüber dem heutigen Zustand doch lediglich eine 30prozentige Abnahme der Schadstoffsituation haben. Wenn Sie dann noch berechnen, daß 50 % von dem Dreck exportiert wird, können wir 1993 mit einer einfachen Verbesserung von 15 % rechnen. Dies ist zuwenig. Deshalb haben wir unseren Antrag gestellt.

Die weitere Ursache, weshalb diese Verordnung nicht greift und etwas getan werden muß, liegt doch darin, daß die **Stickoxide**, die als zweite wesentliche Komponente der Luftverschmutzung und des Waldsterbens anzusehen sind, von dieser Verordnung eben nicht erfaßt werden. Es nützt eben nichts, etwas gegen das Waldsterben unternehmen zu wollen, wenn man sich nur auf das Schwefeldioxid konzentriert.

Wir haben drei Hauptverursachergruppen. Das sind einmal die Kraftwerke. Die sollen durch die Großfeuerungsanlagenverordnung erfaßt werden. Es ist hier auch bereits einiges zu der Frage der Schadgase aus den Verbrennungsmotoren gesagt worden. Ich will das hier nicht alles wiederholen. Ich halte es durchaus für richtig, **bleifreies Benzin** oder auch eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf den Fernverkehrsstraßen für die Kraftfahrzeuge vorzunehmen.

Nur, wenn man 1983 fordert, ab 1986 solle denn dies alles passieren - bleifreies Benzin -, und sagt, dazu müßten bestimmte Abgasgrenzwerte bei den Kfz-Motoren vorgesehen werden, dann fragt man sich, ob dies zu schaffen ist. Dies ist so nicht zu schaffen. Es verengt sich dann alles auf den einen Punkt, und man sagt, der Katalysator muß her. Ich halte von diesem Katalysator überhaupt nichts. Ich möchte dazu nur anmerken: wir kommen hier in einen heillosen erneuten Zielkonflikt hinein. Wenn Sie wissen, daß dieser **Katalysator** mit seltenen und teuren Platinmetallen gefüttert werden muß, damit er überhaupt wirksam wird, dann machen wir hier auf der einen Seite eine sinnlose Ressourcenverschwendung. Es wäre doch sinnvoller gewesen, außer diesen aktiven Maßnahmen, die jetzt aktuell geworden sind, auch einmal zu überlegen - ich gebe hier zu, der Ministerpräsident hat gestern ganz leise schon mal etwas zum Dieselmotor gesagt -, ob nicht zunächst der **Dieselmotor** favorisiert und begünstigt werden kann. Dort hätten wir nämlich einen wesentlichen Effekt mit erreicht: daß wir aufgrund des Schadstoffbildes dieser Motoren schlagartig auch bessere Werte hätten.

(Beifall des Abgeordneten Wiesen [SPD])

Zweitens frage ich mich doch wirklich, ob man unseren Technikern in den Automobilfirmen nicht etwas mehr zutrauen sollte, als jetzt einfach zu sagen, es ist Schluß und ab 1986 ist der Katalysator nur noch die einzig mögliche Technologie.

Denken Sie doch auch einmal an unsere skandinavischen Nachbarn. In **Skandinavien** werden mit dem Autogas ganz hervorragende Erfahrungen gemacht. Warum wird diese Technik nicht favorisiert? Das würde uns ebenfalls weiterbringen und wäre billiger als die Katalysatortechnologie.

Nehmen Sie auch folgenden Hinweis auf: über den saudiarabischen Erdölfeldern werden jährlich zirka 83 Milliarden Kubikmeter Gas ungenutzt abgefakkelt. Auch dieses Gas könnte man sicherlich sehr sinnvoll verwenden, um in Mitteleuropa Kfz-Motoren anzutreiben.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte diese Liste relativer ökologischer Vorteile, die sich beim Finden anderer Lösungen ergeben, fortsetzen; ich will mir das ersparen.

In der gestrigen Regierungserklärung wurde behauptet, die neue Bundesregierung habe tatkräftig gehandelt. Im übrigen sind vom Kollegen Sprenger, wenn ich mich nicht täusche, doch einige Schuldzuweisungen gekommen so nach dem Motto, was die sozialliberale Koalition alles unterlassen habe. Ich will das Thema nicht ausweiten, sondern nur darauf hinweisen, daß die Luftreinhaltestrategien erst in der sozialliberalen Ära überhaupt - ich nenne die TA Luft und das Bundesemissionsschutzgesetz - eingeführt wurden.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Hinz)

Es ist natürlich zuzugeben, daß die Wirkung des Bundesemissionsschutzgesetzes und der TA Luft heute noch nicht so stark sind, wie man es erhofft hatte. Deshalb ist ja auch - nach Vorarbeit in der sozialliberalen Koalition - die Großfeuerungsanlagenverordnung erlassen worden. Der Herr Bundesinnenminister hat dies dann im Wahlkampf aufgenommen, um damit wirksam um Wähler zu werben. So sieht es aus; es ist in dieser Verordnung kein einziger origineller Gedanke des Herrn Bundesinnenministers enthalten.

Meine Damen und Herren, wir als SPD-Fraktion verlangen von der Landesregierung, daß sie sich aktiv für die Luftreinhaltung in Schleswig-Holstein und in der Bundesrepublik einsetzt. Hierzu gehört ganz entscheidend, daß sie das **Verursacherprinzip** anerkennt. Das bedeutet, daß wir zunächst die größten Luftverschmutzer, nämlich die **Großfeuerungsanlagen**, die Kraftwerke, zum Handeln zwingen.

Es war richtig, als das Land Hessen im Januar dieses Jahres seine Initiative einbrachte, zu sagen, laßt uns eine Verbesserung der Großfeuerungsanlagenverordnung vornehmen, indem wir eine Abgabe pro Tonne ausgestoßenen Schwefeldioxid festsetzen - wir fordern heute: plus Stickoxid -, um umgehend Wirkungen zu erzielen, damit nicht die fatale Situation eintritt, wie sie in der Großfeuerungsanlagenverordnung fortgeschrieben wird, daß nämlich die Altanlagen weiterhin betrieben werden dürfen.

Dies geht so nicht. Hier hat die Abgabe zu greifen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß auch dies ein marktwirtschaftliches Instrument ist, um schnell etwas zu tun; denn wir wollen, daß diese Abgabe entsprechend den Kosten des Einbaus einer Rauchgasabfanganlage sofort auf den Anlagenbetreiber zurückgeführt wird.

(Beifall bei der SPD)

Am Schluß meiner Ausführungen möchte ich kurz noch auf einen Punkt eingehen, der in der Regierungserklärung gestern eine Rolle spielte. Ich meine das Thema der **Kernenergie** in Verbindung mit der **Luftreinhaltung**. Wir wären selbstverständlich schlechte schleswig-holsteinische Sozialdemokraten, wenn wir uns um eine Kernenergiedebatte drückten. Aber leider können wir sie heute nicht in dem gewünschten Umfang führen.

Die Behauptung, Brunsbüttel und Krümmel produzierten umweltfreundlichen Strom, wird auch durch die gestrigen Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten nicht glaubwürdiger. Ich meine, sie ist unsinnig.

(Beifall bei der SPD - Kribben [CDU]: Sie ist glaubwürdig!)

- Kollege Kribben, Sie können doch überhaupt keine Umweltfreundlichkeit für Atomstrom postulieren. Das Problem des radioaktiven Abfalls ist ja bereits von meinen Vorrednern angesprochen worden. Natürlich könnte man jetzt argumentieren, wenn wir statt des Atomstroms Kohlestrom in Schleswig-Holstein gewünscht hätten, hätten wir sicherlich auch schon eine bessere Großfeuerungsanlagenverordnung, und entsprechend unserem Antrag hätten wir auch stark entschwefelte Kohlekraftwerke gebaut.

Interessant ist die Denkweise, diese am Standort Schleswig-Holstein gelegenen möglichen Kohlekraftwerke hätten bei uns im Grunde kein Waldsterben verursachen können, weil weitaus die größte Schadstoffmenge nach Skandinavien treibe. Das ist eine unlogische Denkweise. Denn das Sterben der Wälder in Schleswig-Holstein passiert doch durch herantransportierte Schadgase, die aus den Beneluxstaaten, dem Ruhrgebiet und aus Großbritannien kommen.

(Zimmermann [CDU]: Das ist es eben!)

Ich will hier kurz noch eine Einblendung zu den **Hamburger Kohlekraftwerken** machen. Herr Kollege Böge, und andere bauen ja bereits seit Monaten - spätestens seit dem Landtagswahlkampf - dazu immer die schönsten Pappkameraden auf.

(Latendorf [CDU]: Das sind weiß Gott keine Pappkameraden! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Das sind Pappkameraden, Kollege Latendorf! Schauen Sie doch einmal in die Presse!

(Beifall bei der SPD - Latendorf [CDU]: Fahren Sie doch einmal nach - -! Das ist doch nicht von Pappe! - Stäcker [CDU]: Wie kann man hier von Pappkameraden reden! - Weitere Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Dr. Hinz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Harms?

Dr. Hinz [SPD]:

Nein, ich möchte keine Zwischenfrage zulassen, denn ich habe hier seltsamerweise nur noch eine Minute Redezeit. Ich möchte deshalb abschließend folgendes sagen. Nach den Pressemitteilungen, die gestern in den „Kieler Nachrichten" zu lesen waren, sind Ihre Ausführungen, Herr Kollege Buhmann, die Sie bezüglich des Herrn Professor Ullrich aus Göttingen gemacht haben, nicht richtig.

(Latendorf [CDU]: Was Ihnen nicht paßt, ist nicht richtig!)

In Göttingen hat man sich ja gar nicht mit der Ausbreitung der Schadstoffe befaßt, wie sie aus Hamburg nach Schleswig-Holstein gehen. Nach neuesten Berechnungen stellt sich das vielleicht so dar, daß 40 % der Hamburger Schadgase nach Niedersachsen und 55 % nach Schleswig-Holstein gehen. Es ist auch beweisfähig geworden - vielleicht gibt die Landesregierung ja auch einmal für solche Ermittlungen Geld aus, damit sie mit soliden Grundlagen ihre falschen Argumente berichtigen kann -, daß 7,5 % der Hamburger Schadstoffe in Schleswig-Holstein verbleiben. Die restlichen 46,5 % gehen in die DDR und nach Skandinavien.

(Latendorf [CDU]: Und in die Ostsee!)

(Dr. Hinz)

Und nun beweisen Sie mir doch einmal Ihre Theorie, die neue Hamburger Kohlekraftwerke würden zum Sterben der schleswig-holsteinischen Wälder beitragen.

(Beifall bei der SPD)

Hören Sie doch endlich mit diesen unsachlichen Darstellungen auf. Sie sind doch entlarvt.

(Beifall bei der SPD – Latendorf [CDU]: Stimmt es Sie denn froh, daß das nach Dänemark geht?)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß und bitte Sie – Ich habe beim Kollegen Buhmann ja bereits eine ähnliche Tendenz feststellen können –: Stimmen Sie unserem Antrag zu, und wir werden schneller das erreichen, was notwendig ist, nämlich Tempo und Umfang des Waldsterbens in Schleswig-Holstein zu beenden.

Herr Kollege Buhmann, ich stimme Ihnen zu, es ist in der Tat fünf vor zwölf; aber das, was der Herr Ministerpräsident gestern ausgeführt hat, wird uns nicht weiterbringen, wenn wir nicht selbst schnell etwas unternehmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dieses Hohe Haus und die deutsche Bevölkerung sind sich darin einig, daß die neuartigen **Waldschäden**, daß das **Waldsterben** mit allen möglichen und allen sinnvollen Mitteln bekämpft werden muß.

(Beifall bei der CDU)

Der Wald ist nicht nur von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung – wenn dies auch nicht verkannt werden darf –, sondern der Wald ist auch für die Gesundheit, unser Leben und unsere Kultur ein unerläßlicher Faktor, auf den wir nie verzichten können.

(Beifall des Abgeordneten Hoffmann [CDU])

Wald, das ist nicht nur ein wirtschaftliches Faktum, Wald ist auch ein Teil des Gemütslebens dieses Landes seit Jahrhunderten. Ich glaube, wir wären schlecht beraten, wenn wir uns von dieser unserer geistigen Tradition abnabeln wollten.

(Beifall des Abgeordneten Hoffmann [CDU])

Dies ist für mich ein Grund – das sage ich auch als Wirtschaftsminister –, mich mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß alle sinnvollen und möglichen Maßnahmen, die möglichst über den Markt verwirklicht werden sollten, angewendet werden, um diesem Mißstand so schnell wie möglich abzuhelfen.

Ich stimme mit Herrn Kollegen Engholm seit Jahren überein – ich habe ihn heute zum erstenmal so gehört –, daß das sogenannte magische Dreieck zu einem magischen Viereck werden muß, daß also neben der außenwirtschaftlichen Absicherung, neben der Preisstabilität und neben dem angemessenen Wachstum als den Zielen des Wachstumsgesetzes heute auch die Erhaltung und Verbesserung der Umwelt in unserem Lande hinzugefügt werden muß.

(Beifall des Abgeordneten Engholm [SPD])

Ich bin nicht der Erfinder dieser Auffassung. Sie finden sie schon bei Ludwig Erhard und Müller-Armack, die ich Ihnen, Herr Engholm, überhaupt zur Lektüre empfehlen möchte, nachdem ich von Ihnen beim letztenmal nur etwas von Adam Smith und Keynes gehört habe. Die für unsere Zeit wichtigeren Ausführungen lesen Sie bei Röpke, bei Müller-Armack und Ludwig Ehrhard, Herr Engholm. Und ich glaube, Sie können viel daraus lernen.

(Beifall bei der CDU)

Smith und Keynes haben übrigens vor Erhard und Müller-Armack gelebt, letztere sind also weit moderner als die von Ihnen so gern zitierten. Keynes hat in den zwanziger und dreißiger Jahren geschrieben, aber Erhard und Müller-Armack in den vierziger und fünfziger Jahren.

(Vollert [SPD]: Was ist mit Strauß?)

– Strauß ist – das ist erfreulich – wie die gesamte CDU/CSU auf dem Kurs der sozialen Marktwirtschaft von Ludwig Erhard, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Sickmann [SPD]: Auf dem Kurs nach Bonn! – Heiterkeit!)

Meine Damen und Herren, wenn wir Umweltschäden und Waldschäden richtig bekämpfen wollen und wissen, was das für uns bedeutet, muß deutlicher als bei Ihnen, Herr Engholm, gesagt werden, daß **Umweltschutz** sehr viel **Geld** kostet. Dieses Geld muß aufgewendet werden um eines höheren Zweckes wegen. Es darf auch nicht einfach die Gleichung aufgestellt werden, Investitionen für den Umweltschutz seien mit Wachstum gleichbedeutend oder führten zu erhöhtem Wachstum; denn das Geld, was für Umweltschutz aufgewendet wird, fehlt für andere Investitionen, da man eben die Mark nur einmal ausgeben kann: entweder für den Umweltschutz oder für eine andere Investition. Umweltschutz ist also – der Herr Ministerpräsident hat das in seinen Schlußausführungen noch einmal sehr deutlich gemacht – eine große wirtschaftliche Last. Dies müssen wir deutlich sagen, damit wir wissen, was wir der Bevölkerung und der Wirtschaft zumuten und warum wir uns dazu berechtigt fühlen.

Noch einige wenige Worte zu dem, was die Herren Vorredner im Bereich der Verkehrs- und der Energiepolitik ausgeführt haben. Hier sind harte Worte gegen den **Autobahnausbau** gefallen. Sind Sie sich eigentlich darüber bewußt, daß jeder Autobahnkilometer die Menschen in den Ortschaften von Qualm, Lärm entlastet und überdies zur Sicherheit beiträgt?

(Beifall bei der CDU)

(Minister Dr. Westphal)

Kann man das eigentlich so mit einer Hand vom Tisch wischen, ohne diese Wirkungen zu sehen? Wir müssen bei allen Investitionsmaßnahmen Wirkung und Gegenwirkung richtig einschätzen; das müssen wir immer wieder lernen. Ich warne also vor derartig einseitigen Verteufelungen, meine Damen und Herren, und auch vor Vereinfachungen, die nicht richtig sind.

Wenn Herr Hinz sagte, auf den Bundesfernstraßen müßten Geschwindigkeitsbeschränkungen eingeführt werden, so ist das eine vielleicht unbewußte Vereinfachung; denn auf allen Straßen der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme der Autobahnen gibt es bereits seit vielen Jahren eine Geschwindigkeitsbegrenzung; und auf den Autobahnen gibt es eine Richtgeschwindigkeit. – Wenn man die Dinge richtig beurteilen will, gehört dazu, daß man sie richtig kennt, meine Damen und Herren. Mein Kollege Schwarz hat hier einmal gesagt: „Gewissen setzt Wissen voraus". Das trifft auch hier zu.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn der Flughafen München angesprochen wird, dann möchte ich Sie doch einmal bitten, sich anzusehen, wo heute die Flugzeuge landen und ob Sie diesen Zustand eigentlich für besser halten als den Ausbau eines neuen Flughafens. Auch diese Frage muß man sich doch im Interesse der Menschen und der Natur stellen, Herr Engholm!

(Sickmann [SPD]: Eine Frage der Priorität!)

Präsident Titzck:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Sickmann?

Sickmann [SPD]: Herr Minister, ist Ihnen bekannt, daß die Reduzierung einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 130 km/h auf 100 km/h bereits den Schadstoffauswurf aus Kraftfahrzeugen bereits um über 100 % reduziert und daß man vielleicht auch einmal unter diesem Gesichtspunkt eine Diskussion führen sollte?

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Das ist mir nicht bekannt. Aber ich könnte mir vielleicht vorstellen, daß man zum Beispiel von 100 auf minus 5 geht – das ist wahrscheinlich die Mengenlehre, die ich nicht ganz verstanden habe.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Nach meinem konventionellen Zahlenverständnis kommen Sie, wenn Sie von 100 mehr als 100 abziehen, in den Minusbereich, und das kann ich mir hier leider nicht vorstellen, meine Damen und Herren.

(Zuruf: Dabei ist Sickmann doch in Schleswig-Holstein zu Schule gegangen! – Heiterkeit)

Ich möchte jetzt gern im Kontext fortfahren. Sie können nachher noch Fragen stellen. Also noch zum Kraftfahrzeug! Ich stimme mit Herrn Hinz darüber überein – dies ist meines Wissens auch die Auffassung der Bundesregierung –, daß **Katalysatoren** nicht zwingend vorgeschrieben werden sollten. Es dürfen keine eventuell vorhandenen anderen schöpferischen Möglichkeiten, die wir Politiker gar nicht kennen, verbaut werden, um zu schnelleren und besseren Wirkungen zu kommen. Auch hier gilt für mich: Wenn die Wirtschaft in einem gesetzten Zeitraum diese Bedingungen erfüllen kann, dann ist das besser als gesetzliche Vorschriften zu erlassen. – Ich freue mich, daß Sie die Hände zum Gebet falten und ich daraus entnehmen kann, daß Sie mit mir übereinstimmen, Herr Kollege.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Dr. Hinz [SPD]: Ab 1. Januar 1986 – –!)

– Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, müssen Sie zum Mikrophon gehen!)

(Heiterkeit)

Präsident Titzck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hinz?

Dr. Hinz [SPD]: Herr Minister, die Schwierigkeit liegt darin, das zum 1. Januar 1986 durchzuführen. Ich frage Sie, welche Möglichkeiten sehen Sie außer Geschwindigkeitsbegrenzung und bleifreiem Benzin, um ab 1. Januar 1986 mit etwas anderem als der geforderten Katalysatortechnik die für die USA üblichen Abgaswerte herbeizuführen?

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Herr Hinz, ich verstehe Sie nicht ganz: Sie selbst haben doch – und ich stimme mit Ihnen überein – gesagt, wir sollten uns nicht auf die eine Möglichkeit der Katalysatoren festlegen. Wir sollten – das ist die Aufgabe des Gesetzgebers – sagen: Bis zum 1. Januar 1986 müssen diese Werte erreicht werden. Aber wie die Industrie das schafft, das ist ihre Sache.

(Beifall bei der CDU)

Auch ich hatte es zunächst bedauert, daß viel zu oft nur von den Katalysatoren als einziger Möglichkeit die Rede gewesen ist.

Sie haben dann – was wir alle wünschen – den verstärkten Einsatz von **Dieselfahrzeugen** auch aus Umweltgründen angesprochen. Nur, Kollege Hinz, man muß natürlich auch sehen, daß auch dies seine Grenze hat. Beim Krackprozeß der Raffinerien fällt Diesel eben nur in begrenzter Menge an. Sie können Rohöl nie so kracken, daß nur Dieselkraftstoff rauskommt. Da liegt das Problem. Sie haben immer leichte und schwere Elemente dabei vom Kerosin über Benzin, den Dieselkraftstoff bis zum leichten und zum schweren Heizöl. Da gibts also eine Grenze. Auch das gehört zu einer Betrachtung dazu.

Im übrigen darf ich noch einmal unterstreichen, was der Herr Ministerpräsident bereits gesagt hat. Wir

(Minister Dr. Westphal)

sind dafür, daß die **Abgasüberprüfung an Kraftfahrzeugen** in regelmäßigen Abständen durchgeführt wird.

(Beifall bei der CDU)

Das Kraftfahrzeuggewerbe unseres Landes hat sich von sich aus erfreulicherweise angeboten, die Überprüfung kostenlos durchzuführen. Das bedeutet natürlich nur die Überprüfung, aber nicht die richtige Einstellung; die muß natürlich bezahlt werden. Ich glaube, das ist ein gutes Angebot der Wirtschaft, das zeigt, daß hier Kooperation gewollt ist.

Herr Kollege Engholm – Herr Kollege Meyer ist leider nicht hier –, nun noch einige Worte zur Energiepolitik. Auch hier kommt es darauf an, erst einmal zu wissen, was richtig ist, um daraus Folgerungen zu ziehen. Sie sagen, wir bräuchten ein Konzept für **Energieeinsparung** und ein Stufenprogramm für Energieeinsparung. Herr Engholm, das haben wir in diesem Lande. In diesem Land wird seit Jahren ein Programm zur Energieeinsparung mit **Pilotvorhaben** mit erfreulichem Erfolg praktiziert.

(Beifall bei der CDU)

Die Bundesregierung, der Sie angehört haben, hat ein anderes Programm – ich sage einmal als Stichwort: Fenster und Türen – verabschiedet. Auch das ist ein Beitrag in einem gesamten Konzept und ein Beitrag in einem Stufenprogramm. Herr Kollege Engholm, wir haben den verstärkten Einsatz von Erdgas und Fernwärme in diesem Lande besonders gefördert, und zwar aus dem Grunde, den Sie auch bejahen werden, nämlich um das importierte Mineralöl zu substituieren, wo es möglich ist. Das **Erdgasprogramm** – ich sage das hier noch einmal für diejenigen, die es noch nicht wissen – ist voll belegt und nahezu abgeschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Das **Fernwärmeprogramm** ist im wesentlichen belegt mit kleinen Maßnahmen – Müllheizwerke, Abwärmenutzung. Das, was Sie, Herr Kollege Engholm, fordern, tun wir bereits. Es gibt zwei größere Maßnahmen, die wir fördern wollen, die allerdings noch nicht ganz fertig sind, nämlich in Lübeck und in Kiel. Beide dienen der besseren Nutzung der Fernwärme. Wenn Sie das für falsch halten, dann müssen Sie es sagen. Wenn Sie es aber für richtig halten, sollten Sie es auch sagen.

Ich sage aber noch einmal folgendes. Wirksamer als alle Programme haben bei der Energieeinsparung die **Kräfte des Marktes** gewirkt, meine Damen und Herren. Der **Preis** als Regulator hat Einsparungsergebnisse gebracht, auf die wir vor einigen Jahren noch gar nicht zu hoffen gewagt haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Verbrauch von schwerem Heizöl auf fast ein Drittel zurückgegangen ist, wenn wir in den letzten zehn Jahren beim leichten Heizöl einen Rückgang von etwa 40 % haben, so heißt das, daß der Nachfrager bei einem höheren Preis auf das Knappheitsgebot reagiert hat, indem er nämlich umgestellt oder diesen teuren Brennstoff sparsamer verwendet hat. Das ist genau die Methode, die wir nicht durch ein weiteres Bündel von staatlichen Gesetzen, Geboten und Verboten ersetzen sollten, sondern deren Wirkung wir weiter unterstützen sollten. Deswegen sprechen wir von der Wirkung der Marktkräfte, weil sie – gerade die Energiepolitik ist das beste Zeichen dafür – das, was wir gewollt haben, in ganz überraschender Weise sogar noch übertroffen haben.

(Meyenborg [SPD]: Nur dem Wald hat das nicht geholfen!)

– Das können Sie so nicht sagen, Herr Meyenborg. Wenn wir das nicht getan hätten, wäre das Potential für Waldschäden doch weit größer. Sie können nicht, nur weil die Waldschäden weitergehen, sagen, daß das, was getan worden ist, falsch sei.

(Beifall bei der CDU)

Ich wiederhole das, was der Herr Ministerpräsident bereits gesagt hat. Wir haben viel getan. Wir sehen aber, es reicht noch nicht aus. Deswegen müssen wir mehr tun. Hier, Herr Kollege Engholm, kommen Sie nun in einen kaum auflösbaren Konflikt – das gilt für den Herrn Kollegen Meyer genauso –, wenn Sie nach wie vor Ihr Votum gegen die **Kernenergie** abgeben.

(Engholm [SPD]: Nein, gegen Brokdorf! Das war ganz eindeutig!)

Meine Damen und Herren, Sie, die Sozialdemokraten, Herr Kollege Matthiesen haben hier immer wieder die Forderung vertreten, statt der Kernkraftwerke Kohlekraftwerke zu bauen.

(Kribben [CDU]: So ist es!)

Daß deren Emission für die Wälder schädlich gewesen wäre, kann doch heute fuglich niemand mehr bestreiten.

(Beifall bei der CDU – Engholm [SPD]: Weit entfernt vom Text der Rede! Weit entfernt!)

Herr Engholm, Ihr Argument, für Schleswig-Holstein sei das gar nicht so schlimm, weil das ja nach Skandinavien abdrifte,

(Engholm [SPD]: Jetzt redet er schon wieder die Unwahrheit!)

empfinde ich geradezu als – ich will jetzt nicht sagen als unmoralisch – skurril. Wenn wir

(Kribben [CDU]: Es ist unglaublich! – Engholm [SPD]: Das ist ein Mann, der permanent falsch zitiert!)

– ich habe Sie überhaupt nicht zitiert –

(Engholm [SPD]: Hier geht es nicht um die Frage Kernenergie! Hier geht es um Brokdorf und nichts anderes!)

internationale Zusammenarbeit wollen, meine Damen und Herren, dann müssen wir bei uns selbst

(Minister Dr. Westphal)

anfangen und dürfen nicht sagen, der Dreck könne zu den anderen fegen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ja auch das Problem.

(Börnsen [SPD]: Können Sie sich nicht mit konkreten Aussagen beschäftigen?)

Deswegen unsere kritische Stellungnahme zur hamburgischen Energiepolitik, weil wir nämlich sagen, hier werde sicherlich unter Anwendung aller moderner Verfahren - das sei hier zugegeben - ein neues Potential für Luftverschmutzung geschaffen, obwohl das vermieden werden könnte!

(Kribben [CDU]: So ist es!)

Deswegen stehen wir der **Energiepolitik Hamburgs** so kritisch gegenüber.

(Beifall bei der CDU)

es werden im übrigen, Herr Kollege Engholm, soweit ich es weiß, zumindest in dem einen der Heizkraftwerke zusätzliche Strommengen auf der Basis von Kohle geschaffen offenbar mit dem Ziel, auf diese Art und Weise aus Brokdorf aussteigen zu wollen. Senator Kuhbier hat das gerade in diesen Tagen in der Öffentlichkeit noch einmal gesagt. Hierzu sagen wir nur mit Nachdruck: Das ist eine Energiepolitik, die Hamburg meinetwegen machen kann - aber nicht auf dem Rücken der schleswig-holsteinischen Bürger.

(Beifall bei der CDU - Engholm [SPD]: Es ging um Norderstedt und nicht um Hamburg! Sie müssen mir nicht immer das Wort im Munde verdrehen! Bleiben Sie ein bißchen beim Text der Rede! Das ist eine Frage der Redlichkeit!)

Dies möchte ich hier gern einmal wiederholen.

(Engholm [SPD]: Das ist keine redliche Politik, die Sie da machen!)

- Herr Engholm, ich kenne das sehr genau, es geht um die Feuerbachstraße, es geht um den Haferweg und es geht um Tiefstaak. Glauben Sie mir, daß ich genau weiß, worüber ich rede.

(Engholm [SPD]: Es geht um Blockheizkraftwerke zum Beispiel in Norderstedt! Das ist deutlich gesagt worden! - Kribben [CDU]: Das ist doch ein ganz anderes Thema!)

Ich bin mit Ihnen der Meinung, Herr Kollege Engholm, daß das, was in Betzbach geschehen ist, nämlich die Indienststellung eines Kohlekraftwerks, das einen weit über die heutigen Maße hinausgehenden Ausstoß an Emissionen, insbesondere an Schwefeloxiden, hat, nicht vertretbar ist.

Ich darf allerdings sagen, daß - wie immer bei solchen Verfahren - dieses Verfahren natürlich einen jahrelangen Vorlauf hat. Ich möchte hier nur einmal bemerken für alle, die das sehr scharf einer CDU-Regierung anlasten wollen, daß die Saar-Bergwerke zu 75 % der Bundesrepublik Deutschland gehören, die bis vor einem Jahr von einer SPD/F.D.P.-Regierung regiert worden ist. Ich würde deswegen mit dem Vorwurf gegenüber CDU-Regierungen in diesem Zusammenhang ein bißchen vorsichtiger sein, Herr Kollege Engholm, weil man den Gesamtzusammenhang kennen muß.

(Beifall bei der CDU)

Was das **Kraftwerk** bei **Helmstedt** angeht, so darf ich noch als zusätzliche Information sagen - damit es hier nicht ganz so bedrohlich stehenbleibt, wie auch ich es ansehe -,

(Kribben [CDU]: So ist es!)

daß dieses Kraftwerk mit der Auflage versehen ist, Herr Kollege Engholm, daß, wenn die Rauchgasentschwefelung technisch möglich, nachgerüstet werden muß. Insofern können wir hoffen, daß hier eine geringere Belästigung eintritt, als es nach den ursprünglichen Angaben der Fall gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, schließlich noch ein Wort zu dem Vorwurf, den Sie wohl von Herrn Walter übernommen haben, Herr Engholm, die Bundesregierung habe die 210 Millionen Ecu - das sind etwa 500 Millionen DM; ich runde das jetzt einmal ab - benutzt, um vornehmlich den HTR und den Schnellen Brüter nachzurüsten. Diese Behauptung ist falsch. Ich sage das auch im Hinblick auf andere Behauptungen, die Herr Walter zu diesen Fragen gemacht hat. Die Vorgeschichte ist die, daß die beiden Nettozahler, Großbritannien und die Bundesrepublik Deutschland, auf Wunsch des **Europäischen Parlaments** durch die **Bezuschussung laufender Energieprojekte** - laufender Energieprojekte! - eine gewisse Vergünstigung erhalten sollen. Das war der Wunsch des Europäischen Parlaments bei der Vergabe dieser Mittel. Diese Mittel - 210 Ecu - sind nun eingesetzt worden zu über 50 %, nämlich mit 115,13 Ecu, für Beihilfen für die Produktion von Kokskohle.

(Sprenger [CDU]: Hört, hört!)

Das ist mehr als die Hälfte des Betrages. Man kann und darf dann doch wohl nicht sagen, sie seien von einer kernenergiewütigen Bundesregierung eingesetzt worden zur Nachfinanzierung

(Beifall bei der CDU)

der schrecklichen Investitionsruinen, die durch das Versagen der vorherigen Bundesregierung in Kalkar und Schmehausen stehengeblieben sind - um das einmal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CDU - Engholm [SPD]: Von wem kommt denn ursprünglich die Idee von Kalkar?)

Sie werden durch das Können und den Verstand des neuen Bundesforschungsministers Riesenhuber endlich der Fertigstellung entgegengeführt werden, der es nämlich im Gegensatz zu seinem Vorgänger geschafft hat, die Wirtschaft weit stärker an diesen Projekten zu beteiligen, als das die alte Bundesregierung geschafft hat. Für Kalkar - um Ihren Informationsstand

(Minister Dr. Westphal)

und auch den des Herrn Walter vollständig zu machen -

(Spaeth [CDU]: Herr Walter handelt zur Zeit mit Äpfeln!)

sind bereitgestellt 38,06 Ecu, für den HTR 35,8 Ecu, für andere Projekte, die ich hier nicht im einzelnen aufzählen will, kleinere Beträge. Es ist also falsch zu behaupten, daß die Bundesregierung diese Mittel - so, wie Sie es gesagt haben - vornehmlich für Schmehausen und Kalkar zur Verfügung gestellt habe. Richtig ist, daß die Hilfe vor allem zur Kohle gegangen ist.

Ich will hier keine Debatte zum Thema Kohlepolitik eröffnen, obwohl das auch in diesen Zusammenhang gehört, wenn man an die Probleme der Kohleländer und des Jahrhundertvertrags denkt. Ich kann das hier nicht vertiefen, mir liegt aber an einer ausdrücklichen Richtigstellung in diesem Zusammenhang, weil folgendes auch eine Behauptung von Herrn Walter ist. Herr Walter behauptet in den „Lübecker Nachrichten" vom 3. November, aus **Schleswig-Holstein** sei kein einziges Projekt für diejenigen **Demonstrationsvorhaben** vorgeschlagen, die die EG bezuschußt.

(Frau Böhrk [SPD]: Von der Landesregierung ist nichts vorgeschlagen worden!)

Richtig ist, meine Damen und Herren, daß aus Schleswig-Holstein fristgemäß acht Projekte angemeldet worden sind, darunter auch das wichtige Projekt Helgoland, für dessen Anmeldung ich mich in ganz besonderem Maße eingesetzt habe.

Auch hier darf ich wieder einmal sagen - -

(Engholm [SPD]: Die acht Projekte sind nicht von der Landesregierung gekommen!)

- Die acht Projekte nicht von der Landesregierung, aber aus dem Lande Schleswig-Holstein!

(Engholm [SPD]: Das stimmt so nicht!)

Herr Engholm, vielleicht darf ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten zitieren. Ich zitiere jetzt die Wahrheit, wobei ich annehme, daß die „Lübecker Nachrichten" die Wahrheit sagen.

(Engholm [SPD]: Nennen Sie den Ursprung der Quelle von Herrn Walter und lesen Sie es vor!)

Aber Herr Engholm, was ich zitiere, überlassen Sie gefälligst mir.

(Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Präsident Titzck:

Herr Minister Westphal hat das Wort.

(Engholm [SPD]: Das ist in diesem Hause der Superverdreher! - Beifall bei der SPD)

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr:

Es ist manchmal unangenehm, zitiert zu werden. Ich zitiere die Quelle, die „Lübecker Nachrichten" vom 3. November 1983. Wörtliche Äußerung von Herr Walter. Anführungsstriche!

(Zuruf des Abgeordneten Engholm [SPD])

Hören Sie doch einmal zu, Sie können mich doch nachher widerlegen. Ich bringe ein wörtliches Zitat:

„Aus Schleswig-Holstein liegt bislang kein einziger Antrag der öffentlichen Hand vor."

Dies ist falsch, meine Damen und Herren! Die Gemeinde Helgoland hat mit einer kommunalen Gesellschaft den größten Antrag gestellt. Diese Behauptung ist falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Es wird in diesem Hause doch erlaubt sein richtigzustellen, was falsch ist. Darauf lege ich Wert.

(Beifall bei der CDU)

Das ist in dieser Debatte deswegen so entscheidend, weil wir uns mit falschen Tatsachen das wichtige Bekämpfen des Problems so schwer machen. Deswegen zitiere ich es hier.

Wir alle sind uns einig - ich wiederhole, was wir gesagt haben, und sage es hier deutlich als Wirtschaftsminister -, daß wir den Waldschäden mit allen Nachdruck, mit allen sinnvollen Mitteln zu Leibe gehen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Damit wir das richtig machen, gehört dazu, daß wir wissen, was hier gemacht worden ist. Dann können wir nämlich erkennen, welche Wirkungen das gehabt hat und ob die Wirkungen bisher ausreichend gewesen sind. Nur daraus können wir ableiten, was in der Zukunft getan werden muß. Das ist unser Ziel. Dazu sind wir bereit.

(Anhaltender Beifall der CDU)

Präsident Titzck:

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Böge.

Böge [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ein altes Wort: Wer laut wird, hat nicht immer recht!

(Beifall bei der CDU)

Ich halte das, was hier insbesondere von Herr Minister Westphal ausgeführt worden ist, für einen wertvollen Beitrag, um uns Klarheit darüber zu verschaffen, was denn letztlich auf unsere Wälder einwirkt. Herzlichen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir, daß ich mich etwas mehr dem zentralen Thema, **Bekämpfung von Waldschäden**, das durch die Regierungserklärung unseres Ministerpräsidenten hier eingebracht worden ist, zuwende. Im Wald liegen Leben und Zukunft, sagte er. Ich bedaure es eigentlich, daß nun

(Böge)

gerade Herr Engholm den Saal verlassen hat; denn ich wollte mich hier mit einigen seiner Äußerungen auseinandersetzen. Wenn eine Regierungserklärung abgegeben wird und die Debatte darüber erfolgt, dann ist es sicherlich die Pflicht des Ministerpräsidenten, hier ständig anwesend zu sein. Wenn der Herr Oppositionsführer nur zeitweise hier ist – er mag dringende Geschäfte haben –, ist das bedauerlich, denn die zeitliche Festlegung für die Behandlung dieser Frage auf den heutigen Vormittag erfolgt ist einvernehmlich.

(Frau Böhrk [SPD]: Herr Engholm ist bis eben hier gewesen! – Meyenborg [SPD]: Nehmen Sie doch zur Kenntnis, daß er die ganze Zeit anwesend war!)

Ich habe nur mein Bedauern ausgedrückt, daß ich jetzt einiges zu seinen Ausführungen in seiner Abwesenheit sagen werde. Dieses Bedauern darf ich hier doch wohl zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Engholm hat nach einer – wie ich finde – sympatischen Einleitung die Debatte zu denjenigen Themen hinübergeleitet, die sich nicht mehr so sehr mit dem Patienten selber befaßten. Ich spreche vom Wald heute als einem Patienten und nicht von einem Leichnam. Ich will es mit anderen Vokabeln bezeichnen, die ich hierzu zitieren möchte; denn vom Waldsterben – das war einer der Kritikpunkte von Herrn Engholm – können wir hier in Schleswig-Holstein zur Zeit Gott sei Dank noch nicht reden. Wir führen zunächst eine Debatte um den schleswig-holsteinischen Wald. Wenn wir die Bezeichnung „neuartige Waldschäden" aufgenommen haben, so ist das in der Tat folgerichtig.

Herr Engholm hat in seinen Ausführungen dargelegt, daß uns eigentlich nicht sehr viel trenne, der Unterschied bestehe aber darin, daß die SPD sofortiges Handeln verlange. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion handelt seit langem – ich werde das noch darlegen –, und zwar als Reaktion auf erkannte Schadensbilder im Wald selber. Daß zur Bekämpfung der **neuartigen Waldschäden** auch hier in Schleswig-Holstein ein gemeinsames schnelles Handeln wünschbar ist, unterstützen auch wir. Dazu fordern wir Sie als Opposition nachdrücklich auf. Nur: Wenn uns hier das Rezept von Schwefeldioxid-Abgaben anempfohlen wird, dann ist dazu nur zu sagen, sehr verehrter Herr Engholm: Da werden wir sicherlich nicht mitmachen, da wir andere Möglichkeiten haben, um dem Problem näherzukommen.

Ich selber hatte vor etwa einem halben Jahr die Gelegenheit, mich vor der Parlamentspressekonferenz für meine Fraktion mit der Entwicklung der Waldschäden als einer bundesweiten umweltpolitischen Herausforderung zu befassen. Wir sind der Überzeugung, daß eine weitere Zunahme der Waldschäden eine sehr ernste Bedrohung der Landeskultur und der Lebensgrundlagen des Menschen ist.

(Beifall bei der CDU)

Inzwischen sind erhebliche Waldschäden in fast allen Bundesländern zu verzeichnen, wobei **Schleswig-Holstein** bisher weniger betroffen scheint als das übrige **Bundesgebiet**. In vielen Fällen führten sie zum flächenweisen Ausfall von Waldbeständen. Die Gefahr ist aber vor allem, daß sich diese Waldschäden sehr schnell weiterentwickeln. Deshalb ist besondere Wachsamkeit der Waldbesitzer und der Forstbeamten geboten, da es sehr unwahrscheinlich ist, daß Schleswig-Holstein von dieser Entwicklung verschont bleibt. – So von mir gegenüber der Öffentlichkeit vor einem halben Jahr vertreten! Das Thema ist insofern für uns nicht völlig neu. Damals stellte ich die Forderung auf, die Ursachen schnellstens und deutlich zu erforschen, um hieraus dann ableiten zu können, wie wir handeln können und wie wir handeln müssen.

Meine Damen und Herren, es ist doch interessant – Herr Kollege Buhmann hat es schon in ein paar Sätzen angedeutet – daß man sich schon vor über hundert Jahren mit diesem Problem befaßt hat, und zwar in der Schrift „Der Forstschutz", Herausgeber Dr. Richard Hess, Ordentlicher Professor an der Ludewigs-Universität zu Gießen. Diese Schrift ist 1878 erschienen. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten vielleicht ein paar Sätze zitieren:

„Holzbestände, namentlich Nadelhölzer, welche dem Hütten- oder Steinkohlenrauch dauernd oder wenigstens sehr häufig ausgesetzt sind, zeigen ein sichtbares Kränkeln, welches unter Umständen mit Absterben endigt. Die Nadeln fangen zunächst an der den Anwehen des Rauches exponierten Seite an, sich zu verfärben. Man bemerkt ein Gelb-, später Braun-, dann Schwarzwerden und zuletzt Abfallen derselben. Die Zweige sterben in der Regel vom Gipfel her ab. Hierdurch lichten sich die Baumkronen in oft sehr empfindlicher Weise, als ob sie vom Waldgärtner befallen wären. Ähnliche Erscheinungen zeigen sich in den Laubholzbeständen."

Es gibt dann auch Verweise auf ein umfangreiches **Schrifttum** schon zu dieser Zeit. Ich nenne nur beispielsweise: Stöckhardt, „Untersuchung junger Fichten und Kiefern, welche durch den Rauch der Antonshütte krank geworden", herausgegeben 1853, eine Schrift desselben Herausgebers aus dem Jahre 1871, dann „Die Einwirkung der schwefligen Säure auf die Pflanzen", herausgegeben im Jahre 1873. Sie sehen also – –

(Arens [SPD]: Herr Kollege, Sie hatten doch versprochen, Sie wollten Ihre Taten darlegen! – Beifall bei der SPD)

– Herr Kollege Arens, ich werde in der Tat noch weiter zurückgehen. Aber das ist natürlich ein Problem für Sie. Sie sehen ungern auf Ihre eigene Geschichte zurück.

(Selzer [SPD]: Hören Sie doch auf!)

Aber wir leiten unsere Erkenntnisse gern aus den Erfahrungen der Vergangenheit ab.

(Beifall bei der CDU)

(Böge)

Wissen Sie, der Wald ist ja eine Lebensgemeinschaft, die Jahrhunderte benötigt, um sich zu dem zu entwikkeln, was wir letztlich als Wald bezeichnen. Das heißt, hier müssen wir einen sehr langen Atem haben. Hier müssen wir auch bereit sein, uns einmal mit diesen Entwicklungen auseinanderzusetzen.

(Arens [SPD]: Da gibt es doch gar keine Meinungsverschiedenheit! Das ist doch nicht der Punkt!)

- Sie können gern in die Lobby gehen, wenn es Ihnen nicht gefällt, was ich hier vortrage.

Herr Kollege Buhmann hat auch auf Ausführungen von Herrn Dr. Wenzel vom hessischen Umweltamt Bezug genommen. Herr Dr. Wenzel sprach am 30. Mai in Wahlstedt vor dem dortigen Umweltschutzverein zu diesem Thema; er tat es auch in Sankelmark vor ganz kurzer Zeit.

Vielleicht wäre es hier angebracht, einen kleinen Einschub zu machen. Sie, Herr Dr. Hinz, haben behauptet, daß uns beispielsweise die **Emissionen** von **Hamburger Kraftwerken** eigentlich gar nicht berührten. Sie haben gesagt, wir würden von der schwefligen Säure betroffen, die letztendlich im Ruhrgebiet oder anderswo in Westdeutschland oder auch in Mitteldeutschland produziert wird. Ich habe hier aber noch sehr deutlich die Ausführungen von Herrn Dr. Wenzel im Ohr, der - für mich schlüssig - nachgewiesen hat, daß gerade durch den Bau der hohen Schornsteine eine intensive Verdriftung in die Umgebung erreicht wurde, weil man durch diese Schornsteine, die es ursprünglich bei den Hüttenwerken nicht gab, das Schadbild verhindern wollte.

Nur ist das Problem dann weitertransportiert worden. Nun geht ein Teil der Abgase in die diesen Emissionsquellen am nächsten liegenden Wälder. So verursachen wir das sogenannte neuartige Sterben, neuartig deswegen, weil hier im Gegensatz zu der damaligen Erscheinung offensichtlich weitere Komponenten hinzukommen. Es kann uns heute ein Wissenschaftler noch nicht schlüssig sagen, woraus die Summe der einzelnen Schadkomponenten besteht; deswegen sollten wir sehr vorsichtig damit umgehen.

Die Messungen gerade im Umfeld von Hamburg belegen sehr deutlich, daß hier eine Emissionsquelle ist. Die Schadbilder sind ja interessanterweise am Südrand des Rantzauer Forstes, am Südwestrand des Segeberger Forstes und am Westrand des Sachsenwaldes zu sehen. Dies müssen wir so, wie es ist, zur Kenntnis nehmen. Deswegen ist Ihre Aussage, daß uns Emissionen aus Hamburg eigentlich nicht träfen, nach dem, was Dr. Wenzel ausgeführt hat, nicht richtig. - Verzeihen Sie, verehrter Herr Kollege Dr. Hinz, ich messe den Aussagen von Herrn Dr. Wenzel doch ein wenig mehr Gewicht bei. Herr Dr. Wenzel hat sich seit über dreißig Jahren mit diesem Problem intensiv auseinandergesetzt und ist ein international bekannter Fachmann.

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Böge, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hinz?

Böge [CDU]:

Ja, gern!

Dr. Hinz [SPD]: Herr Kollege Böge, ist Ihnen bekannt, daß die Meßstationen in Schleswig-Holstein die Immissionen - das, was heruntergekommen ist - messen und überhaupt nicht feststellen können, was emittiert wird, was herauskommt? Ihre Aussagen zeigen doch, lieber Herr Kollege Böge, daß Sie sich mit der Materie endlich einmal beschäftigen sollten.

(Beifall bei der SPD)

- Herr Kollege Dr. Hinz, Ihr Fachwissen mag ja in Ordnung sein. Darüber will ich mir kein Urteil erlauben. Nur dürfen Sie mir bitte zugestehen, daß ich mich nun wirklich mit diesem Problem im Umfeld von Hamburg auseinandergesetzt habe. Wenn die Messungen ergeben, daß entsprechende Werte zu verzeichnen sind, so können Sie - hier folge ich den Ausführungen von Herrn Dr. Wenzel; das ist meine Quelle - nicht leugnen, daß sich der saure Regen erst in einer Zeitverzögerung von drei bis vier Tagen bildet, um dann als Niederschlag vornehmlich

(Dr. Hinz [SPD]: Aber wo?)

in Skandinavien niederzugehen. Er hat in seinen Ausführungen - ich berufe mich ausdrücklich auf ihn - eigentlich ausgeschlossen, daß wir in der Bundesrepublik in erheblichem Maße von einem sauren Regen sprechen könnten. Ich bitte, dies so zur Kenntnis zu nehmen.

Meine Damen und Herren, nun möchte ich mich doch noch in einem kurzen Rückblick dem **deutschen Wald** zuwenden, auch wenn es Ihnen, Herr Kollege Arens, nicht so gefallen mag. Ich meine, daß die **Geschichte der Menschheit** mit der Vernichtung des Waldes oder zumindest mit seiner Existenzbedrohung einherzugehen scheint. Nachdem um die Zeitenwende, Herr Kollege Arens, im Zuge der Raseneisenerzverhüttung riesige Mengen an Holzkohle und damit Wald verbraucht wurden, fand - nun mache ich einen großen Sprung - im **11. Jahrhundert** der bedeutende Geschichtsschreiber und Geograph des deutschen Nordens, Adam von Bremen, Schleswig-Holstein als das waldreichste Land im Norden vor.

(Sickmann [SPD]: Da hat es die CDU noch nicht gegeben! - Heiterkeit)

- Ihr Zwischenruf, Herr Kollege Sickmann, disqualifiziert Sie ja selbst. - Der in der Edda - ich weiß nicht, ob Sie dieses Werk kennen - als Jarnwida erwähnte und von den Dänen im **12. Jahrhundert** eroberte Dänische Wohld ist heute trotz seines Namens fast waldleer.

(Selzer [SPD]: Jetzt fehlt nur die Geschichte von Adam und dem Apfelbaum! - Heiterkeit)

Der Kern des Isarnho, der sich von der Probstei bis an das Treene-Sumpfgebiet erstreckt hatte, war als Bysterwald, als Wald um den Bistensee, lange Jahrhunderte die wirtschaftliche Grundlage des Amtes

(Böge)

Hütten gewesen. Im **14. Jahrhundert** soll die große Segeberger Heide noch bewaldet gewesen sein. Sie wurde erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts von dem so verdienstvollen Forstmann Emeis wieder aufgeforstet.

Über Dithmarschen berichtete Necorius:

> „Dat Land was do, as von Alters her, voller Buschen, Holtungen und Brocken, dat noch anno 1460 en Ekerken by Meldorp an bet Osten an des Landes Grenzpalen ab idel Bömen springen könne, um de Erde nich beröhren dörfen."

Dort wurde der Wald im **17. Jahrhundert** vernichtet.

Der Mensch verbrauchte zunehmend den Rohstoff Holz, rodete Wälder, um Weiden und Ackerflächen zu gewinnen. So konnte Schleswig-Holstein um die Mitte des 18. Jahrhunderts nur noch 75 000 ha Wald, das heißt, 4 % an der Gesamtfläche, verzeichnen. In Dithmarschen hatte man schon Anfang des 17. Jahrhunderts durch die Einführung eines neuen Fostrechtes, der sogenannten Dithmarscher Holzschulen gegenzusteuern versucht.

Erst gegen Ende des **18. Jahrhunderts** vermochten zwei Persönlichkeiten, der Präsident der Rentekammer in Kopenhagen, Graf Christian Detlef Frederick von Reventlow, und der aus Hannover stammende Forstinspektor Georg Wilhelm Bruel, das Schicksal des Waldes von Grund auf zu wenden. Sie sorgten für die Ablösung der Waldweideberechtigungen, für die haushälterische Bewirtschaftung des verbliebenen Waldes und begannen auch, die Waldfläche durch Aufforstung von Heideflächen zu vergrößern.

Die **Aufforstung in Schleswig-Holstein** verlief in ausgesprochenen Wellen. Die erste Aufforstungsbewegung begann nach Erlaß der Verkoppelungsgesetze Ende des 18. Jahrhunderts, schlief aber während der napoleonischen Kriege wieder ein. Die zweite Aufforstungswelle lag in der Zeit von 1815 bis 1845, gefolgt von der dritten um 1870 bis Anfang dieses Jahrhunderts.

> (Liebrecht [SPD]: Kennen Sie auch den Pressebericht von Karl Marx in einer rheinischen Zeitung über den Holzdiebstahl?)

– Verehrter Herr Kollege Liebrecht, das ist der Wald, in dem Sie heute gern spazierengehen. Nur haben Sie nicht gewußt, welch mühselige Arbeit und Langfristigkeit dahintersteht, Wald zu schaffen, Wald zu bilden.

> (Beifall bei der CDU)

Wir verzeichnen heute aufgrund dieser Vorgänge einen Waldanteil von nahezu 9 % der Gesamtfläche mit knapp 140 000 ha,

> (Vizepräsident Hamer übernimmt den Vorsitz)

und wenn ich es richtig sehe, befinden wir uns am Beginn einer vierten Aufforstungswelle, die uns einen Waldanteil von 12 % bringen soll.

Die im Bundesraumordnungsgesetz eher zurückhaltend formulierten Raumordnungsbestimmungen für Wald und Forstwirtschaft wurden 1969 in den **Landesraumordnungsplan** und 1971 in die **Landesentwicklungsgrundsätze** und in das **Landeswaldgesetz** übernommen und ergänzt.

> (Beifall bei der CDU)

Das ist politisches Handeln, sehr verehrte Kollegen von der SPD-Fraktion!

Der Landesraumordnungsplan von 1979 enthält darüber hinaus wichtige Aussagen zur Walderhaltung und Waldbildung. Bei der Fortschreibung der Regionalpläne werden wir auch zu überprüfen haben, ob durch Darstellung geeigneter Gebiete als „Räume besonderer Eignung" oder „Vorranggebiete für Forstwirtschaft" der gesetzliche Auftrag erfüllt wird. Herr Kollege Latendorf, wir haben uns ja in mehreren Sitzungen darüber unterhalten, welche Schwierigkeiten es gerade in der heutigen Zeit bereitet, Flächen zu bekommen, um Wald zu bilden; denn Flächen abgeben müssen wird ja in erster Linie die Landwirtschaft

> (Latendorf [CDU]: Wir müssen auch von den Grenzertragsböden wegkommen, Herr Kollege!)

– Ich bin Ihnen für diesen Einwurf sehr dankbar, denn das Wort „Grenzertragsboden" ist bisher in diesem Zusammenhang nicht sehr hilfreich gewesen.

Während der schleswig-holsteinische Wald bis Ende des 18. Jahrhunderts fast ausschließlich aus **Laubbaumarten** bestand, wurden nunmehr mit den Aufforstungswellen fast nur noch **Nadelbaumarten** aus mehreren Gründen eingesetzt, so daß wir heute zwar noch einen Laubbaumanteil von rund 45 % verzeichnen, der Nadelbaumanteil aber bereits 55 % beträgt. Gerade die Nadelbaumarten sind es jedoch, die uns forstwirtschaftlich besondere Probleme schaffen: Sie erfordern einen hohen Aufwand in der Bestandspflege, sie sind sehr sturmanfällig, sie weisen leicht – weil sie vorwiegend auf geringwertigen Standorten stehen – Trockenschäden auf, sie sind gegenüber Schädlingen besonders anfällig, und sie zeigen bei weitem die größte Wirkung im Bereich der sogenannten neuartigen Waldschäden.

Darüber hinaus ist die **Altersstruktur** des schleswig-holsteinischen Waldes ausgesprochen ungünstig. Fast zwei Drittel aller Wälder sind jünger als 40 Jahre. 14 000 ha wurden in den Kriegs- und Nachkriegsjahren eingeschlagen. Seit 1950 wurden 15 000 ha erstaufgeforstet, und 12 Stürme richteten seit 1949 zusätzliche erhebliche Schäden an.

Wir können zwar nicht die immissionsbedingten Waldschäden durch waldbauliche Maßnahmen verhindern, doch können wir durch waldbauliche Maßnahmen die Widerstandskraft unserer Wälder stärken.

Die von uns im Jahre 1979 getroffene Entscheidung zur Förderung der Jungbestandspflege und die Aufnahme dieser Maßnahmen 1980 in die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz" ist deshalb richtungsweisend. Das im Jahre 1981 begonnene **Programm zur Förderung der Wiederaufforstung** laubbaumreicher Mischwälder sowie die Förderung

(Böge)

forstwirtschaftlicher Zusammenschlüsse und Forstschutzmaßnahmen sind ein richtiger Anfang.

(Beifall bei der CDU)

Dies läuft seit einigen Jahren. Ich bin sehr dankbar - das sage ich hier ausdrücklich -, daß diese unsere Initiative von Ihnen, Herr Kollege Wiesen, mitgetragen worden ist.

(Beifall bei der CDU)

Diese beiden Maßnahmen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, werden wir über Jahre in verstärktem Maße durchführen müssen, um unser Ziel zu erreichen, standortgerechte Wälder zu bilden, die stabil, gesund und leistungsfähig sind. Nur sie können die vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen erfüllen.

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht, daß uns **Opfer** abverlangt würden, um das für den **Wald** zu tun, was nötig ist, um ihn zu erhalten und ihn zu mehren. Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen die Unterstützung der CDU-Fraktion in vollem Umfange zusichern.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden Ihre Vorhaben intensiv unterstützen, und dies wird auch bei unseren künftigen Haushaltsentscheidungen seinen Niederschlag finden. Ich darf Ihnen Glückauf wünschen bei Ihrer großen **Aufforstungsmaßnahme**, die Sie auf dem ursprünglich für den Flughafen vorgesehenen Gebiet um **Kaltenkirchen** vorhaben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, ich darf aus gegebenen Anlaß vielleicht doch noch einmal auf die in § 49 unserer Geschäftsordnung nachzulesenden Regelungen über die Dauer der Reden hinweisen. Danach können die Fraktionen für einen ihrer Redner eine Redezeit von 30 Minuten beantragen; für die anderen Redner beträgt die Redezeit 15 Minuten, unabhängig von der Wichtigkeit oder Gewichtigkeit des Themas, das wir behandeln.

Das Präsidium ist selbstverständlich bereit - und die Geschäftsordnung läßt das auch zu -, nach Anmeldung - die Geschäftsordnung spricht von „Antrag" - die Redezeit zu verlängern. Nur müssen wir das wissen. Anderenfalls wird der Redner nach 15 Minuten „abgeklingelt".

(Zustimmung bei der CDU)

Das Wort hat jetzt der Herr Landwirtschaftsminister.

Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wachsenden **Waldschäden** haben in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus ein sehr lebhaftes politisches Echo gefunden und zu vielen Aktionen im fachlichen und politischen Bereich geführt. Sie haben nach meiner Einschätzung dazu geführt, daß die frühere **Politik der hohen Schornsteine** vorbei ist. Das sollten wir alle nach den Erfahrungen doch sehr begrüßen.

Ich möchte noch einen zweiten Gedanken anfügen, um Ihnen auch damit diese Abwendung von der früheren Politik zu begründen. Hier hat es in der Tat eine Wende gegeben. Die Maßnahmen zur Luftreinhaltung oder zur Verringerung der Belastung unserer Luft haben doch - wie ich meine - einen ganz neuen Akzent erhalten: einmal durch die Großfeuerungsanlagenverordnung, die mit Wirkung vom 1. Juli dieses Jahres in Kraft getreten ist, und zum anderen mit dem Beschluß der Bundesregierung, bleifreies Benzin einzuführen.

Ich wende mich dem Thema der **Großfeuerungsanlagenverordnung** noch einmal zu, weil der Kollege Engholm in seinem Beitrag dazu etwas Selbstkritisches, aber auch etwas Kritisches im Hinblick auf den Bundesminister, der ja für den Umweltschutz zuständig ist, gesagt hat. Ich darf den Kollegen Engholm daran erinnern, daß es die frühere Bundesregierung unter der Federführung des Herrn Baum nicht geschafft hat, die Großfeuerungsanlagenverordnung vorzulegen. In dem Entwurf, der erarbeitet worden war, waren auch wesentlich ungünstigere Werte enthalten. Ich möchte das einmal an zwei Beispielen deutlich machen.

Es war unter anderem vorgesehen, Schwefelemissionsgrenzwerte auf der Basis von 650 mg einzuführen. Der Herr Bundesinnenminister Zimmermann hat daraus in seiner Vorlage 400 mg gemacht. Auch war die Einführung von Stickstoffgrenzwerten nicht vorgesehen. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf, der im Bundesinnenministerium vorlag, ist von der jetzigen Bundesregierung also noch eine Verschärfung vorgenommen worden.

Ich muß auch zur Ehrenrettung von Herrn Zimmermann deutlich hervorheben, daß er bei all seinen Verlautbarungen und öffentlichen Diskussionen gesagt hat: Die Großfeuerungsanlagenverordnung war zu 90 % von der früheren Bundesregierung erarbeitet worden; er hat sie sozusagen in dieser Form vorgefunden, sie aber auch überarbeitet und dann eben in die erforderlichen Entscheidungsprozesse hineingebracht. Und ab 1. Juli haben wir nun diese Großfeuerungsanlagenverordnung.

Es wurde ein wenig daran Kritik geübt, daß wir nicht scharf genug gewesen wären bei den Entscheidungsprozessen. Ich könnte hier jetzt eine Reihe von Beispielen nennen, wo der Bundesrat in seinen Beratungen gegenüber dem Regierungsentwurf bei den Anforderungen noch weiter gegangen ist. Das gilt hinsichtlich der Reduzierung von Restnutzungsstunden für Altanlagen und das gilt hinsichtlich der Reduzierung der Größenklassen. Ich könnte noch andere Beispiele nennen. Ich möchte es mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit nicht tun.

Ich meine also, daß wir durch diese Akzente, die die Bundesregierung geschaffen hat, auch mit den laufen-

(Minister Flessner)

den Beratungen hinsichtlich einer veränderten TA Luft, Teil III, doch in der Politik zur Reduzierung von Schadstoffen in der Luft einen ganz entscheidenden Schritt vorangekommen sind. Das wird auch dadurch belegt, daß die Bundesregierung gegenüber ihrer ursprünglichen Auffassung zum Beispiel bei einer Reduzierung der Abgaswerte bei Kraftfahrzeugen nicht an dem Bestreben festhält, eine EG-einheitliche Regelung abzuwarten, sondern sie hat sich bei ihren bestehenden Schwierigkeiten dann dafür entschieden, im Alleingang festzulegen, daß ab 1. Januar 1986 **bleifreies Benzin** eingeführt wird. Das war eine bemerkenswerte politische Aktion. Daß sie sich natürlich weiterhin bemüht, ein EG-einheitliches Vorgehen zu erzielen, ist sicherlich richtig. Aber hiermit ist doch ein ganz entscheidender positiver Wendepunkt erreicht worden.

Ich möchte das sogar so ausdrücken, daß die Bundesrepublik Deutschland dadurch eine Vorreiterfunktion in Europa übernommen hat. Das sollten wir begrüßen, und ich hoffe, daß sie diese Vorreiterfunktion auch weiterhin übernehmen kann.

(Beifall des Abgeordneten Latendorf [CDU])

Es wurden auch Beschlüsse und Entscheidungen der **Umweltministerkonferenz** angesprochen. Ich möchte die Kollegen, die sich auf diesem Gebiet sachkundig gemacht haben und die auch weiterhin auf diesem Gebiet arbeiten werden, die Beschlüsse der Umweltminister vom 3. und 4. November in Rendsburg ausdrücklich anempfehlen; denn sie enthalten eine Fülle von Hinweisen und Initiativen, die letztlich die Bekämpfung der Waldschäden weiter verstärken sollen.

Ich möchte aus den Beschlüssen einige Punkte hervorheben, weil sie hier zum Teil noch nicht berührt worden sind. Wir haben nämlich gefordert, daß ein Aktionsprogramm durchgeführt werden soll. Das gilt zum Beispiel dafür, daß bei der in Vorbereitung befindlichen Novellierung der **TA Luft**, Teil III, die **Emissionsgrenzwerte** nach dem fortgeschrittenen Stand der Technik zu senken sind. Gefordert wurde, die gesetzlichen Grundlagen zur Einführung des bleifreien Benzins zum 1. Januar 1986 zu schaffen. Das ist inzwischen praktisch schon auf dem Weg.

Des weiteren haben die Umweltminister gefordert, **Abgasgrenzwerte für Kraftfahrzeuge** rechtzeitig für diesen Zeitpunkt vorzuschreiben – auch dazu gibt es inzwischen schon einige konkretere Hinweise –, in der Übergangszeit bis 1986 schrittweise bleifreies Benzin und Kraftfahrzeuge mit katalytischer Abgasreinigung anzubieten, die Einführung bleifreien Benzins unter neuen Abgasgrenzwerten steuerlich aufkommensneutral zu fördern, den Einfluß der Geschwindigkeit – ich füge ausdrücklich hinzu: und der Verkehrslenkung – auf den Schadstoffausstoß der Kraftfahrzeuge zu untersuchen – wie es zur Zeit vom Umwelt-Bundesamt eingeleitet worden ist –, zu prüfen, wie eine Verbesserung der Abgaskontrollen an den im Verkehr befindlichen Fahrzeugen durch eine mindestens jährliche Überprüfung erreicht werden kann. Wir haben auch zur Begrenzung der Abgasemissionen bei Dieselfahrzeugen und ebenso bei LKW älteren Datums Beschlußempfehlungen gefaßt. Es lohn sich – so glaube ich –, diese einzelnen Fakten anzusprechen.

Aber noch einen weiteren Punkt, über den wir sehr intensiv diskutiert haben, der für uns auch gemeinsam – so glaube ich – in der weiteren Erörterung auf allen Ebenen bedeutsam sein kann, möchte ich anführen. Wir haben am 3. und 4. November einen Bericht, einen Zwischenbericht einer **Expertengruppe** entgegengenommen, die der Bundesminister im Benehmen mit den Ländern berufen hatte. Wir haben beschlossen, diese Expertengruppe noch zu erweitern. Es geht darum, daß diese Gruppen einen Bericht zur Herbstsitzung der **Umweltministerkonferenz** 1984 vorlegen soll, der die rechtlichen Grundlagen, die Ausgestaltungsmöglichkeiten sowie die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Lösungen und räumliche Auswirkungen hinsichtlich ökonomischer Instrumente im Umweltschutz untersuchen soll.

Ich will Ihnen, damit Sie das auch einmal vom Umfeld her aufnehmen, sagen, welche Gruppen berufen worden sind. Es ist eine Arbeitsgruppe „Ökonomische Instrumente im Immissionsschutz" zu errichten, weiter eine Arbeitsgruppe „Ökonomische Instrumente im produktbezogenen Immissionsschutz und in der Abfallwirtschaft", dann eine Arbeitsgruppe „Ökonomische Instrumente im Gewässer- und Bodenschutz" und schließlich viertens eine Arbeitsgruppe „Investitionshilfen und steuerliche Aspekte im Umweltschutz". Die Ergebnisse möchten wir eigentlich abwarten, um dann – wie wir meinen – eine fundierte Diskussion darüber führen zu können, wie wir es in Zukunft handhaben, wenn es darum geht, zum Beispiel bei der Luftreinhaltung zu verbesserten Ergebnissen zu kommen. Wollen wir das nur mit Auflagenregelungen – zum Beispiel durch Herabsetzung der Grenzwerte – erreichen, oder gibt es eben auch noch andere Instrumente wie zum Beispiel Umweltschutzabgaben? Die Abwasserabgabe wurde hier bereits genannt.

Wir möchte uns heute noch nicht festlegen, welche Instrumente die richtigen sind. Nur müssen wir klar erkennen: Wenn wir glauben, daß wir nur mit irgendwelchen Rechtsnormen Vorschriften zu erlassen brauchten, dann ist es eine Auflagenpolitik, und die Industrie wird immer Wege finden, sich dann auch an diesen festgesetzten Auflagen zu orientieren. Wichtiger ist, daß wir zu weiteren Fortschritten kommen, und dazu bedarf es eben auch irgendwelcher Anreize. Also ein bißchen Peitsche und ein bißchen Zucker – um es einmal etwas anders auszudrücken – ist wohl nötig. Anders ausgedrückt: Daraus ergibt sich, daß in der Luftreinhaltepolitik **Ökonomie** und **Ökologie** als Zielkonflikt sicherlich Lösungen zulassen können, die schließlich und endlich dazu führen, daß wir schneller zu guten Ergebnissen kommen.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat sich ja auch mit diesen Fragen auseinandergesetzt und in seinen Verlautbarungen – unter anderem auch den Politikern – den Vorwurf gemacht, daß man sich in einem Überbietungswettbewerb befinde. Ich habe diese Kritik zurückgewiesen und will das hier auch

(Minister Flessner)

noch einmal bekräftigen; denn ein solcher Vorwurf ist angesichts der wachsenden Waldschäden natürlich nur schwer erträglich.

(Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

In dem Papier, das ich inzwischen kennengelernt habe, sind sehr wohl Anregungen enthalten, die uns – wie wir meinen – auch Hinweise geben, wie wir zu wirklich sachgerechten Lösungen kommen können, so daß dieser Zielkonflikt wirklich auch so gelöst werden kann, daß die ökonomischen Konsequenzen keine Nachteile für die Wirtschaft bringen und daß zugleich die ökologischen Anforderungen einen Schritt nach vorn kommen können.

Luft kennt keine Grenzen, meine Damen und Herren, und deswegen kann man nur das unterstreichen, was alle Kollegen hier gesagt haben. Hinsichtlich unserer Aktivitäten, auch im internationalen Bereich – sei es auf EG-Ebene, sei es in Gesamteuropa – zu weiteren Fortschritten zu kommen, kann ich hier auch sagen, daß sich morgen die Umweltminister der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel mit dem zuständigen Kommissar, Herrn Dr. Narjes, treffen. Wir werden mit ihm gerade darüber diskutieren, was die Europäische Gemeinschaft in diesem Bereich zu tun gedenkt. Wir hoffen, daß auch dort die Vorreiterfunktion der Bundesrepublik Deutschland Anstöße gibt, damit wir schneller zu Fortschritten kommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyenborg.

Meyenborg [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir legen Ihnen einen Antrag vor, der sich an der hessischen Initiative im Bundesrat orientiert und der – Herr Kollege Hinz hat das gesagt – noch ein Stück darüber hinaus geht, der konkret ist und sofortiges Handeln ermöglicht. Dies wird nun nicht für ausreichend gehalten. Sie wollen sich heute nicht festlegen. Bis 1984 sollen **Expertenkommissionen** tagen, es wird von neuen Modellen gesprochen und so weiter. Wie lange, meine Damen und Herren von der CDU, wollen Sie denn eigentlich noch warten – wieviel hundert Jahre, Herr Kollege Böge, wenn ich das einschieben darf?

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Böge [CDU])

Wie lange wollen Sie eigentlich noch warten, statt endlich entschieden zu handeln?

Sie sollten endlich begreifen, daß die Zeit der Beschwichtigung und der Hinauszögerung vorbei ist, wenn zumindest noch ein Teil unserer Wälder gerettet werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Sie führen immer sehr plakativ und vollmundig die Marktwirtschaft an und meinen, daß unser Wirtschaftssystem alle Probleme von selbst löse. Aber Sie wissen natürlich genau, daß das so nicht stimmt.

(Latendorf [CDU]: Sie kennen doch auch die Einstellung von Herrn Matthiesen!)

– Sie wissen ganz genau, Herr Kollege Latendorf, daß dieses kapitalistische Wirtschaftssystem erst durch einen großen Kranz ordnungspolitischer Festlegungen sozialverträglich geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Genauso verhält es sich bei der **Ökologie**. Es liegt doch offen auf der Hand, daß dieses **Wirtschaftssystem** sozusagen noch einen Anreiz gibt, mehr Umwelt zu verbrauchen, wenn man nicht ordnungspolitische Ergänzungen festlegt, wie wir sie fordern. Das ist doch bereits seit langem anerkannt; ich nenne nur die Festlegung des Verursacherprinzips.

(Spaeth [CDU]: Sie haben offensichtlich die toten Wälder im Erzgebirge noch nie gesehen!)

Wie anders wollen Sie denn das Problem systemgerecht lösen als dadurch, daß die Umwelt endlich den Preis bekommt, der ihr zusteht.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen anerkennen, daß der Verbrauch und die Verschmutzung der Umwelt nicht mehr externe Kosten sind, sondern in Zukunft in die betriebliche Kostenrechnung einzugehen haben, ähnlich wie die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital.

Das jetzige System hat bei seiner vielbeschworenen Effizienz geradezu zur Folge, daß kostenlose Umwelt in immer stärkerem Maße verbraucht und verschmutzt wird.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Meyenborg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Graf Kerssenbrock?

Meyenborg [SPD]:

Ja, bitte.

Graf Kerssenbrock [CDU]: Herr Kollege Meyenborg, stimmen Sie mir zu? Wenn Sie fordern, die Umwelt solle ihren Preis bekommen, dann ist das eine sehr kapitalistische Denkweise!

(Dr. Klingner [SPD]: Aber genau! – Heiterkeit bei der CDU))

– Ich habe, Herr Kollege, ja auch von unserem Wirtschaftssystem gesprochen, und ich stehe nicht hier, um unser Wirtschaftssystem in Frage zu stellen. Ich fordere nur **ordnungspolitische Maßnahmen**, damit in unserem hier gültigen Wirtschaftssystem endlich solche Lösungen gefunden werden können.

(Beifall bei der SPD)

(Meyenborg)

Da hilft auch kein Hinweis auf ökologische Vernunft oder Einsicht bei den Teilnehmern am Markt; ich meine, es wäre dies geradezu systemwidrig.

Meine Damen und Herren, Sie reden immer von der Belastbarkeit der Wirtschaft und vergessen dabei – offensichtlich absichtlich –, daß die **Kosten** für den Verbrauch und für die Verschmutzung der **Umwelt** und seine verheerende Auswirkung dann, wenn sie nicht in die betriebliche Kalkulation eingehen, zu sozialen Kosten werden.

(Beifall bei der SPD)

Diese Kosten belasten dann die öffentlichen Haushalte der Gemeinden, Kreise, des Landes und des Bundes jährlich in Milliardenhöhe. Im übrigen belasten diesen externen Kosten auch Dritte, die in ihrem Eigentum geschädigt werden. Auch darüber ist nachzudenken. Es wird hier also jetzt Ihr Bekenntnis zur Marktwirtschaft gefordert, zu marktwirtschaftlichen Lösungsstrategien. Das hat sich im übrigen beim Wasserabgabengesetz bereits bewährt.

Herr Ministerpräsident, die forstwirtschaftlichen und waldbaulichen Maßnahmen – so wichtig sie für sich genommen auch sind; ich komme darauf noch zu sprechen – helfen nichts, wenn wir der unbestreitbaren Hauptsache nicht sofort – ich betone sofort – hier und heute etwas entgegensetzen; wir dürfen nicht auf Expertenkommissionen vertrösten.

Ich mag im Zusammenhang mit dem Umweltschutz das Wort vom Schritt in die richtige Richtung schon gar nicht mehr hören;

(Beifall bei der SPD)

nicht einmal drei oder vier Schritte reichen hierzu nämlich aus. Es ist zumindest ein Dauerlauf in die richtige Richtung erforderlich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Auch dann werden wir in Schleswig-Holstein nur einen Teil nunseres Waldes retten können, und dies auch nur dann – das ist für mich wichtig –, wenn die richtigen waldbaulichen und forstwirtschaftlichen Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, den Schadensverlauf zu verzögern und die Folgen zu mildern. Vorbeugen kann man damit leider nicht. Es ist selbstverständlich, daß die Landesregierung für vernünftige Vorschläge auf diesem Gebiet, die auch den privat bewirtschafteten Wald einbeziehen, unsere Unterstützung hat.

Nun ist es ja nicht nur so, daß Schleswig-Holstein das waldärmste Land in der Bundesrepublik ist, sondern auch einem forstwirtschaftlichen Verständnis der vierziger und fünfziger Jahre folgend überwiegend **Monokulturen** hat, die aus vielfältigen Gründen anfälliger sind. Ich denke da vor allen Dingen an die Sekundärschäden durch Schadinsekten und Pilzbefall. Die Aufforstung in unserem Land steht – soweit nicht historisch gewachsen – auf **Böden**, denen häufig die Pufferungskraft fehlt, die kaum Feuchtigkeit halten und den richtigen Nährstoffnachschub nicht schaffen. Diese Böden sind also empfindlich gegen saure Depositionen, die die Humusbildung behindern, das Porenvolumen des Bodens verändern und die Fähigkeit, Feinwurzeln mit Nährstoffen zu versorgen, herabsetzen. Schädliche Metallsalze werden aufgelöst und viele Dinge mehr. Dies sind zusätzliche Faktoren, die die Widerstandskraft unserer Wälder herabsetzen, erst recht dann – das ist bereits gesagt worden –, wenn extreme Witterungsbedingungen wie zum Beispiel im vergangenen Sommer, aber auch schon wie im Jahre 1982, hinzukommen.

Das Ausmaß wird erst im Frühjahr erkennbar sein, meine Damen und Herren, und vielleicht diskutieren Sie von der rechten Seite des Hohen Hauses dann schon wieder anders.

(Beifall bei der SPD)

Mit der **Düngung**, die hier als eine mögliche Rettungsmaßnahme angesprochen worden ist, sollte sehr vorsichtig umgegangen werden, damit wir nicht neue, unübersehbare ökologische Schäden im Wald bekommen.

Bei der Aufforstung der Sandböden im Flachland wurde schon in den letzten hundert Jahren die Waldkiefer bevorzugt. Der Kollege Böge hat ja einen umfassenden Abriß über die historische Entwicklung des Waldes gegeben. Eiche und Birke wurden extrem kurzgehalten und zurückgedrängt, obwohl sie als **Pioniergehölze** in unser Klima gehören. Buchen- und Kiefermischwälder sind selten.

Durch diese ökonomischen Entscheidungen haben die **Tier- und Pflanzenarten**, die zum Ökosystem des Waldes gehören, erheblich abgenommen. Die Vielfalt der ökologischen Systeme und damit die Selbstregulierung sind weitgehend gestört, der Einfluß der Chemie als scheinbarer Ersatz zerstörter Ökosysteme sowie schnelle Ausholzung älterer Bäume haben nicht nur das Räuber-Beute-Verhältnis gestört – wenn ich an die Brutdichte von Waldvögeln denke, die im geräumten, scharfdurchforsteten Wald keine Brutmöglichkeit mehr haben – sondern auch das Wirt-Parasit-Verhältnis ist gestört.

Wir haben im europäischen Wald mehr als 3000 Arten von Parasiten. Schlupfwespe und Raubfliegenarten sind wirksame Waffen gegen Waldschädlinge. Die **Intensität der Waldbewirtschaftung** müßte also reduziert werden, damit die Wirtstiere eine gewisse Lebensgrundlage behalten und die Parasiten ihre Population halten können, wenn es erforderlich ist.

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Meyenborg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Böge?

Meyenborg [SPD]:

Ja, bitte.

Böge [CDU]: Herr Kollege Meyenborg, Sie haben eben vom Einsatz der Chemie im Wald gesprochen. Können Sie mir sagen, wieviel Chemie heute noch im Wald eingesetzt wird?

(Zuruf von der SPD: Reichlich!)

(Meyenborg)

– Herr Kollege Böge, ich beziehe mich auf die heute lautgewordenen Forderungen, die auch in der Fachliteratur nachzulesen sind, daß man eben, um die Sekundärfolgen niedrig zu halten, mit forstwirtschaftlichen Maßnahmen – das bedeutet auch den Einsatz von Chemie – arbeiten müssen.

(Beifall des Abgeordneten Neugebauer [SPD])

Es wird auch in Schleswig-Holstein dazu kommen, meine Damen und Herren, daß Bäume abgeholzt werden müssen, die eigentlich ihres Alters wegen noch nicht geerntet werden sollten. Das wird eine Folge des Waldsterbens sein. Dies wird häufiger geschehen, weil man ja noch **Holzqualität** retten möchte, und es wird um so stärker der Fall sein, je stärker das Waldsterben fortschreitet. Dies wird große Probleme auf dem Holzmarkt bringen.

Ist die Landesregierung darauf vorbereitet im Interesse der staatseigenen Forstwirtschaft und vor allem auch der privaten Waldbauern? Ich habe dazu gestern nichts gehört; auch heute ist nichts dazu gesagt worden. Es scheint für die Landesregierung kein Problem zu sein.

(Böge [CDU]: Es gibt doch die forstlichen Zusammenschlüsse!)

Sie reden immer von Aufforstungsmaßnahmen, um die angeblich gewaltigen Anstrengungen Schleswig-Holsteins zu unterstreichen, die Waldfläche im Lande zu vergrößern. Der im Dezember 1981 veröffentlichte Forstbericht der Landesregierung, Drucksache 9/1276, weist für Schleswig-Holstein auf Seite 11 eine **Waldfläche** von insgesamt 137 106 Hektar aus. Ein Bericht des Statistischen Landesamtes zur Größenstruktur der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in Schleswig-Holstein, herausgegeben in der vergangenen Woche, gibt die Waldfläche allerdings geringer an.

Selbst wenn man jetzt die in dem statistischen Bericht nicht aufgeführten Betriebe bis 1 ha hinzunimmt, bleibt eine Differenz zu dem, was der Ministerpräsident gestern in der Regierungserklärung vorgestellt hat, nämlich seit 1979 seien 1340 ha neu aufgeforstet worden. Dies muß ergänzt und klargestellt werden. Wie viele Waldflächen sind zum Beispiel seit 1980 in Flächen anderer Nutzungsarten umgewandelt worden? Immerhin weist der Forstbericht für 1980 224 ha **Umwandlungsfläche** aus. Da ist also Wald abgeholzt worden, weil das Land anderen Nutzungen zugeführt wurde.

Noch eine Bemerkung zur Umwandlung: Reicht es aus, Ersatzaufforstung schlicht um schlicht vorzunehmen? Übrigens ist die Bilanz – auch das weist der Forstbericht aus – dabei immer negativ. Muß hier nicht mit einem vielfachen Faktor aufgeforstet werden, etwa nach der Blattoberfläche gerechnet? Ich denke, ja.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie preisen also wieder das Ziel an – das langfristige, wie Sie einschränkend sagen –, den Waldflächenanteil in unserem Lande um ein Drittel auf 12 % der Gesamtfläche zu erhöhen. Dies hatten Sie auch schon 1980 vor. Ich sehe darin keine akute oder aktuelle Reaktion auf das Waldsterben, sondern lediglich ein Festhalten am alten Vorhaben.

Das Neue – und das stimmt – soll die Verdoppelung des jährlichen Zuwachses sein. Aber meine Kollegin Wendel hatte Ihnen von dieser Stelle aus schon einmal vorgerechnet, wann Sie dieses Ziel, das Sie heute zur Sicherung der Waldbestände verkaufen, erreichen werden. Damals waren es die Ururenkel, die die letzten Bäume pflanzen würden; heute werden es immer noch die Urenkel sein.

Ich habe auch meine Zweifel an der **jährlichen Zuwachsrate** schon vorgebracht, weil einerseits Umwandlungsflächen aus dem Wald herausgenommen werden und weil wir das Waldsterben berücksichtigen müssen. Auch wenn dieses Waldsterben in Schleswig-Holstein noch nicht flächenhaft aufgetreten ist, so wird es, wenn hier und heute nicht sofort etwas geschieht, weitergehen. Wann wir dann noch am Pflanzen sein werden, weiß ich nicht. Auch im Jahr 2000 oder was weiß ich werden wir noch immer wesentlich weniger Waldbestand in Schleswig-Holstein haben als zum Beispiel in Berlin. Auch das wurde schon gesagt.

Meine Damen und Herren, aus der Sicht des Umweltschutzes gilt: Wir müssen, um den Naturhaushalt zu retten, wesentlich mehr Waldfläche haben – wenn ich nur an seine ökologische Kraft zum Beispiel bei der Bewältigung unserer Wasserhaushaltsprobleme denke. Ich sagte schon, welche zusätzlichen Anforderungen an uns gestellt werden, wenn wir erst ein riesiges Stabilisierungs- und Durchforstungsprogramm aufgrund der aufgetretenen Waldschäden haben werden – ob nun junge Bäume in gelichtete Bestände eingebracht werden müssen oder gar flächenhaft wiederaufgeforstet werden muß. Und da frage ich Sie: Wie wollen Sie denn dies mit dem vorhandenen **Fachpersonal** schaffen, das Sie im Laufe von 25 Jahren halbiert haben?

(Beifall bei der SPD)

Gerade bei den Forstwirten – das sind die Leute vor Ort, die diese Arbeit zu tun haben – hat diese Kürzung um die Hälfte voll durchschlagen. Wenn Sie es mit all den angekündigten Anstrengungen ernst meinen, müssen Sie auch deutlich machen, wie Sie dies personell schaffen wollen, zum Beispiel durch Stellenumwandlungen oder was weiß ich.

(Beifall bei der SPD)

Für eine **Durchforstung der Wälder** zu gesünderen Mischwaldbeständen, ich sagte es schon, haben Sie unsere Unterstützung, auch für alle vernünftigen **Forstsicherungsprogramme**, wenn durch verstärkten Aus- oder Abholzungszwang wegen der sterbenden Bäume waldbauliche Maßnahmen erforderlich sind.

Aber ich weise noch einmal darauf hin: Niemand sollte sich der Illusion hingeben, damit sei der Wald zu retten, auch bei uns nicht! Es hilft, Herr Kollege Böge, unserem Wald tatsächlich nicht, wenn man

(Meyenborg)

darauf hinweist, daß es in anderen Teilen Mitteleuropas, der CSSR oder der DDR beispielsweise oder auch in anderen Teilen der Bundesrepublik, noch schlimmer aussieht als bei uns. Meine Meinung ist: Je mehr zu retten ist, je geringer der betriebswirtschaftliche und der volkswirtschaftliche Verlust ist, desto mehr muß es Ansporn sein, den radikalsten und weitestgehenden Weg zu gehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe hier – ich sagte es schon – den **Forstbericht der Landesregierung** aus dem Jahre 1981; der ist also jetzt zwei Jahre alt. Von insgesamt 65 Seiten ist gerade eine Seite den Schäden durch Immission gewidmet, und davon bezieht sich noch der größte Teil auf allgemeine Beschreibungen. Im vorletzten Absatz, wo es für Schleswig-Holstein konkret wird, heißt es – ich darf zitieren, Herr Präsident –:

„In Schleswig-Holstein wurde bisher mit Sicherheit auf Immissionen der beschriebenen Art zurückzuführende Waldschäden nicht beobachtet. Die besorgniserregenden Berichte aus anderen Bundesländern erfordern jedoch erhöhte Wachsamkeit,

(Beifall bei der SPD)

da bereits bei beginnenden Symptomen und um der Erhaltung des Waldes willen reagiert werden muß."

(Sehr richtig! bei der CDU)

Das war vor zwei Jahren.

„Da aber nicht ausgeschlossen werden kann, daß Dürreerscheinungen auch mit immisionsbedingten Bodenversauerungengen zusammenhängen, haben alle Landesforsten anhand des Verfahrens in Nordrhein-Westfalen immissions-ökologische Beobachtungen und Untersuchungen eingeleitet."

(Böge [CDU]: Sehr gut!)

Nun weiß ich auch, daß etwas mehr geschehen ist in den vergangenen zwei Jahren als „immissions-ökologisch zu beobachten" – was immer das sein mag.

(Zuruf des Abgeordneten Arens [SPD])

Aber ist dies nicht ein trauriger Beweis für die Geschwindigkeit, mit der sich das **Sterben der Wälder** auch in Schleswig-Holstein ausbreitet?

(Beifall bei der SPD)

Und ist es nicht zweitens ein Beweis dafür, daß Sie schon damals nicht wahrhaben wollten, was sich abzeichnete, und daß Sie alle Warner ignorierten? Ich werde das Gefühl nicht los, daß der Hinweis „Bei uns ist das noch gar nicht so schlimm; ein bißchen machen wir, aber im wesentlichen warten wir ab" heute angesichts der sichtbaren Schäden und des Zuwachses der Schäden in unseren Wäldern immer noch Regierungsprogramm ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluß. Ich kann das noch bestärken. Ich habe hier eine Anfrage der Kollegin Böhrk und des Kollegen Zahn vom 27. Mai 1983. Da antwortet die Landesregierung: Bisher konnten Waldschäden in Verbindung mit sauren Depositionen nicht nachgewiesen werden.

(Dr. Hinz [SPD]: Kaum zu glauben!)

Das spricht für sich.

Meine Damen und Herren, in dieser Zeit sind keine deklamatorischen Willensbekundungen gefragt, sondern Taten, und zwar – ich sagte es schon – Taten im Dauerlauf. Nur sie können den Wald retten und – wie schon gesagt – den Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Ich bin gebeten worden, darauf hinzuweisen, daß wir pünktlich um 13 Uhr Schluß machen müssen, weil die CDU-Fraktion ein Gespräch hat. Graf Kerssenbrock, können Sie es einrichten, bis dahin fertig zu werden? – Sie haben das Wort.

Graf Kerssenbrock [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ernsthaftigkeit dieses Themas soll von niemandem, auch von unserer Fraktion nicht, verniedlicht werden. Wir sind uns alle über die Dramatik und das Tempo der **Waldschäden**, das in atemberaubendem Maße zugenommen hat, im klaren. Das ist auch der Grund gewesen, weshalb es der Herr Ministerpräsident für nötig gehalten hat, diese Regierungserklärung abzugeben, was wir sehr begrüßen.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie fordern eine **Schwefelabgabe**, die man – ich möchte mal sagen – als quasimarktwirtschaftliches Instrument bezeichnen könnte. Das macht ein Dilemma deutlich, auf das ich gleich eingehen werde. Gestatten Sie mir folgende Vorbemerkung. Dieser Vorschlag von Ihnen enthält weder die Voraussetzungen für die Erhebung einer Schwefelabgabe noch Grenzwerte noch Ausnahmebestimmungen noch ähnliches.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD, gestatten Sie mir zu sagen, ich halte so etwas – offen gestanden – für einen Show-Antrag, für eine Zumutung für dieses Parlament, daß wir hier unverdauliche Steine vorgesetzt bekommen, ungelegte Eier ausbrüten und uns dann damit beschäftigen sollen. Machen Sie konkrete Vorschläge, und Sie werden feststellen, wie schwierig es ist, Abgabentatbestände zu formulieren, die – da stimme ich Ihnen ja zu – schnell greifen sollen. Das werden Sie nämlich nicht so schnell hinkriegen.

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Graf Kerssenbrock, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wiesen?

Graf Kerssenbrock [CDU]:

Ja, ich gestatte sie.

Vizepräsident Hamer:

Herr Abgeordneter Wiesen!

Wiesen [SPD]: Herr Kollege Graf Kerssenbrock, darf ich Ihre Einleitung so verstehen, daß Sie bereit sind, solche Kriterien mit uns zusammen im Agrar- und Umweltschutzausschuß zu entwickeln und dann auch unserem Antrag zuzustimmen?

(Beifall bei der SPD)

Graf Kerssenbrock [CDU]:

Ich werde mich zu diesem Thema in meinem Debattenbeitrag ausführlich und fast ausschließlich äußern, und Sie werden feststellen können, welche Kooperationsmöglichkeiten es geben wird. Ich halte das Instrument der Abgabe nicht von vornherein für verwerflich – wir alle von der CDU-Fraktion nicht. Im übrigen hat das auch der Herr Landwirtschaftsminister hier zu erkennen gegeben.

Dieser hingeworfene Antrag aber, den Sie hier eingebracht haben, weckt doch Zweifel an der Ernsthaftigkeit Ihres Begehrens, wirklich **marktwirtschaftliche Instrumente** einzuführen, denn Ihr bisheriger Kollege Matthiesen, der heute Umweltminister in Nordrhein-Westfalen ist, hat auf der Umweltministerkonferenz nichts unversucht gelassen, um den möglichst frühzeitigen und auch umfassenden Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente zu bremsen. Er hat zum Beispiel gesagt:

„Der Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente kann nur dann befürwortet werden, wenn dies zur Verbesserung der Umweltsituation nachweislich beiträgt."

(Dr. Klingner [SPD]: Richtig! – Wiesen [SPD]: Ja, richtig!)

Wollen Sie Feldversuche machen oder was wollen Sie? Das können Sie nicht. Sie können nur entweder marktwirtschaftliche Instrumente einsetzen oder bei der bisherigen Politik bleiben. Ein bißchen geht nicht, Sie müssen schon ja sagen dazu.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die typische „Echternacher umweltpolitische Springprozession" der SPD – zwei Schritte vor, einen Schritt zurück, dann hat man es nicht so ernst gemeint. Es wäre auch das erstemal, meine lieben Kollegen – ich gestatte jetzt keine Zwischenfragen mehr, weil ich, wie ich schon gesagt habe, nur wenig Zeit habe –,

(Marschner [SPD]: Gott sei Dank!)

daß die SPD die soziale Marktwirtschaft fördern wollte und ihre Entfaltung nicht länger zu behindern versuchte, wie sie das in Bonn 13 Jahre lang getan hat.

(Zurufe von der SPD)

– Ja, ich komme ja zur Sache. Unser Problem ist, daß die bisherige durchaus sehr aktive Luftreinhaltepolitik trotz ihres großen Fleißes dem Problemdruck offenbar

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Lohmann [SPD])

– hören Sie doch einmal zu! – nicht gerecht geworden ist. Das war bisher eine Politik, die auf ökonomische Anreize und auf marktwirtschaftliche Elemente weitgehend, fast ausschließlich, verzichtet hat.

Die gegenwärtige und vergangene **Umweltpolitik** hat sich fast ausschließlich eines ordnungspolitischen Instrumentariums bedient. Verursacherorientierte Anreizinstrumente spielen dabei insgesamt eine untergeordnete Rolle. Die Politik des individuellen Schornsteins, die sich der staatlichen Ge- und Verbotsregelungen bedient, beherrscht die Szene anstelle ökonomischer Hebelwirkungen, die nicht die einzelnen Emissionsquellen zur Grundlage haben, sondern die in einem konkreten Rahmen – ich sage dazu noch näheres – die Phantasie für technische Leistungen, für Innovationen herausfordern und auf die Immissionen abstellen. Ge- und Verbote haben ihren Ursprung – das wissen Sie vielleicht – im **allgemeinen Polizeirecht.** Befehl, Zwang und Gehorsam sind die verhaltenslenkenden Mittel, die zum Schutz der natürlichen Umwelt an den Bürger gerichtet werden.

Ich meine, wir sind uns auch einig, daß Zwang in einer Demokratie ein zunächst einmal fremder Begriff ist und nur in Ausnahmefällen Anwendung finden soll. Sicherlich kommt man in einem demokratischen Staatswesen manchmal nicht ohne Zwang aus, vor allen Dingen wenn es um meritorische Güter wie Schulpflicht, Verteidigung und ähnliche Dinge geht.

(Wiesen [SPD]: Meldepflicht?)

Besteht diese Notwendigkeit zum direkten Zwang aber auch in jedem Fall in der Umweltpolitik? Oder bieten sich Alternativen, die effizienter als ordnungsrechtliche Instrumente oder sogar effektiver sind?

Effektivität und Effizienz sind allgemeine Maßstäbe politischen Handelns. In bezug auf die Umweltpolitik gilt es zu fragen, ob ein Instrument geeignet ist, umweltpolitische Ziele zu verwirklichen. Das bezeichne ich mit **Effektivität.** Wie sich das Verhältnis von Zielverwirklichung und Kosten verhält, das ist die **Effizienz.** Unter diesen beiden genannten Gesichtspunkten ist der Sachverständigenrat für Umweltfragen schon 1978 deutlich von dem ordnungsrechtlichen Instrumentarium abgerückt und hat es auf Sonderfälle wie zum Beispiel akute Gefahr beschränkt und gebunden. Beim Wald kann tatsächlich eine solche akute Gefahr vorliegen, so daß wir weiterhin – zumindest vorübergehend – mit diesem Instrument arbeiten müssen. Der Sachverständigenrat hat aber statt dessen eine alternative Handlungsmaxime aufgestellt, die da lautet:

„Eine am Rationalprinzip orientierte Umweltpolitik sollte sich im Rahmen des Verursacherprinzips immer für eine abgabenpolitische Durchsetzung der Qualitätsziele entscheiden."

(Graf Kerssenbrock)

Nun freuen Sie sich mal nicht zu früh. Das ist 1978 gewesen, als die Instrumente, über die wir heute zu reden haben, überhaupt noch nicht so weit waren. Damit hat sich der Sachverständigenrat aber zunächst einmal sehr deutlich für die Schaffung von wirtschaftlichen Anreizen statt statistischer Reglementierung ausgesprochen.

Diese These der generellen Vorzugswürdigkeit von Abgabeninstrumenten ist so ausschließlich einfach nicht haltbar. Oft ist erstens eine blitzschnelle Reaktion erforderlich, die einen langfristigen Prozeß bis zur Abgabenwirkung eben nicht abwarten lassen kann, und zweitens sind unter effizienz- und Effektivitätsgesichtspunkten marktwirtschaftliche Instrumente zum Einsatz oft geeigneter.

Welche umweltpolitischen Instrumentarien letztendlich tatsächlich zum Einsatz kommen, muß immer am konkreten Problem ganz konkret entschieden werden, nach Effizienz, Effektivität und weiteren – auch gesellschaftspolitischen – Kriterien. Mit Blick auf die soziale Marktwirtschaft aber möchte ich an dieser Stelle sehr klar die Forderung erheben, daß immer das marktwirtschaftlichste Instrument bevorzugt werden muß, das für eine konkrete Situation paßt und das – das muß man natürlich auch sagen – zur Verfügung steht.

Meine Damen und Herren, hier wird deutlich: Umweltpolitik ist auch Wirtschaftspolitik. Wir sagen ja zur sozialen Marktwirtschaft – das ist sicherlich nichts Neues –, aber wir sagen auch ja zur Einbeziehung der **Umweltpolitik** in den Ordnungsrahmen der **sozialen Marktwirtschaft**. Umweltpolitik kann nur mit ertragsstarken Unternehmen gelingen, die auch in der Lage sind, die notwendigen Investitionen zu tätigen. Wer hier am Wachstum rummäkelt, wer Null-Wachstum und weniger will, kann auch im Umweltschutz niemals erfolgreich sein.

(Beifall bei der CDU – Selzer [SPD]: Wer will Null-Wachstum?)

– Lassen Sie mich doch einmal ausreden, ich habe Ihnen ja auch zugehört. – Umweltnutzung ist bisher ein freies Gut gewesen. Ich sage sehr deutlich: In Zukunft muß es knapp und damit auch teuer werden.

Wie fügt sich diese abstrakte Forderung in die Luftreinhaltepolitik ein? Als erstes ist aus der Handlungsmaxime des Sachverständigenrats abzuleiten, daß innerhalb der bisher auflagenorientierten Luftreinhaltepolitik **ökonomische Anreize** geschaffen werden müssen. Unsere gegenwärtige Luftreinhaltepolitik arbeitet ausschließlich mit Auflagen, fast ausschließlich – das heißt mit Auflagen der TA Luft, der Großfeuerungsanlagenverordnung, die bei der einzelnen Anlage Emissionsobergrenzen und auch die Vermeidungstechniken selbst festlegen. Damit sind die Gestaltungsspielräume der Betroffenen so gut wie null. Flexibilität, Phantasie, Kreativität, alles, was nach Schumpeter den dynamischen Unternehmer ausmacht, wird behindert oder sogar verhindert. Diese statische Luftreinhaltepolitik läßt sich in dieser gebotenen Kürze in einigen wesentlichen Kritikpunkten, die auch im Sachverständigenratsgutachten 1983 zu den Waldschäden enthalten sind, formulieren.

1. Die Emissionsminderung bei verschiedenen Anlagen verursacht unterschiedliche Kosten in Abhängigkeit von Größe, Alter, technischen Besonderheiten und so weiter. Nun gebietet die politische Vernunft aus meiner Sicht, eine **Emissionsminderung** mit dem geringsten **Kostenaufwand** zu erreichen, das heißt, die Emittenten mit den niedrigsten Beseitigungskosten herauszufiltern, da sonst die Kosten nicht zu einem Entscheidungskriterium werden. Wird statt dessen ein einheitlicher Emissionsgrenzwert für alle erlassen, so wird eine Emissionsreduktion mit höheren Kosten – also unrentabler – verwirklicht als tatsächlich notwendig. Das wäre eine Verschwendung von Geld und macht deutlich, daß reine Auflagenpolitik schlicht unwirtschaftlich ist und wir effizientere Alternativen brauchen.

Was bedeutet es politisch, wenn die erforderlichen Kosten nicht minimiert werden? Jede Forderung nach umweltpolitischen Verschärfungen wäre wirtschaftspolitisch schwerer durchsetzbar, zumal wir uns nicht in einer konjunkturellen Boomphase befinden. Die jetzige Verschärfung der Großfeuerungsanlagenverordnung allein kostet bereits 10 bis 14 Milliarden DM. Um zwei Pfennige soll der Strompreis dadurch steigen, sagen uns die EVUs.

2. Die Festlegung von festen Emissionsgrenzwerten in der Auflagenpolitik erstickt jeden Keim des Anreizes, neue Vermeidungsgefahren zu entwickeln, die zum Beispiel den Reinigungsgrad verbessern könnten. Vor der Auflagenfestsetzung muß die Erfüllbarkeit der Auflage gewährleistet sein. Jedes Mehr an Emissionsminderung, das nicht allgemein erreichbar erscheint, kann auch nicht gesetzlich abverlangt werden. Das ist dann eben nichts. Warum sollen sich dann die **Unternehmen** noch um zusätzliche, über die Auflagen hinausgehende Emissionsminderung bemühen, wenn sie davon keinerlei betrieblichen Nutzen, keinerlei **Kostenvorteile** haben? Ganz im Gegenteil ist diese Forderung – auch nach dem Stand der Technik, denn die Emittenten werden dann keine neuen Verfahren entwickeln – sogar kontraproduktiv.

Meine Schlußfolgerung: Nur der Unternehmer mit ganz idealistischem Umweltverständnis, der in dieser Hinsicht im Grunde altruistisch denkt, wird in der bisherigen Auflagenpolitik über die bisherigen Grenzwerte hinausgehen, und so viele Unternehmer von dieser Sorte haben wir nun einmal nicht. Wir müssen ökonomische Anreize schaffen.

3. Ein Genehmigungsverfahren, das ausschließlich mit Auflagen arbeitet, weist dem Betreiber kostenlose **Verschmutzungsrechte** zu. Dabei ist man sich doch heute dahingehend einig, daß es freie Güter, die jeder in beliebigem Umfang nutzen kann, einfach nicht mehr gibt und auch in dieser Hinsicht bestimmt nicht geben darf. Doch diese theoretische Feststellung bedarf dann auch der praktischen Durchführung. Das Recht zu emittieren muß mit Preisen belegt werden,

(Dr. Klingner [SPD]: Sehr richtig!)

(Graf Kerssenbrock)

damit das auch in die wirtschaftlichen Überlegungen der Unternehmen Eingang finden kann und ein ökonomischer Anreiz entsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

– Ich freue mich über Ihren Beifall, aber dann müssen Sie auch bei den marktwirtschaftlichen Instrumenten mitmachen und Ihrem Herrn Matthiesen auch etwas Kritisches sagen.

(Dr. Klingner [SPD]: Nun kommen Sie doch mal, lieber Graf, und bringen Sie die Vorschläge aus Ihren Erkenntnissen!)

– Warten Sie doch bitte ab.

4. Soweit **Altanlagenbetreiber** von der Auflagenpolitik bessergestellt werden als neu zu genehmigende Anlagen – die Großfeuerungsanlagenverordnung ist Ausfluß von § 17 Abs. 2 Bundesimmissionsschutzgesetz –, erhalten Sie damit explizit größere Rechte als die **Neuanlagenbetreiber**. Das ist doch problematisch. Das wirkt sich besonders in Belastungsgebieten aus, wo der Altanlagenbetreiber höhere Emissionsrechte zugewiesen bekommt und die Genehmigung von Neubauanlagen erschwert wird, obwohl sie vielleicht weniger Emissionen ausstoßen. Das ist eine Folge der dort bereits bestehenden hohen Emissionssituation. Darüber hinaus kann der Betreiber die zugeteilten Emissionsrechte nur selbst ausnutzen, statt Überschüssiges wieder Ansiedlungswilligen übertragen zu können. Das betrifft beispielsweise dann auch die mögliche Frage der Handelbarkeit von Emissionsrechten.

Durch diese Genehmigungsprobleme werden Standortfragen nicht nach dem Bedarf entschieden, und Neuansiedlungen scheitern an der Starrheit des umweltpolitischen Instrumentariums. Das heißt, das Auflageninstrumentarium kann auch eine Wachstumsbremse sein. Das sage ich hier deutlich.

Wir brauchen also ökonomische Anreize. Dafür stehen außer der Abgabenpolitik im wesentlichen zwei weitere Instrumente, die hier noch nicht genannt worden sind, zur Verfügung. Mit denen müssen wir uns gleichgewichtig neben der Abgabenpolitik befassen. Sie verkürzen das Problem, wenn Sie her nur Abgben wollen.

Erstens die Ausgleichspolitik! Sie erfaßt Alt- und Neuanlagen gleichermaßen mit ihren zwei Schritten. Zuerst wird ein staatlicher **Emissionsrahmen** festgelegt, der unter anderem eine bestimmte Gesamtemission in einem bestimmten Raum vorschreibt, die nicht überschritten werden darf. Jedes neu dazukommende Unternehmen muß die eigenen Emissionen dann insoweit ausgleichen, als daß es Emissionsminderung an bestehenden Alteinlagen vereinbart, die die eigene Emissonsmenge insgesamt überkompensiert.

Zweitens ist die Blasen-Politik – auch Bubble Policy genannt – zu erwähnen. Sie ist ein auf die kostengünstige Verwirklichung von **Emissionsreduktionen** abgestelltes Konzept. In einem begrenzten Raum wird eine zulässige Emission festgelegt, die sich eventuell im Zeitablauf um vorab definierte Prozentpunkte nach unten orientiert und die von ansässigen Unternehmen nicht überschritten werden darf. Die Unternehmen müssen sich innerhalb des gesetzten Emissionsrahmen über die günstigste Vermeidungsstrategie verständigen. Dies kann mittels des Austausches von Emissionsrechten, wie ich eben sagte, erfolgen.

(Dr. Klingner [SPD]: Aber diese beiden Instrumente sind in der Praxis noch schwieriger zu handhaben als die Abgaben!)

– Dieses umweltpolitische Instrumentarium ist in den USA bereits funktionsfähig und sehr erfolgreich.

(Dr. Klingner [SPD]: Das ist zu bezweifeln!)

Hier liegt ein neues Feld für die Luftreinhaltepolitik, dem wir uns nicht verschließen dürfen. Es gibt bereits Gutachten von den Professoren Rehbinder und Sprenger, die auch eine Einbindung dieses Instrumentariums in das deutsche Recht durchaus für möglich halten.

(Selzer [SPD]: Für möglich, aber noch nicht realistisch!)

Es gibt bereits, wie Sie vom Landwirtschaftsminister schon gehört haben, Komissionen im Bundesinnenministerium, die sich mit der Umsetzung dieser Instrumente in das deutsche Recht beschäftigen.

(Zuruf des Abgeordneten Selzer [SPD])

– Sie können es einfach nicht ertragen, daß wir Ihnen hier Instrumente vorstellen, die für Sie Fremdwörter sind.

(Beifall bei der CDU – Dr. Klingner [SPD]: Das wird seit Jahren vorgestellt, ohne daß es realisiert wird!)

Es geht darum, daß wir uns endlich an die Arbeit machen und die rechtstechnische Umsetzung einleiten.

(Beifall bei der CDU)

So wie Sie das jetzt mit hingeworfenen Anträgen machen, die in der Sache nichts bringen, sondern nur Show-Anträge sind, kommen wir bestimmt nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Es bleibt die Aufgabe der **rechtstechnischen Umsetzung**, die ein interdisziplinäres Zusammenwirken der verschiedenen Fachrichtungen von Naturwissenschaftlern, Wirtschaftswissenschaftlern und Juristen gemeinsam erfordert. Hier sind wir eben noch weitgehend in den Anfängen.

Es bleibt der **Kreativität der Unternehmen** überlassen, wie die vorgeschriebenen Werte erreicht werden, wenn wir so weit kommen. Es gibt einen ökonomischen Anreiz zur Verbesserung der Emissionssituation, und die Sanierungsklausel, die es heute schon gibt und die einen echten ökonomischen Anreiz in der TA Luft bereits darstellt, würde gerade in Belastungsgebieten mehr an Bedeutung gewinnen. Es könnten die niedrigsten Beseitigungskosten gewählt werden. Eine Reduzierung der Gesamtemission ließe

(Graf Kerssenbrock)

sich durch den festgelegten Emissionsrahmen sehr schnell erreichen.

Mit diesem letzten Punkt möchte ich noch einiges zu der **Schwefelabgabe** sagen. Sie konnten es ja nicht erwarten. Die Abgabe ist ein einsetzenswertes Instrument und nach Möglichkeit immer dem Ordnungsrecht vorzuziehen. Darüber sind wir uns völlig einig. Wenn das konkrete Problem aber noch mehr Markt zuläßt, muß das unter dem Gesichtspunkt von Effizienz und Effektivität vorgezogen werden. Die Schwefelabgabe müßte gesetzestechnisch erst entwickelt werden - mit entsprechenden Übergangsregelungen und Ausnahmen gemäß § 17 Abs. 2 Bundesimmissionsgesetz. Das alles kostet viel Zeit. Zudem ergeben sich zwangsläufig auch Überschneidungen mit der gegenwärtigen Großfeuerungsanlagenverordnung und ihrer möglichen weiteren Verschärfung.

Der wichtigste Kritikpunkt ist, daß sich erst im nachhinein als Folge der Anpassung der Grenzwerte, die erhebliche Zeit erfordern können, die gewünschte Verbesserung der Emissionssituation ergeben würde. Das Schwefelproblem ist aus meiner Sicht so drängend, daß wir nicht die Zeit haben, noch einmal ein langes übergangsweises Zuwarten zu dulden, das gerade bei der Durchsetzung der Schwefelabgabe herauskommen würde. Wer garantiert, daß der Staat den Preis der Abgabe tatsächlich so festlegen kann, daß in einer sich schnell wandelnden Wirtschaftssituation die gewünschte Wirkung überhaupt nicht eintritt? Das kann passieren, wenn Sie die Abgabe so machen.

Wollen wir die reine Verschärfung der bestehenden Gesetzgebung nicht, sondern setzen wir auf den ökonomischen Anreiz bei kurzfristiger Effektivität, so müssen wir zur Sicherung des umweltpolitischen Ziels vorab eine einzuhaltende Gesamtemission festsetzen, um den Anreiz so zu setzen, daß die Erfüllung und Überfüllung dieser Auflage möglichst ökonomisch erfolgt. Kurzfristig müssen wir zweifellos die bestehende Großfeuerungsanlagenverordnung und die TA Luft verschärfen. Da stimme ich ebenfalls dem Herrn Ministerpräsidenten in seiner Regierungserklärung zu.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Die Umweltpolitik der Zukunft wird und muß anders ausehen als die bisherige.

(Beifall und Bravorufe bei der SPD)

- Meine Damen und Herren von der SPD, Sie hatten 13 Jahre lang Zeit, da etwas zu ändern.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Sie haben diese starre Auflagenpolitik erst richtig festgeschrieben, erst richtig umgesetzt. Das ist Ihr Werk, nicht das unsere. Sie müssen auch einfach einmal hinnehmen, daß Ihr Freund Matthiesen, der jetzt in Nordrhein-Westfalen sitzt, immer noch an der alten Auflagenpolitik festhält.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die SPD, liebe Kollegen von der SPD, diesen Weg zum Erfolg in der Umweltpolitik mitgehen will, würden wir uns wirklich freuen. Das setzt aber voraus, daß Sie - ich sage das jetzt einmal in Anführungszeichen - Ihre vulgär-antikapitalistische und planwirtschaftliche Haltung über Bord werfen und Ihre Wirtschafts- und Umweltpolitik entscheidend ändern.

(Zurufe von der SPD)

- Es ist schlimm, immer gegen eine solche Lärmkulisse anreden zu müssen. Lassen Sie mich doch meinen letzten Satz vielleicht noch ordentlich zu Ende bringen.

Wenn Sie dann mit der **Marktwirtschaft** auch in der **Umweltpolitik** beziehungsweise mit der Einbeziehung der Umweltpolitik in die Marktwirtschaft wirklich ernst machen wollen, müssen Sie endlich Ihren Flirt - oder muß man das als außereheliches Verhältnis bezeichnen? - mit den Grünen beenden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, ich unterbreche jetzt die Sitzung; wir setzen die Beratung um 15 Uhr fort.

Unterbrechung: 13.02 Uhr

Wiederbeginn: 15.03 Uhr

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Beratung der Tagesordnungspunkte 2 und 9 wieder auf.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Amthor.

Amthor [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Minister Westphal hat mich dazu veranlaßt, von meinem vorbereiteten Redetext abzuweichen. Ich meine aber, man sollte ein paar freundliche Bemerkungen in seine Richtung machen. Schade, daß er nicht hier ist. Vielleicht hört er es trotzdem. Es gibt ja Lautsprecher hier im Haus.

Wenn jemand von Chemie nichts versteht, dann soll er - bitte schön! - nicht auch noch in der Öffentlichkeit seine Unwissenheit kundtun.

(Zuruf von der SPD: Jawohl! - Beifall bei der SPD)

Dazu zwei Bemerkungen! Es ist erstens richtig, daß bei der **Erdöldestillation** unter anderem zwei Fraktionen anfallen, Heizöl und die leicht flüchtige Fraktion, nämlich das Benzin. Man kann aber - anders, als Herr Westphal das gesagt hat - beide Fraktionen über einen bestimmten chemischen Vorgang ineinander umwandeln, so daß das Argument, das er hier gebracht hat, nicht zieht.

Die zweite Sache betrifft die Mengenlehre. Bei einem Auto werden an NO_X, also an **Stickoxiden**, bei 80 km/h, 1,5 g/km im Durschnitt ausgestoßen, bei 100 km/h sind es 3 g/km, und bei 130 km/h sind es 6 g/km. Wenn ich von 100 km/h auf 130 km/h gehe,

(Amthor)

kann ich mir an den Fingern abzählen, daß das genau eine Verdoppelung, also ein Zuwachs von 100 % ist. Das schaffe ich ohne Mengenlehre.

(Beifall bei der SPD - Engholm [SPD]: Sozialdemokraten können doch rechnen!)

Nun zu den anderen Punkten! Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern in Ihrer Regierungserklärung fast Ihr ganzes Kabinett gelobt. Es fehlten, wenn ich richtig aufgepaßt habe, die Herren Schwarz, Bendixen und Asmussen. Ist das nun Zufall oder haben Justiz, Kultur und Finanzen nichts mit Umweltschutz zu tun? Das ist für mich eine ganz „wichtige" Frage.

Meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein geschehen noch Wunder, jedenfalls, wenn man den amtlichen Zahlen glauben darf. Während in allen anderen Bundesländern die **Waldschäden** zugenommen haben, wurden die Bäume bei uns wieder gesund. Die vom Bundesernährungsminister veranlaßte Schnellerhebung 1982 hat ursprünglich 23 % Waldschäden ausgemacht - so wurde mir von Forstfachleuten gesagt. Durch geeignete Korrekturen waren es dann nur noch 18 %, und heute, 1983, hat die Erhebung in den Staatsforsten - ich betone: in den Staatsforsten! - eine weitere Verminderung des Schadensbestandes gebracht. Jetzt sollen nur noch 12 % krank sein. Mir möge bitte einmal einer ganz schlüssig erklären, wie diese Zahlen zustande kommen.

Im ersten **Forstbericht** hat die **Landesregierung** am 7. Dezember 1981 - darauf hat Herr Meyenborg schon hingewiesen - auf einer knappen DIN-A4-Seite die folgenden Immissionschäden beschrieben. Minister Flessner hat in der anschließenden Debatte zu der entsprechenden Kritik der F.D.P. gesagt - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „. . ., dieses Thema, mit dem wir uns jetzt beschäftigen, ist natürlich neu." - 1981!

So neu kann das Thema für jemanden, der sich mit der Materie befaßt hat, aber wirklich nicht sein, denn immerhin hatten Umweltverbände und Naturschützer schon Anfang der siebziger Jahre auf einen Beginn des Waldsterbens hingewiesen. 1971 fand in Stockholm eine internationale Konferenz mit Politikern und Umweltverbänden statt, auf der die bekannte Ursachen-Wirkungen-Kette des sauren Regens erläutert wurde.

Es gab heute in der Debatte noch weitere Beispiele dafür. Deswegen verstehe ich die Äußerung vom Minister nicht. Im April 1982 hat der Abgeordnete Stojan die Landesregierung unter anderem nach den „Auswirkungen von Emissionen und säurehaltigen Niederschlägen" gefragt. Die Antwort der Landesregierung zeigte, daß erst 1982 Untersuchungen begonnen wurden, ob überhaupt ein Zusammenhang zwischen **saurem Regen** und **Waldsterben** besteht. Daß Bäume langsam sterben, hätte man wirklich schon langsam wissen können, wenn man sich darum gekümmert hätte.

Ich will zwei Beispiele nennen. Der Wald war - das hat Herr Engholm schon gesagt - jahrzehntelang in der Lage, Schadstoffe zu binden. Es liegen aber erstens aus Hamburg Untersuchungen vor, wonach sich der Fichtenzuwachs, gemessen in der Jahresringdicke seit 1915 bis heute mehr als halbiert hat, und zweitens nimmt der Höhenzuwachs der Fichten, wie der Leiter der Lehranstalt für Forstwirtschaft in Segeberg mitgeteilt hat, in einem von ihm beobachteten Forst seit 1977 kontinuierlich ab.

Meine Damen und Herren, das Problem Waldsterben schien die Landesregierung bis zur gestrigen Regierungserklärung ohnehin nicht ernsthaft aufzuregen. Da hatte einerseits der Ernährungsminister im Juni dieses Jahres den Bericht „Wald und Emissionen" vorgelegt, der die Ergebnisse der von mir angesprochenen Untersuchung von 1982 wiedergibt. Dort wurde unter anderem festgestellt:

„. . ., daß auch Schleswig-Holstein nicht frei von Schäden durch saure Depositionen bleiben kann. Eine Gefahr für den Wald in Schleswig-Holstein infolge von Emissionen kann nach den vorliegenden Informationen für Schleswig-Holstein nicht verneint werden."

Andererseits gab es am 1. September 1983 eine Pressemeldung im „pdl" mit der Überschrift „Die Luft in Schleswig-Holstein ist unverändert rein" - Herausgeber: die Sozialministerin, Anlaß: Vorlage des Luftmeßberichts 1983.

Der Ministerpräsident hat dies gestern in seiner Regierungserklärung noch einmal bekräftigt.

Kuddel Schnööf würde jetzt sagen: „Nu komms du."

Sehen wir uns einmal den **Luftmeßbericht** genauer an. Man kann feststellen:

1. Von einer Immissionsüberwachung, von der der Ernährungsminister spricht, kann hier keine Rede sein. Es ist bloß eine **Registrierung** - keine Überwachung - einiger **Schadstoffe** und noch dazu nicht aller. Ich verweise auf die Kleine Anfrage von Dr. Hinz und mir.

2. Es sind in Schleswig-Holstein acht Stationen zur Luftmessung geplant beziehungsweise aufgestellt, die in der Nähe von Hamburg - drei Stationen -, Brunsbüttel - zwei Stationen -, Kiel, Lübeck und Schleswig - jeweils eine Station -, stehen sollen. In diesem Netz fehlen aber zwei wichtige **Industriestandorte** total, nämlich Neumünster und Flensburg. In beiden Orten befinden sich unter anderem je ein Kohlekraftwerk. Dazu ein Zitat aus der besagten Anfrage: „Die Meßstationen wurden und werden in Gebieten aufgestellt, in denen mit erhöhten Emissionen gerechnet werden muß."

Nun frage ich mich natürlich: Sind denn in diesen von mir genannten Städten mit den Kohlekraftwerken keine Emissionen zu erwarten, so daß man dort keinen **Meßcontainer** hinstellt? Ich frage mich auch, warum denn für den gesamten Bereich Kiel ein Meßcontainer vorgesehen ist, während es für Hamburg immerhin schon drei sind.

3. Der Luftmeßbericht ist eine bloße Zusammenstellung einzelner Computerausdrucke. Es fehlen sämtliche Erläuterungen, vor allem aber, welche Konsequenz die Landesregierung aus diesem **Meßergebnis** ziehen wird.

(Amthor)

Wie man einen ehrlichen Bericht fertigen kann, zeigt das Bundesland **Hessen** in seinem „Immissionsbericht Hessen 1982". Wenn man diesen **Luftmeßbericht** aus Hessen mit dem Schleswig-Holsteins in Tabellenform vergleicht, dann sieht das folgendermaßen aus. Hessen: Veröffentlichung eines Meßkatasters. Schleswig-Holstein: nein. Hessen: Erläuterung des Meßprogramms. Schleswig-Holstein: nein. Hessen: Untersuchung des Staubes auf Art und Inhaltsstoffe. Schleswig-Holstein: nein. Nebenbei gesagt: Dies wäre besonders wichtig, weil die Feinstäube aufgrund ihrer großen Oberflächen zum Beispiel mit Schwermetallen, Schwefeldioxid und Schwefeltrioxid besonders fest verbunden sind.

Es geht weiter: Standardisierte Bioindikatoren – in Hessen ja, in Schleswig-Holstein nein. Hinweis auf die Berechnungsmethode – in Hessen ja, in Schleswig-Holstein nein. Dann kommt noch etwas, von dem ich es sehr interessant finde, daß es fehlt: Forderung an die Planung von der Landes- bis zur kommunalen Ebene. Hier gibt es in Schleswig-Holstein auch nichts. Das waren im übrigen nur einige Kapitelüberschriften aus dem Hessenbericht.

Der Ministerpräsident hat sich gestern in seiner Regierungserklärung auf einzelne Meßdaten einiger Stationen in der Beurteilung der Reinheit der Luft in Schleswig-Holstein bezogen. Dies ist aber, vorsichtig formuliert, eine nicht ganz saubere Argumentation. Denn es wurde zur Bewertung der Meßwerte die **alte TA Luft** herangezogen. Das möchte ich an einigen Beispielen erläutern. Die alte TA Luft, Herr Ministerpräsident, enthält keinen Hinweis auf die Art und die Gefährlichkeit der Staubbelastung, so wie es die **neue TA Luft** vorschreibt. Der Meßbericht geht weiter von einer groben Korngröße des Staubes aus. Selbst die alte TA Luft unterscheidet jedoch zwischen zwei Körnern, nämlich einem niedrigen und einem höheren Wert. Wenn man das berücksichtigt, dann würden sich für die Station Geesthacht für 1982 49 % des Höchstwertes statt der vom Sozialminister angegebenen 24 % ergeben. So etwas ist – wie ich finde – schlechthin Mogelei.

(Beifall bei der SPD)

Die neue TA Luft hat gegenüber der alten die Immissionswerte für kurzzeitige Belastungen mit Stickoxiden um 20 % gesenkt. Wenn man das zum Beispiel auf die Meßstation Geesthacht anwendet, dann steigt dort die Luftbelastung von 28 auf 35 %. Das ist doch ein ganz anderer „Schnack", wenn man so argumentiert. Man kann doch nicht 1983 mit Bewertungen von 1982 argumentieren.

(Beifall bei der SPD)

Die Werte, Herr Ministerpräsident, würden noch schlechter werden, wenn – was Sie angekündigt haben und wofür ich Ihnen sehr dankbar bin – die TA Luft verschärft würde. Daher kann man nur sagen: Dieser Luftmeßbericht ist in dieser Form unakzeptabel. Frau Sozialministerin – schade, daß sie nicht da ist –, veröffentlichen Sie bitte einen Bericht, der denen anderer Bundesländer entspricht, zum Beispiel Hessen oder Hamburgs.

Noch etwas, Herr Ministerpräsident! Wenn Schleswig-Holstein ein Reinluftgebiet ist, wie Sie eben gesagt haben, und trotzdem die Wälder sterben, dann stimmt wohl die **Definition Reinluftgebiet** nicht mehr. Dann kann man das doch nicht als Werbung verkaufen.

(Beifall bei der SPD)

Nebenbei gesagt: Wem nützt es eigentlich, immer zu behaupten, die Luft in Schleswig-Holstein sei rein? Dem Wald etwa?

Meine Damen und Herren, wenn man die Luft reinhalten will, muß man wissen, woher die Schadstoffe kommen. Man muß die Emittenten kennen. Zur Ermittlung der Schadstoffquelle läßt sich ein Modell denken, das Ihnen von der Mehrheitsfraktion ganz sympathisch sein müßte. Im Rahmen der Erstellung eines **Emissionskatasters** werden von den Industriebetrieben – und nicht nur von den Kraftwerken; das möchte ich ausdrücklich betonen – in den Industriestandorten freiwillig sogenannte **Emissionserklärungen** abgegeben, das heißt, vertragliche Verpflichtungen werden gegenüber der Landesregierung ausgehandelt. Die Landesbehörden überwachen diese Erklärungen. Das ist in Grundzügen das Modell, das in Hamburg praktiziert wird. Das geht eben weiter als das, was Sie, Herr Ministerpräsident, gesagt haben. Sollte in Schleswig-Holstein nicht das möglich sein, was in Hamburg von der Wirtschaft freiwillig gemacht wird?

(Beifall bei der SPD)

Die Überwachung der Emittenten kann nicht über Immissionsmessungen erfolgen, weil man systembedingt nicht die Quelle ermittelt, sondern nur das Gas, das zur Meßstation kommt. Ich muß aber wissen, wo es herkommt. Es gibt eine Methode, die sogenannte „**ortsaufgelöste Fernmessung**". Das ist eine Methode, die von GKSS in Geesthacht entwickelt worden ist und LIDAR in Anlehnung an das Radar genannt wird. Dieses LIDAR-System wird in Hamburg mit Erfolg eingesetzt und kann die Emittenten, also diejenigen, die Schadstoffe ausstoßen, ermitteln. Die Kosten eines solchen Meßcontainers liegen nach Aussagen der GKSS nicht höher als die für einen normalen Meßcontainer. Warum macht man sich in Schleswig-Holstein eigentlich nicht den Sachverstand zunutze, der hier im Lande angesiedelt ist und noch dazu mit unseren Steuergroschen bezahlt wird?

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, noch ein Wort zu dem, was Herr Engholm angeregt hat. Einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Waldes haben Sie überhaupt nicht erwähnt, nämlich die Stärkung des **öffentlichen Personennahverkehrs**, besonders der Eisenbahn. Dieses halte ich für eine ganz schlimme Auslassung. Man kann doch nicht einerseits, wie Ihr Parteifreund Vogel, eine Stiftung „Wald in Not" ins Leben rufen oder sich, wie der Bundesverkehrsminister, in einer Schrift der Bundesbahn als „Treuer Stammkunde der Eisenbahn" feiern lassen und gleichzeitig weitere Autobahnen als umweltfeindliche Maßnahmen fordern.

(Beifall bei der SPD)

(Amthor)

Wenn das **Auto** eine Hauptrolle der **Stickoxidemissionen** ist, dann muß doch alles daran gesetzt werden, den Individualverkehr zugunsten des umwelt- und damit waldfreundlichen Verkehrsmittels Eisenbahn zurückzudrängen. Dann muß doch eine Verkehrspolitik im Bund und im Land darauf gerichtet sein, die Eisenbahn zu stärken und nicht einer rigorosen Streckenstillegung das Wort zu reden.

Herr Ministerpräsident, wo sind Ihre Initiativen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs im Lande? Wo sind Ihre Vorschläge zum Beispiel zur Bildung von Nahverkehrsregionen und Verkehrskooperationen als Beitrag zur Senkung der NO_X-Emissionen durch den Individualverkehr?

Verkehrspolitisch vorbeugen ist eben noch besser, als Katalysatoren einzubauen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Hinz.

Dr. Hinz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dieser Debatte, die wir doch streckenweise mit großer Intensität geführt haben, bleiben mir aus den Beiträgen der Kollegen von der Mehrheitsfraktion doch noch einige Fragen offen. Diese Fragen beziehen sich auf Aussagen, die mit Sicherheit im völligen Gegensatz zu dem stehen, was in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten gestern dargelegt wurde. Deshalb erscheint es mir notwendig, daß der hier anwesende Ministerpräsident zum Abschluß dieser Debatte konkret wird und aus der Unverbindlichkeit dessen, was in der **Regierungserklärung** gesagt wurde, herauskommt und mitteilt, welche Handlungsrahmen die Landesregierung sieht, was sie auf diesem Felde zu tun gedenkt; denn es wurde ja deutlich, daß der **Wald** vor dem Tode nur noch zu retten ist, indem man rechtzeitig umfangreiche Maßnahmen hier durchführt.

Herr Ministerpräsident, dies sollten Sie ausführen, und ich würde auch gern noch einmal ein deutliches Wort hören, nachdem wir hier von unserer Seite die Gründe dargelegt haben, wie es nun mit der Luftemission aus zu bauenden und bestehenden Hamburger **Kohlekraftwerken** aussieht. Ich erlaube mir hier noch den Hinweis: Interessanterweise ist mit keinem Wort das im Standort Schleswig-Holstein gelegene Kohlekraftwerk Wedel angesprochen worden. Dies ist ja hinsichtlich der Genehmigungsseite von der Sozialministerin zu verantworten.

Herr Ministerpräsident, wir sollten hier von Ihnen noch einmal deutlich hören, wann Sie was wo zu machen gedenken.

(Beifall bei der SPD)

Dann könnten wir als Opposition auch nachschauen, ob tatsächlich geholfen worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Ich habe keine Wortmeldungen mehr. - Herr Ministerpräsident, bitte!

Dr. Barschel, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem zunächst keine weiteren Wortmeldungen aus dem Hohen Hause vorliegen, gestatten Sie mir, daß ich in einem kurzen Resümee versuche, aus meiner Sicht, aus der Sicht der Landesregierung diese Debatte zu bewerten. Dabei greife ich den einen oder anderen Beitrag auf, soweit nicht meine Kollegen Westphal und Flessner bereits darauf eingegangen sind oder in den sehr gründlichen Reden meiner Kollegen aus der Fraktion nicht schon die gemeinsame Position der Landesregierung und der Landtagsfraktion dargestellt wurde.

Lassen Sie mich zunächst noch einmal deutlich sagen: Wir haben die **Bekämpfung der Waldschäden** als Thema für eine **Regierungserklärung** über den Herrn Landtagspräsidenten auf die Tagesordnung setzen lassen, um dieses Problem in seiner Bedeutung und Dringlichkeit zu unterstreichen und nicht, wie hier hin und wieder mehr oder weniger deutlich beziehungsweise unterschwellig behauptet wurde, ein Problem zu bagatellisieren. Ganz im Gegenteil! Ich danke Ihnen, Herr Kollege Engholm, daß Sie dies zu Beginn Ihrer Erwiderung heute morgen ausdrücklich anerkannt haben.

Ich möchte meinerseits zum Ausdruck bringen, daß sich doch aus den Reden der Vertreter der Opposition im Vergleich zu dem, was von der Regierungsseite, aber auch von der Seite der Mehrheitsfraktion gesagt wurde, in vielen Punkten - nicht nur in der generellen Zielsetzung - Übereinstimmung herauslesen läßt. Ich will das im einzelnen hier nicht wiederholen. Insbesondere im Bereich der Zustandsbeschreibung, der **Analysen** stellte Herr Kollege Engholm ja ausdrücklich in seiner Erwiderung fest, daß es **Übereinstimmung** mit der Landesregierung gibt. Der letzte Beitrag von Herrn Amthor schränkt das allerdings wieder sehr weitgehend ein. Ich frage natürlich, was hier die Position der Sozialdemokratischen Opposition ist, aber ich halte mich an das, was der Hauptsprecher sagt: Weitgehende Übereinstimmung. Ich begrüße dies im Interesse der Sache.

(Beifall bei der CDU)

Nun haben Sie trotz dieser generell positiven Bewertung doch zwei generelle Vorwürfe aufgestellt, die sich auf den Duktus der Regierungserklärung beziehen. Da ist einmal die Rede davon gewesen - es mag eine Bagatelle sein, aber damit sollte mehr zum Ausdruck gebracht werden -, daß wir es peinlich vermieden hätten - ich formuliere es in meinen Worten -, den Begriff des Waldsterbens in den Formulierungen der Regierungserklärung auftreten zu lassen. Zunächst einmal ist dies nicht richtig. Ich habe die Regierungserklärung noch einmal daraufhin durchgesehen. Es ist vom **Waldsterben** die Rede. Es ist vom Sterben der Bäume die Rede. Ich meine, daß

(Ministerpräsident Dr. Barschel)

wir auch mit dieser semantischen Diskussion nicht weiterkommen.

(Engholm [SPD]: Richtig!)

Herr Kollege Engholm, da Sie sich gerade ein Exemplar meiner Regierungserklärung haben geben lassen, kommen Sie jetzt vielleicht darauf, daß dieser Begriff an einer Stelle in Anführungszeichen steht. Es ist nicht ein sogenanntes Waldsterben gemeint, sondern es geht auch darum, bei den neuartigen Schäden ebenso wie beim sauren Regen – auch dieser Begriff steht in Anführungszeichen – deutlich zu machen, daß es sich um Termini technici handelt, nicht aber darum, die Begriffe zu bagatellisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will Ihnen anhand der Zahlen deutlich machen, weshalb ich der Meinung bin, daß es sachgerecht ist, in dieser Diskussion als Überschrift den Begriff der **Waldschäden** gewählt zu haben,

(Beifall bei der CDU)

und zwar gerade vor dem Hintergrund der Situation in Schleswig-Holstein. Sie haben ja der von mir gegebenen Zustandsbeschreibung ausdrücklich zugestimmt. 12 % Schadensfeststellung! Ich will das differenzieren: 9 % leichte Schäden, 2 % schwere Schäden, 0,4 % der Bäume schwer krank. In dieser Situation ist es zutreffend – weil wir weder bagatellisieren noch dramatisieren wollen –, den Begriff der Waldschäden zu benutzen, ganz abgesehen davon, daß er der allgemeine Oberbegriff ist. Es geht in unserer Arbeit im Kampf um die Wälder, um die Gesundheit der Bäume, um die verbesserte Luftsituation ja nicht nur um tote und gestorbene Bäume – da ist es zu spät –, sondern es geht um kranke Bäume, die wir vor einer weiteren Schädigung bewahren wollen.

(Beifall bei der CDU)

Aus diesem Grunde meine ich, daß das ein Punkt ist, der eigentlich gar nicht so wichtig ist. Ich habe überhaupt keine Schwierigkeiten, dann, wenn es angemessen ist, auch den Begriff des Waldsterbens, wie es mehrere Redner – der Kollege Westphal und einige Abgeordnete der CDU-Fraktion – getan haben, zu gebrauchen. Hier brauchen Sie nichts hineinzugeheimnissen.

Dann haben Sie, die Sprecher der Opssosition – nicht so direkt der Oppositionsführer selbst; aber an einer Stelle seiner Rede kommt es auch zum Ausdruck –, eigentlich bei jeder Einlassung eines Regierungsmitglieds in dieser neuen Wahlperiode sozusagen den Vorwurf erhoben, das sei ein bißchen zu selbstgerecht, alles sei zu positiv dargestellt. Ich möchte noch einmal sagen: Es geht uns nicht darum zu bagatellisieren, sondern im Gegenteil, es ging uns darum, auf die Dringlichkeit eines großen Problemes hinzuweisen.

(Beifall bei der CDU)

Aber es gehört natürlich auch in eine Regierungserklärung hinein, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß wir über das berichten, was wir getan haben. Da sind wir schon der Meinung, daß unsere **Leistungsbilanz** sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie ausdrücklich der **Zustandsbeschreibung** zugestimmt haben, daß die Wälder in Schleswig-Holstein in einem deutlich besseren Zustand sind als anderswo – ich erwähnte das in meiner Regierungserklärung –, dann können Sie doch nicht sagen, das sei selbstgefällig. Wenn gesagt wird, daß unsere Luft besonders sauber sei im Vergleich zu der Luft in anderen Ländern, dann kann man doch nicht sagen, hier handele es sich um eine zutreffende Zustandsbeschreibung, gleichzeitig sei es aber selbstgerecht.

Entscheidend ist doch, daß ich zwar auf unsere umweltfreundliche **Energiepolitik** einerseits und die vorausschauende **Forstpolitik** andererseits hingewiesen habe, aber sehr wohl an verschiedenen sachlich begründeten Stellen meiner Regierungserklärung gestern auch deutlich gemacht habe, daß unsere Maßnahmen in Bund und Land, insbesondere auch im Lande Schleswig-Holstein selbst, nicht ausreichen konnten. Wie kann man dies mit dem Vorwurf beantworten, wir hätten bagatellisiert oder seien selbstgerecht? – Das kann ich eigentlich nicht verstehen. Was soll eine Regierung noch tun, als zu sagen, daß sie eine Menge getan habe, aber das, was sie getan hat, reiche eben nicht aus, es müsse mehr geschehen?

(Beifall bei der CDU)

Ich darf Ihnen, ohne alles wiederholen zu wollen, sagen, daß wir für die Zukunft weiß Gott nicht die Absicht haben – auch nach dieser Debatte nicht –, trotz relativ positiver Situationsbeschreibungen im Vergleich zu anderen Bundesländern, im Vergleich zu anderen Regionen des Auslandes, unsere Hände in den Schoß zu legen.

Herr Kollege Amthor, an dieser Stelle möchte ich etwas auf eine Bemerkung in Ihrer soeben gehaltenen Rede erwidern. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten meine Regierungserklärung von gestern noch besser in Erinnerung. Genau das, von dem Sie mir vorwerfen, ich hätte es nicht gesagt oder hätte es sagen müssen, habe ich an mehreren Stellen in der Regierungserklärung ausgeführt. Ich will nur ein Beispiel dafür erwähnen. Ich habe gesagt – ich darf wörtlich zitieren, Herr Präsident! –:

> „Halten wir also als Zwischenergebnis fest: Hauptursache der Schäden ist die Luftverschmutzung. Der Grad der Verschmutzung liegt in Schleswig-Holstein unter den zulässigen Werten, und trotzdem nehmen die Waldschäden zu."

Eine solche Äußerung haben Sie von mir verlangt; Sie haben sie vermißt. Hier ist sie gewesen, gestern in meiner Regierungserklärung, und ich habe hinzugefügt: Wir ziehen daraus die Konsequenz, daß eine kritische Überprüfung der Grenzwerte etwa in der TA Luft und in der Großfeuerungsanlagenverordnung notwendig ist.

(Beifall bei der CDU – Der Abgeordnete Amthor [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

(Ministerpräsident Dr. Barschel)

- Ich möchte zunächst keine Zwischenfragen zulassen, weil ich nicht weiß, ob ich sonst mit meiner Redezeit auskomme; gegen Ende vielleicht ja!

Wenn ich dieses Fazit nicht gezogen hätte, Herr Kollege Amthor, wäre Ihr Vorwurf vielleicht berechtigt gewesen. Man hätte ja auch sagen können: Schleswig-Holstein hat weniger Schäden zu verzeichnen als andere Bundesländer, **Schleswig-Holstein** ist sogenanntes **Reinluftgebiet**. Wir liegen deutlich unter den zulässigen Werten der TA Luft, also: Was habt ihr denn? Diese Konsequenz, Herr Kollege Amthor, haben wir gerade nicht gezogen, sondern haben gesagt: Dann müssen die Werte kritisch überprüft werden, weil sie wahrscheinlich zu hoch angesetzt sind! Insofern laufen Sie also mit Ihrem Beitrag offene Türen ein.

Nun will ich gern der Forderung des Kollegen Dr. Hinz entsprechen, noch etwas genauere Ausführungen, als sie gestern in meiner Regierungserklärung enthalten waren und Herr Kollege Westphal sie heute in seinem Debattenbeitrag gemacht hat, zur Problematik Hamburgs zu machen - zur Energiepolitik Hamburgs, zum Einfluß Hamburgs auf die Schädigung der Wälder im Hamburger Nachbarschaftsraum. Ich glaube, es kann von niemandem bestritten werden - und es ist auch nicht übertrieben, wenn ich das so sage -, daß die größten **Waldschäden** in Schleswig-Holstein in der **Nähe Hamburgs** festgestellt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Herr Kollege Engholm zu Beginn seiner Rede ganz pauschal sagte, der Zustandsbeschreibung der Regierungserklärung stimme er zu, dann fasse ich das so auf, daß auch dieser Teil darunterfällt, denn das ist im Rahmen der Zustandsbeschreibung eine wesentliche Aussage.

Die Messungen, die wir gerade im Hamburger Nachbarschaftsraum gemacht haben - Sie haben sich diesem Thema eben ja noch einmal zugewandt, Herr Amthor -, machen auch die Ursache-Wirkung-Relation deutlich. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal in Erinnerung rufen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die **Messungen** der Gewerbeaufsichtsämter in der **Region um Hamburg** folgendes ergeben haben: Dann, wenn der Wind aus Südost bläst, stellen wir in den Meßcontainern in der Haseldorfer Marsch höhere Meßwerte, höhere Schadstoffmengen fest. Die Zahlen möchte ich jetzt aus Zeitgründen nicht im einzelnen wiederholen. Bläst der Wind aber aus entgegengesetzter Richtung - also aus Nordwest -, dann stellen wir die entsprechenden - zum Teil doppelt, dreimal bis viermal so hohen - Schadstoffwerte in den Meßcontainern auf der anderen Seite Hamburgs, im Raume Geesthacht, fest.

Ich ziehe daraus das Fazit - ich möchte das sehr deutlich sagen -, daß der Wind aus Hamburg nun einmal hoch belastet ist. Deshalb können wir hier noch einmal feststellen - erstens weil wir es an den Pflanzen, an den Bäumen selbst sehen, und zweitens, weil wir den Beweis aus den Meßergebnissen haben -, daß der Wind aus Hamburg hoch belastet ist und die Waldschäden in der Nähe Hamburgs darin ihre wesentliche Ursache haben.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie, Herr Kollege Amthor, den Hinweis darauf gebracht haben, daß die Meßverfahren nicht in Ordnung seien, weil wir möglicherweise auf eine bereits veraltete Technische Anleitung Luft zurückgegriffen hätten,

(Amthor [SPD]: Die Bewertung!)

- genau, jawohl; ich gebe Ihnen recht -, dann will ich Ihnen in diesem Punkte gar nicht widersprechen. Nur ist dies ja ein Argument, das gerade meine Formulierung, meine Begründung, meine Folgerungen unterstützt: Denn wenn das so ist, dann müßten ja die Negativwerte, die wir in den Meßcontainern feststellen, noch viel größer und unsere Behauptung, daß die Belastung aus Hamburg herüberkommt, eine auch aus Ihrer Sicht noch viel deutlichere und noch weniger zu bezweifelnde Feststellung sein.

(Dr. Klingner [SPD]: Das haben Ballungsgebiete so an sich, daß sie belastet sind!)

- Gut, das haben Ballungsgebiete so an sich; damit sind wir bei dem zweiten Punkt, Herr Kollege Klingner! Wir haben gesagt, 55 % der Schadstoffbelastung verdrifte aus Hamburg in Richtung Schleswig-Holstein. Hier ist nun kürzlich gesagt worden - und in dieser Debatte wurde es, glaube ich, von dem Kollegen Dr. Hinz wiederholt -, daß man das ja nun nicht so ernst nehmen müsse, denn nur 7,5 % dieser **Schadstoffbelastung**, die nach Schleswig-Holstein verdrifte, bleibe ja hier, der Rest gehe weiter in **Richtung Skandinavien.** Meine Damen und Herren, was ist denn das für eine umweltpolitische Betrachtungsweise!

(Dr. Klingner [SPD]: Herr Barschel, jetzt mischen Sie aber gewaltig! Das bezog sich auf die Hochschornsteine!)

- Lassen Sie mich bitte ausreden! - Wir können hier doch nicht auf der einen Seite gemeinsam fordern, im internationalen Gleichschritt die Umweltstandards zu verbessern, wenn wir auf der anderen Seite sagen, das, was über Schleswig-Holstein hinaus nach Skandinavien weiterdrifte, gehe uns im Grunde nicht soviel an.

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist doch die Quintessenz, wenn Sie sagen - -

(Dr. Hinz [SPD]: Das ist eine polemische Schlußfolgerung!)

- Nein, das ist keine polemische Schlußfolgerung.

(Beifall bei der CDU)

Das ist keineswegs eine polemische Schlußfolgerung, meine Damen und Herren,

(Dr. Hinz [SPD]: Nein, eine Barschelsche!)

sondern es ist eine ganz selbstverständliche Schlußfolgerung. **Wenn Sie die Tatsache, daß 55 % in Richtung**

(Ministerpräsident Dr. Barschel)

Schleswig-Holstein verdriften, mit dem Hinweis darauf als weniger aussagekräftig hinstellen wollen, daß nur 7,5 % bei uns bleiben, dann muß hinter dieser Äußerung ja irgendein politischer Wille stehen.

Ich kann nur diesen erkennen, und ich sage Ihnen dazu: Insgesamt können wir nicht mitmachen, daß die Belastungsstoffe aus Hamburg, die in dieser Größenordnung in Richtung Schleswig-Holstein gehen, weiterhin verkraftet werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Von daher sind wir politisch verpflichtet, Herr Kollege Engholm und Herr Dr. Hinz, uns auch Gedanken über Einzelfragen der **Energiekonzeption des Hamburger Senats** zu machen. Ich lege in diesem Zusammenhang großen Wert auf die Feststellung, daß es uns überhaupt nicht darum geht, uns etwa in Einzelheiten der Hamburger Energiepolitik einmischen zu wollen. Aber dort, wo die Auswirkungen uns betreffen, muß nach meiner Meinung eine verantwortlich handelnde schleswig-holsteinische Landesregierung mit den Hamburgern über diese Auswirkungen reden. Das ist keine Einmischung.

(Beifall bei der CDU)

Um deutlich zu machen, daß wir uns nicht einmischen wollen, sei hier zunächst folgendes gesagt. Wir erkennen an, daß sich **Hamburg** bemüht – auch mit beachtlichem finanziellem Aufwand –, seine **Altanlagen** umzurüsten. Ich möchte hier ausdrücklich betonen, daß die Landesregierung zu keinem Zeitpunkt – insbesondere auch nicht in der letzten Sitzung des Gemeinsamen Landesplanungsrates Hamburg/Schleswig-Holstein – Bedenken gegen die mit Kohle produzierte zusätzliche thermische Energie, die für den Ausbau eines Fernwärmenetzes eingesetzt werden soll, geäußert hat. Dazu äußern wir uns nicht. Das betrifft zum Beispiel die Kohlekraftwerke in Hamburg, Haferweg und Feuerbachstraße.

Eine ganz andere Frage hat der Kollege Böge in seiner Zwischenfrage aufgeworfen, ob Hamburg nicht besser beraten wäre, Erdgas einzusetzen; das ist eine Frage, die die hamburgische Opposition stellt, die ich als Regierungschef eines Nachbarlandes aber nicht stellen muß.

Aber eine andere Situation ergibt sich natürlich dann, Herr Kollege Klingner, wenn elektrische **Energie aus Kohlekraftwerken** zusätzlich mit dem Ziel produziert wird, dadurch die Voraussetzungen zu schaffen, um den **Ausstieg aus Brokdorf** vorzubereiten.

(Dr. Klingner [SPD]: Aber das geschieht doch gar nicht! Das ist auch nicht geplant!)

– Habe ich geträumt, daß wochen- und monatelang über den Ausstieg aus Brokdorf nachgedacht wurde?

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Das ist ja eine völlig neue Situation, Herr Kollege Klingner, daß noch niemals über einen Ausstieg aus Brokdorf nachgedacht worden ist! Verehrter Herr Kollege Klingner, ich bedanke mich für diese Äußerung und bitte um Bestätigung durch den Herrn Oppositionsführer.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Harms (Heede) [SPD]: Der Zusammenhang ist einfach nicht richtig!)

Diese Frage, Herr Kollege Dr. Hinz, ist eine Frage, die sich im Zusammenhang mit den Hamburger Überlegungen stellt, was aus Tiefstaak und was aus dem Kraftwerk in Wedel werden soll. Hier gibt es keine konkreten Äußerungen des Hamburger Senats, und hier werden wir abwarten, was Hamburg dazu vor hat. Je nachdem, was es vor hat, werden wir uns auf der Basis dieser eben wiederholten Grundsatzerklärung der schleswig-holsteinischen Landesregierung gegenüber einer solchen Politik Hamburgs einlassen. Ich sage noch einmal: Der Ausstieg Hamburgs aus Brokdorf ist volkswirtschaftlich unsinnig,

(Beifall bei der CDU)

weil Brokdorf zur Hälfte fertig ist,

(Dr. Hinz [SPD]: Brokdorf ist unsinnig!)

und der Ausstieg, meine sehr geehrten Damen und Herren, aus Brokdorf ist auch umweltpolitisch nicht vertretbar. Denn ich habe in meiner Regierungserklärung ausgeführt, daß sich dann, wenn Brokdorf ans Netz gehen wird, die Belastung mit Schwefeldioxid jährlich um 54 000 t reduzieren ließe.

(Beifall bei der CDU)

Um es hier vielleicht noch etwas deutlicher zu sagen, als es der Kollege Westphal heute morgen getan hat, sage ich: Bei allen Hamburger Bemühungen, die wir anerkennen, sagen wir, jede Tonne zusätzlicher Belastung, die vermeidbar ist, wollen wir nicht, weil jede vermeidbare Tonne, die nicht vermieden wird, eine Tonne ist, die dem Waldsterben – jetzt in Ihrer Terminologie gesprochen – Vorschub leistet.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb habe ich die herzliche Bitte: Stellen Sie nun diesen Kampf gegen Brokdorf an. Die Wälder werden es Ihnen danken.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der in sehr weiten Strecken übereinstimmend geführten Debatte zwischen Regierung und Parlament und unter den Fraktionen wurde es an einer Stelle – so will ich einmal sagen – turbulent und laut, als vom Kollegen Egngholm die Frage der Verwendung der **Finanzausgleichszahlungen aus Brüssel** in der Größenordnung von 500 Millionen DM, zweckgebunden für energiepolitische Maßnahmen, angesprochen wurde. Hier kam es ja zu einer Auseinandersetzung zwischen Ihnen und dem Kollegen Westphal.

Zunächst einmal, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich nun doch in aller Deutlichkeit, damit das auch zu Protokoll kommt, darstellen, was der Herr Europa-Abgeordnete Walter in seinem „SIB" am 22. November – übrigens unter Bezugnahme auf

(Ministerpräsident Dr. Barschel)

meine Regierungserklärung, in der darüber gar nichts stand, das ist aber noch ein Punkt für sich - gesagt hat. Herr Präsident, ich bitte, daraus einige Sätze zitieren zu dürfen.

> „Wie Walter dazu ausführte, hat Bonn aus Brüssel in diesem Jahr eine Ausgleichszahlung von 500 Millionen DM zweckgebunden für energiepolitische Maßnahmen erhalten."

Dann kommt der Vorwurf:

> „Statt sie, wie die Sozialisten es wollten, im Parlament zur Entschwefelung von Altkraftwerken einzusetzen, steckte die CDU-Regierung" in Bonn

- die ist gemeint! -

> „die 500 Millionen DM in Finanzierungslöcher beim Schnellen Brüter in Kalkar und beim Hochtemperaturreaktor in Schmehausen."

Sie, Herr Kollege Engholm, haben auch auf Seite 13 f. diese Aussage Ihres Parteifreundes Walter wiederholt. Herr Kollege Westphal hat es dann richtiggestellt, und Sie haben ihn dann in einer aufgeregten Situation den Superverdreher dieses Hauses genannt.

> (Engholm [SPD]: Nicht an dem Punkt! Genau einen Punkt später! Aber darauf werde ich gleich kommen!)

- Nein. - Gut, Sie können sich dazu ja noch äußern.

Ich will Ihnen dazu nur folgendes sagen, Herr Kollege Engholm: Dies ist schon ein sehr harter Vorwurf an die Adresse der Bundesregierung gewesen, insbesondere deshalb, weil damit ja unterschwellig der Eindruck erweckt werden soll, die Bundesregierung habe in ihrer Energiepolitik auch wirklich nichts als nur Kernkraftwerke und so etwas im Auge. Von den 500 Millionen DM ist gerade ein ganzes Drittel für den Schnellen Brüter in Kalkar und für den Hochtemperaturreaktor in Schmehausen verwendet worden.

Ich möchte Ihnen die Verwendungsliste hier einmal vorlesen, die Auskunft darüber gibt, in welche Maßnahmen die anderen zwei Drittel der 500 Millionen DM - es sind nur etwa 500 Millionen DM, genau genommen 210 Millionen Ecu - eingegangen sind. Sie sind eingegangen in die Kohleverflüssigung - ich nenne die Standorte hier nicht -, in Kohlevergasung, Wirbelschicht-Krafttechnik, Produktionsbeihilfen, druckbetriebene Wirbelschichtfeuerung - das war eine Pilotanlage -, hydrierende Braunkohlevergasung im Wirbelschichtverfahren - ebenfalls eine Pilotanlage -, Einsatz von Rauchgasentschwefelungsgips im Untertagebetrieb - ebenfalls ein Pilotprojekt -.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, angesichts dieser Tatsache habe ich die herzliche Bitte, erstens dafür zu sorgen, daß diese breit in den Zeitungen Schleswig-Holsteins abgedruckte falsche Behauptung des Europa-Abgeordneten Walter zurückgenommen wird, richtig gestellt wird,

> (Beifall bei der CDU)

und ich habe die herzliche Bitte, daß Sie in amtlichen Reden als Oppositionsführer hier vor dem Hohen Hause parteipolitische Erklärungen Ihrer Parteifreunde nicht so unbesehen in Ihre Texte aufnehmen.

> (Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir scheint

> (Rösler [CDU]: Der muß das auch noch lernen!)

die Debatte ist notwendig gewesen. Sie zeigt der Öffentlichkeit, daß der Schleswig-Holsteinische **Landtag** und das die **Landesregierung** das Problem der Waldschäden oder - wenn Sie so wollen - des Waldsterbens, des Baumsterbens erkannt haben und daß wir - und das sollten wir zum Schluß gemeinsam herausstellen - bereit sind und auch die politische Kraft aufbringen können, wenn wir es wollen, in dieser so wichtigen Frage und in dieser unsere Mitbürger so bewegenden Frage - denn sie diskutieren diese Frage sehr leidenschaftlich - an einem Strang ziehen. Das heißt nicht, daß es in irgendeiner Weise schädlich wäre, wenn es Meinungsverschiedenheiten zu Einzelfragen gäbe. Sie gehören zur parlamentarischen Auseinandersetzung.

Deshalb möchte ich zum Schluß hier feststellen: Die Landesregierung wird alles tun, daß der Wald nicht nur in Schleswig-Holstein seine Zukunft hat, die Landesregierung wird alles tun, was geeignet ist, um dem Wald zu helfen durch Maßnahmen der Luftreinhaltung, durch waldbauliche, forstpolitische Maßnahmen und verschiedene andere Initiativen.

Ich hätte zugegebenermaßen eingehen können auf das Problem des öffentlichen Personennahverkehrs. Diese selbstkritische Anmerkung zu machen, bin ich gern bereit. Aber bei 40 Minuten, auf die man sich beschränken soll, wissen Sie als Redner, meine Damen und Herren, angesichts dessen, was da alles rein soll, daß der eine oder andere Punkt dann eben nicht in einer Regierungserklärung erwähnt wird. Er war auf meiner Liste jedenfalls mit drauf.

Sie können davon ausgehen - das sage ich dem Parlament, das sage ich der Öffentlichkeit -. Diese Landesregierung wollte mit dieser Regierungserklärung öffentlich auf ein Problem aufmerksam machen, deutlich machen, daß wir das Problem erkannt haben, daß wir es ernst nehmen und daß wir bereit sind, die Ärmel hochzukrempeln, Investitionen für unsere **Wälder** zu tätigen, auch Investitionen, die Geld kosten, damit unsere Wälder Zukunft haben. Und **Zukunft** für unsere Wälder bedeutet Zukunft für uns, unsere Kinder und unsere Kindeskinder.

> (Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Engholm.

Engholm [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein bißchen mehr, Herr Ministerpräsident, als auf das Pro-

(Engholm)

blem Baumsterben aufmerksam zu machen, müßte eine Debatte im Landtag schon bewirken; denn Aufmerksamkeit auf das Thema gibt es bereits.

(Beifall bei der SPD)

Wir als Sozialdemokraten haben heute morgen sehr sorgsam darauf geachtet, keinen Streit vom Zaun zu brechen, wo in der Sache der Streit nicht lohnt. Wir werden dies auch künftig bei Themen tun, wo es grundsätzlich gemeinsame Interessen über die Parteigrenzen hinweg gibt. Daß der Wald etwa von parteilichen Interesse wäre, hat niemand – gottlob – heute morgen in diesem Hause zum besten gegeben.

Wo es die Sache erfordert, werden wir weiter miteinander streiten, und es bleibt erstens festzuhalten, daß von den Vorschlägen der SPD-Landtagsfraktion von Ihnen nicht übernommen wird – damit deutlich wird, wo die Ecken und Kanten bleiben, an denen wir uns weiter reiben werden – die Aufforderung an Sie, ein **Gesetz** zu machen, das eine **Abgabe für Schwefel- und Stickoxide** vorsieht. Hier haben wir von Herrn Kerssenbrock eine diametral entgegengesetzte Antwort erhalten. Dies bleibt ein Konflitkpunkt.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens! Sie haben in einer Schlußbemerkung gesagt, Sie hätten aus Zeitgründen – ich unterstelle, daß das auch so sein kann – nichts gesagt zu den Fragen Geschwindigkeit, Verkehr auf unseren Straßen, **öffentlicher Personennahverkehr**. Ich meine, wer dieses Thema so ernst nimmt, wie Sie und ich es gemeinsam nehmen, der kann an der Frage der Belastung der Natur durch Stickoxide nicht vorbei. Dies bleibt ein Punkt, über d n wir diskutieren müssen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens! Es bleibt offen, wieweit die Landesregierung in der Frage kürzerer Fristen bei der Übergangszeit für Altanlagen, bei der Umstellung ihres eigenen Fuhrparks und bei der Einführung von steuerlichen Begünstigungen **bleifreien Benzins** unserer Meinung ist oder längere Fristen für angebracht hält. Wir haben gesagt, wir seien für kürzere Fristen; wenn Sie uns bei einer der nächsten Gelegenheiten sagen, Sie seien auch im Bundesrat dafür zu haben, werden Sie die Unterstützung der Landtagsfraktion bekommen. Ihre Aussagen dazu waren nicht deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt im Prinzip – um das zusammenzufassen –: Wir sind uns einig in der Sache, einig darüber, daß vieles schnell getan werden muß, aber uneinig in der Art, wie die Ziele am schnellsten erreicht werden können.

Ich finde es auch in Ordnung, daß Sie mehrfach meine Zustimmung zu der Lagebeurteilung nachträglich bei Ihrem letzten Debattenbeitrag reklamiert haben. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wenn die Opposition in bestimmten Fragen zustimmt, ist es das Recht der Regierung zu sagen, daß sie das als ein Kompliment empfinde. Daß sie solche Komplimente auch von der Opposition gebrauchen, spricht ja eher für die Opposition denn irgend etwas anderes.

(Beifall bei der SPD)

Ich bitte Sie aber sehr ernsthaft darum, eine generelle Zustimmung zu einer gemeinsamen Lageburteilung und Analyse nun nicht ausbeuterisch in Anspruch zu nehmen. Nicht jedes Wort dessen, was Sie gesagt haben, ist damit abgedeckt, wenn ich sage, wir stimmten der Analyse im wesentlichen zu.

Da kommen wir an den Punkt, wo die Frage der Selbstgerechtigkeit einmal etwas näher zu erörtern wäre. Ich sage dazu: Mit Selbstgerechtigkeit ist es so eine Sache; es ist sicherlich auch eine Typfrage; der eine neigt mehr dazu, der andere weniger, so vielfältig und bunt ist die Menschheit, und das sind auch ihre Vertreter im Parlament.

(Fölster [CDU]: Das stimmt! – Latendorf [CDU]: Ein tröstlicher Hinweis! – Marschner [SPD]: Vielleicht hat das etwas mit ihrer Größe zu tun!)

Ich möchte jetzt gern einige abschließende Bemerkungen zu dem Streit machen, den ich heute morgen mit dem Wirtschaftsminister Dr. Westphal hatte. Ich bedauere nur, daß er jetzt nicht Gelegenheit hat, dabeisein zu können. Ich werde es deshalb etwas kürzer fassen als geplant. Ich meine, es gibt Dinge, über die man im Parlament – gerade wenn man sich heftig gestritten hat – auch im nachhinein mit kühlem Kopf nachdenken muß. Ich darf drei Beispiele nennen, von denen ich nicht glaube, daß ein Parlament – gleich, welcher Fraktion die Abgeordneten angehören – es so durchgehen lassen kann.

Vieles geht bei einem Menschen wie dem Wirtschaftsminister, der schnell, schneidig und wendig ist, auch in der Aktualität der Stunde verloren, aber im nachhinein ist darüber nachzudenken. Ich erinnere daran, daß beim Debattenbeitrag des Wirtschaftsministers der Abgeordnete Sickmann eine Zwischenfrage gestellt hat. Der Wirtschaftsminister hat dem Abgeordneten Sickmann daraufhin vorgeworfen, zu wenig Wissen zu haben. Das hörte sich bis dato ganz lustig an, und es muß zulässig sein – meine ich – so etwas zu sagen. Dann kam jedoch der Schlenker, von dem ich glaube, das der Wirtschaftsminister in seiner Geschwindigkeit nicht begriffen hat, was er damit gesagt hat. Er hat ein Mitglied dieses Hohen Hauses zitiert und gesagt, Wissen geht vor Gewissen.

(Latendorf [CDU]: Der Herr Minister Schwarz ist das!)

Wenn man das zu einem Dreisatz einfacher schleswig-holsteinischer Prägung zusammenzieht, dann heißt das, der Abgeordnete Sickmann hat kein Gewissen.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Dies ist kein ironisches Apercu; dies ist unzulässig.

(Beifall bei der SPD – Spaeth [CDU]: Das war falsch zitiert! – Latendorf [CDU]: Da muß man schon zwei Examen machen! – Weitere Zurufe von der CDU)

(Engholm)

Ich will Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn ich mich solcher Dinge in meinen Reden einem Abgeordneten Ihrer Fraktion gegenüber befleißigen würde, würde Ihre Fraktion gemeinschaftlich aufstehen und Protest rufen. Tun Sie es in diesem Falle auch!

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht hilft es dem Wirtschaftsminister, wenn er künftig etwas ruhiger und damit vielleicht etwas überlegter argumentiert.

(Latendorf [CDU]: Lassen Sie ihn man so bleiben!)

Und nun zu den Vorwürfen, die an den Abgeordneten Gerd Walter gerichtet wurden. Es ist ihm vorgeworfen worden, mehrfach und wiederholt falsche Angaben in der Öffentlichkeit gemacht zu haben.

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Barschel)

- Das wird das Protokoll genau ergeben. Es sind zwei Beispiele gebracht worden. Das Beispiel, das der Ministerpräsident eben aufgegriffen hat, wird an diesem Punkte von Gerd Walter und von mir korrigiert werden müssen. Es sind 40 % dieser Mittel, die in den Schnellen Brüter in Kalkar und in den Hochtemperaturreaktor in Schmehausen gegangen sind. Aber der Ausgangspunkt der Argumentation von Gerd Walter - das ist der Satz, den Sie nicht zitiert haben und wo Sie unterbrochen haben - ist, daß der Antrag der sozialistischen Abgeordneten im **Europäischen Parlament** dahin ging, 500 Millionen DM einzusetzen zum sofortigen Kampf gegen den sauren Regen. Dies war der Hauptpunkt, und dieser Punkt wird mit den 500 Millionen DM bei der Verwendung in der Bundesrepublik nicht erreicht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das heißt, die Zahlenangaben - ich unterstelle, daß Ihre Angaben richtig sind, ich habe sie bisher nicht nachprüfen können -

(Ministerpräsident Dr. Barschel: Ich kann sie Ihnen geben!)

von Herrn Walter, was in die beiden neueren Technologien des Schnellen Brüter und des Hochtemperaturreaktors hineingegangen sind, waren zwar falsch, aber der Ausgangspunkt ist weder von Ihnen noch von Herrn Dr. Westphal erwähnt worden. Der Ärger von Herrn Walter war, daß zusätzliches, vom Europäischen Parlament bewilligtes Geld nicht dahin kommt, wo es angesichts der Probleme, die wir in dieser Debatte angesprochen haben, hätte hinkommen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Auch das zweite Beispiel, das Herr Dr. Westphal gebracht hat, werden wir etwas mehr auseinandernehmen müssen. Herr Walter hat gesagt, es seien aus **Schleswig-Holstein** keine öffentlichen Anträge zu den **Demonstrationsvorhaben** gestellt worden, die von der EG finanziert werden. Daraufhin hat Herr Dr. Westphal gesagt, dies sei falsch. Unter den acht Demonstrationsprojektanträgen befinde sich eines von Helgoland. Wir haben versucht, uns sachkundig zu machen, soweit es in der Kürze der Zeit ging. Es handelt sich in der Tat um ein Projekt für Helgoland, das aus einer Arbeitsgemeinschaft von MAK, M.A.N. und der Gemeinde Helgoland gemacht wird. Dies als Beispiel anzuführen für die Unredlichkeit der Argumentation des Abgeordneten Walter halte ich für kümmerlich - um es mit einfachen Worten zu sagen.

(Beifall bei der SPD)

Nun kommt meine dritte Bemerkung. Ich mache mich nicht anheischig, in den Streit, den diese Landesregierung mit Hamburg in der Kernenergiefrage hat, einzugreifen; das ist eine Sache, die Sie auf Ministerpräsidentenebene austragen müssen. Aber der Vorwurf des Wirtschaftsministers heute morgen, der in der Schnelligkeit fast wieder untergegangen ist, wir hätten heute morgen im Parlament - er kann nur Herrn Dr. Hinz und mich gemeint haben - einen zentralen Konflikt mit der Kernenergie ausgetragen, stimmt ebenfalls nicht; Sie werden so etwas an keiner Stelle des ausgedruckten Protokolls wiederfinden können. Auch dies ist eine hemmungslose Übertreibung dessen, was heute morgen gesagt worden ist.

(Beifall bei der SPD - Kribben [CDU]: Das tun Sie aber auch!)

Ich nehme nur Bezug auf die Dinge, die heute morgen hier verhandelt worden sind, nicht auf zurückliegendes, grundsätzliche Streitigkeiten. Sie alle müßten wissen - Sie wissen es, Herr Ministerpräsident -, daß sich die SPD in einer schwierigen, innerparteilichen Auseinandersetzung mit der Frage Brunsbüttel und Krümmel auseinandergesetzt und letztlich nicht sehr leichten Herzens ihren Frieden mit den beiden vorhandenen, laufenden Kernkraftwerken gemacht hat. Sie wissen, daß wir heute morgen nur gesagt haben, das Problem **Brokdorf** sei, daß Brokdorf bei stagnierender Nachfrage oder bei nur winzigen Zuwächsen in der Nachfrage nach Energie die große Gefahr zum Inhalt habe, eine riesige Stromhalde zu produzieren.

(Beifall bei der SPD)

Dabei hat Herr Dr. Westphal eben nicht berücksichtigt - deshalb möchte ich es klarstellen -, daß es genau unser Ziel ist - wir beide haben das heute morgen in unseren Reden angedeutet -, Energie einzusparen. Wir bleiben dabei, daß konzentrierte Energieeinsparung die beste Energiequelle ist, über die diese Gesellschaft verfügt.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich abschließend folgendes sagen: Es ist nicht angenehm, bei einem Minister miterleben zu müssen - das geschieht nicht zum erstenmal -, wie er, wenn er andere zitiert, immer einen Zentimeter neben der Wahrheit derjenigen liegt, die er zitiert.

(Beifall bei der SPD - Claussen [CDU]: Na, na!)

Es ist nicht angenehm, auch in Schlenkern gerade neuen Abgeordneten etwas zu unterstellen, was diese,

(Engholm)

wenn sie es nachlesen, mehr trifft, als manch einer von Ihnen glauben mag.

(Aniol [CDU]: Sie sind doch auch nicht so zimperlich!)

– Sie werden so etwas aus meinen Gewissen und Wissen im Parlament nicht zu hören bekommen, Herr Kollege!

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich abschließend folgendes sagen: Nichts spricht gegen eine scharfe Argumentation, nichts spricht dagegen, daß wir auch Konflikte im Parlament scharf austragen, nichts spricht auch gegen ein böses Wort, das in der Hitze des Gefechts fällt, und nichts spricht gegen ironisierende Bemerkungen, aber sie mögen bitte im Rahmen dessen bleiben, was der einzelne mit seinem Gewissen und seiner Moral zu vereinbaren vermag.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung über die Regierungserklärung und den Antrag der SPD.

Es ist beantragt worden, den Antrag der SPD, Drucksache 10/168, federführend an den Agrar- und Umweltschutzausschuß zu überweisen.

(Latendorf [CDU]: Federführend an den Agrar- und Umweltschutzausschuß und mitberatend an den Sozial- und den Wirtschaftsausschuß!)

– Schönen Dank, Herr Abgeordneter Latendorf, ich bin offensichtlich nicht ganz so schnell wie Sie. Wer dem Antrag zustimmen will, wie ihn Herr Latendorf eben formuliert hat,

(Heiterkeit)

den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen, Herr Abgeordneter Latendorf!

(Latendorf [CDU]: Ich bedanke mich sehr, Herr Präsident!)

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 6 auf:

Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/165

Das Wort zur Begründung hat die Frau Abgeordnete Paulina-Mürl.

Frau Paulina-Mürl [SPD]:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Zur Klarstellung möchte ich sagen, daß in der Drucksache 10/165 ein inhaltlicher Fehler ist: Unter dem Punkt 2 d heißt es: „Die Weiter- und Fortbezahlungsmaßnahmen". Das muß richtig heißen: „Die Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen."

Darf ich Ihnen zum Einstieg in diesen Tagesordnungspunkt eine kleine Episode erzählen? Sie wissen alle, daß der Landtagspräsident die Neuen im Parlament zu einem Mittagessen einlädt. Diese nette Geste hat diesesmal auch stattgefunden. Wir Neuen standen dort versammelt und warteten auf die Ereignisse. Wir standen zusammen mit den Führungskräften der Landtagsverwaltung. Es wurde, stilvoll wie sich das gehört, paarweise zu Tisch gebeten. Das Defilee ging zwar los, brach aber nach dem dritten Paar schlagartig ab; es waren keine Frauen mehr da. Das veranlaßte mich, zu meinem rechten Tischnachbarn zu sagen: Da sieht man es mal wieder, wie wenig Frauen in der Politik und in Führungspositionen überhaupt vertreten sind.

(Beifall bei der SPD)

Die Resonanz war, so absolut könne ich dies gar nicht behaupten. Ich habe es dann erst einmal so stehenlassen. Dann wurden uns im Zusammenhang mit der Tischrede des Landtagspräsidenten die Führungskräfte der Landtagsverwaltung vorgestellt. Welch eine Überraschung: Alles Männer! Ich habe das nach rechts kommentiert – es war wirklich Zufall, daß dieser Herr rechts saß –: Da kann man das doch wirklich deutlich sehen! Oder soll ich annehmen, daß die Landtagsverwaltung fest in weiblicher Hand sei? – Ein etwas irritiertes Lächeln war die Reaktion.

(Harms (Bilsen) [CDU]: Die können doch nichts dafür, daß sie Männer sind!)

Ich möchte also an diesem Punkt feststellen, wie deutlich sich die **Frauendiskriminierung** zeigt. Da nützt es eigentlich auch nichts, Herr Ministerpräsident, daß Sie in Ihrer Regierungserklärung darauf hingewiesen haben, daß es im Landesdienst 43 % Frauen gebe und diese eine beachtliche Zahl sei. Wie beachtlich diese Zahl ist, können sie sehen, wenn Sie sich eine fiktive Konferenz vorstellen. Dort erscheint beispielsweise ein Abteilungsleiter mit drei Referenten und ein zweiter Abteilungsleiter mit zwei Refernten; das macht zusammen sieben Männer.

(Vizepräsident Dr. Schübeler übernimmt den Vorsitz)

Und was passiert dann? Dann wird durch eine Frau bei der Konferenz Kaffee serviert. Die zusammengelegten Akten sind durch zwei Frauen bearbeitet worden. Das Protokoll wird von einer Frau geschrieben. Die Vermittlung wichtiger Telefonate erfolgt durch eine Frau. Und das Saubermachen nach der Konferenz besorgen wieder zwei Frauen. Das macht zusammen auch sieben Frauen. Nun kann man sich natürlich auf den Standpunkt stellen: Sieben Männer und sieben Frauen, also haben wir **Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst.**

(Heiterkeit)

Wir sehen an diesem Beispiel, daß sich Frauen zwar den öffentlichen Dienst erobern, aber nicht die guten und führenden Positionen. Schon bei den Beamtin-

(Frau Paulina-Mürl)

nen im mittleren und gehobenen Dienst liegt die Schallmauer bei der Besoldungsgruppe A 10 beziehungsweise bei den weiblichen Angestellten bei BAT VI b und c. Selbst bei über 80 % weiblichem Krankenhauspersonal ist die Verteilung fast nur in den unteren und **mittleren Vergütungsgruppen** zu sehen. Auch der hohe Frauenanteil bei den Lehrkräften - der ja immer vorgeführt wird! - setzt sich bei der Vergabe der Schulleiterposition nicht mehr durch. Und ein ganz schwarzes Kapitel ist die Lehrstuhlvergabe an den Hochschulen. Dort findet man so gut wie gar keine Frau.

Der fast gleiche Anteil von Männern und Frauen bei den Auszubildenden im höhren Dienst wirkt sich auch auf die besseren Positionen kaum aus. Zwar müssen wir zugeben, daß sich Frauen in den letzten Jahren auch Arbeitsbereiche, die früher überwiegend von Männern besetzt waren, eröffnet haben. Doch der allergrößte Teil der Frauen im öffentlichen Dienst sitzt eben nicht auf den **karriereträchtigen Positionen,** sondern immer am unteren Ende. Dies hat natürlich handfeste Gründe und beruht auf zähen Vorurteilen. Eines der größten **Vorurteile**, die wir nie ausräumen können, ist, daß gesagt wird, alle Frauen gäben früher oder später ihren Beruf auf. Dieses Vorurteil existiert besonders in den Köpfen von Vorgesetzten und von Arbeitgebern. Es führt dazu, daß man Führungspositionen immer mit Männer besetzt beziehungsweise sie dort bevorzugt.

Untersuchungen zu diesem Punkt sagen aber etwas ganz anderes aus. Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung in Nürnberg zeigen, daß in den ersten fünf Berufsjahren 79 % der Frauen bei demselben Arbeitgeber bleiben, während 55 % der Männer im gleichen Zeitraum schon einmal oder öfter die Stelle gewechselt haben. In zehn Berufsjahren haben 51 % der Frauen, jedoch 81 % der Männer zwei bis fünf verschiedene Arbeitgeber. Das heißt, dieses Argument in der Gewichtung verschiebt sich eigentlich zugunsten der Frauen.

Ein handfester Grund, der auch in diese Vorurteile mit hineingehört, aber wirklich vorhanden ist, ist die Tatsache der **Kindererziehungszeiten** und Mutterschutzfristen, die in die Zeiten des beruflichen Aufstiegs fallen, sowie die Beurlaubungszeiten, die in der Anrechnung der Dienstjahre fehlen. Da Väter kaum diese Beurlaubung in Anspruch nehmen, trifft es sie natürlich auch nie bei der Anrechnung von Dienstjahren.

Ein weiterer Grund, den ich nennen möchte, sind die Beurteilungskriterien für die Beförderung und die Stellenbesetzung. Dabei spielen neben der Qualifikation das Dienstalter und der sogenannte soziale Aspekt eine sehr entscheidende Rolle, der meist den Ausschlag gibt, wenn man eine gleichgewichtige Situation vor sich hat und eine Entscheidung treffen soll. Dieser **soziale Aspekt** beinhaltet oft die Dimension, ein **Zweitverdiener** zu sein. Dieses Kriterium müssen sich immer Frauen zurechnen lassen. Es kommt nicht vor, daß ein Mann, der mit einer verdienenden Partnerin zusammenlebt, sich diesen sozialen Aspekt, ein Zweitverdiener zu sein, zurechnen lassen muß.

Viele Diskriminierungen von Frauen am Arbeitsplatz sind sehr verdeckt und unterschwellig. Eine Frau muß zum Beispiel - so zeigt die Hamburger Untersuchung der Gleichstellung der Frau bei einer Befragung von Personalentscheidungsträgern –, um eine gute Stelle zu bekommen, häufiger als ein Mann als „besonders befähigt" hervortreten, um bei Beförderungen genauso berücksichtigt zu werden. Verkürzt kann man sagen: Frauen müssen oft doppelt so gut sein wie Männer. Sehr richtig hat dies die amerikanische Medienprofessorin Estelle Ramsey festgestellt. Ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten:

> „Gleichberechtigung ist nicht erreicht, wenn ein weiblicher Einstein einen Job als Hochschulassistentin erhält, sondern wenn ein weiblicher Schlemihl genauso schnell vorankommt wie ein männlicher."

Ich halte dies für eine ganz bezeichnende Situation, weil sehr viele Frauen mit diesem **Qualifikationsaspekt** immer zurückgehalten werden.

Ein weiterer Diskriminierungspunkt entsteht dadurch, daß in verschiedenen Gehaltsgruppen fast ausschließlich Frauen vertreten sind wie beispielsweise beim Reinigungs- und Küchenpersonal, im Kranken- und Altenpflegebereich oder bei der Stenosekretärin. Hier fehlt der Vergleich mit den Männern. Deshalb erleben die Frauen die geschlechtsspezifische Diskriminierung kaum, obwohl gerade diese Frauenberufe gering entlohnt werden und besonders starker Rationalisierung unterliegen. Dabei wird die gesamte Berufsgruppe diskriminiert. Deshalb spüren die Frauen es persönlich nicht so, wenn man sie diskriminiert.

In den besseren Positionen gibt es zugegeben wenige Frauen. Diese haben aber den Vergleich mit den Männern und erleben diese geschlechtsspezifische Diskriminierung auch eher. Der **Anpassungsdruck** an die männlichen Normen ist wesentlich höher. Die Frauen sind in einer Situation, daß sie oftmals die Augen vor der Ungleichbehandlung verschließen. Und sie suchen durch noch bessere Leistung des Defizit auszugleichen. Oder sie geben auf und resignieren. Das führt dann zu dem Vorurteil: Sie wollen ja doch nicht Verantwortung tragen, sie wollen ja doch nicht befördert werden.

Nun hilft uns in dieser Situation weder das Erstaunen, warum die Situation für die Frau so ist, noch der Hinweis, daß in rechtlicher Sicht für die Frauen im öffentlichen Leben die gleichen Chancen gegeben sind wie für die Männer. Auch die Feststellung, die der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung getroffen hat, bisher gelangten zuwenig Frauen in höhere und leitende Positionen, verbunden mit der Absichtserklärung, „das wollen wir ändern", reichen nicht aus.

Deshalb legt die SPD-Fraktion den Antrag zur Förderung der **Frauen im öffentlichen Dienst** vor mit der Aufforderung an die Landesregierung, in ihrem Zuständigkeitsbereich Maßnahmen zur Gleichstellung der Frau zu entwickeln, und zwar mit dem Ziel, die Unterrepräsentation der Frauen abzubauen und sie verstärkt an höherwertigen Funktionen zu beteiligen.

(Frau Paulina-Mürl)

Dabei werden folgende Schwerpunkte gesetzt. Erstens sind **Frauenförderpläne** zu erstellen, in denen „bei Neueinstellung weibliche Bewerber bei gleicher Qualifikation wie ihre männlichen Mitbewerber in allen Besoldungs-, Vergütungs- sowie Lohngruppen so berücksichtigt werden, daß die Überrepräsentation von Männern abgebaut wird," und „bei der **Besetzung von höherwertigen Stellen** sind Frauen so zu berücksichtigen, daß sie in allen Besoldungs-, Vergütungs- beziehungsweise Lohngruppen entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Laufbahngruppe vertreten sind."

Zweitens verlangen wir, **Weiter-** und **Fortbildungsmaßnahmen** so zu gestalten, daß das Thema Gleichstellung der Frau einbezogen wird und Frauen verstärkt zur Teilnahme motiviert werden.

Drittens verlangen wir, daß die Landesregierung in Abständen von zwei Jahren dem Landtag über die Frauenförderpläne berichtet, erstmals zum 1. Januar 1986.

Wir stellen den Antrag aus einem einzigen Grund, nämlich weil wir der Meinung sind, daß die Landesregierung als Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes Vorreiter und Beispiel einer auf Gleichstellung orientierten Personalpolitik sein muß.

(Beifall bei der SPD)

Wir vertreten die Ansicht, daß der Artikel 3 Abs. 2 GG - Männer und Frauen sind gleichberechtigt - den Staat zur aktiven Förderung und Unterstützung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen verpflichtet, das heißt der Gleichberechtigungsgrundsatz fordert die aktive staatliche Intervention zugunsten des benachteiligten Geschlechtes - das sind die Frauen. Die kämpferische Vorgeschichte des **Gleichberechtigungsartikels** macht deutlich, daß nicht ein Abwehrrecht gegen den Staat mit dieser Bestimmung gemeint war und nicht nur die Neutralität des Staates und des Rechtes gegenüber einer Kontroverse in der Gesellschaft über die angemessene Rolle der Frau im privaten und öffentlichen Leben, sondern mit der Forderung nach der vollständigen Gleichheit im rechtlichen Sinne war der Staat selbst in die Verantwortung gerufen worden.

Wenn die gesellschaftliche Wirklichkeit den Gleichberechtigungsgrundsatz zu einer leeren Hülle macht, ist der **Staat** - somit auch diese Landesregierung - aufgerufen, gesellschaftsverändernd einzugreifen. Sicherlich sind damit nicht andere gesellschaftliche und politische Gruppen aus ihrer eigenen Verantwortung entlassen, an dieser Umgestaltung der sozialen Wirklichkeit im Sinne des **Grundgesetzes** mitzuarbeiten, aber damit ist der von Ihnen häufig erhobene Vorwurf unzulänglich, der Ruf nach staatlicher Aktivität sei nur ein Ablenkungsmanöver. Der Ruf nach staatlichen Initiativen ist gemäß dem Grundgesetz legitim.

(Beifall bei der SPD)

Für uns leitet sich daraus eine bevorzugte Behandlung - man nennt das positive Diskriminierung, ein nicht sehr glücklicher Ausdruck -, eine positive Diskriminierung ab, und zwar so lange, bis das Gleichberechtigungsgebot des Grundgesetzes erfüllt ist. Eine **Quotenregelung** im öffentlichen Dienst ist demnach sowohl durchsetzbar als auch sinnvoll. Schon angesichts der Monopolstellung des öffentlichen Dienstes bestehen rechtliche Bedenken gegen eine Quotenregelung nicht. Artikel 33 GG soll eine leistungsfähige Beamtenschaft garantieren. Die dafür festgelegten Auswahlkriterien, Eignung und Leistung, erlauben nicht nur eine Quotenregelung, die von einer Qualifikation absieht, sondern erfordern sie geradezu, denn die Beamtenschaft ist inhaltlich leistungsfähig nur dann, wenn in ihr und durch sie die Grundwerte der Gesellschaft wie das Gleichberechtigungsgebot verwirklicht werden.

Vielleicht sollte ich an dieser Stelle einmal zu Ihrer Information sagen, daß Staaten wie die USA, die skandinavischen Länder und Frankreich solche **Mindestquotierungen** kennen. Sie kennen sie auch im wirtschaftlichen Bereich, das heißt, daß bei Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Subventionen darauf geachtet wird, ob die Firmen das Gleichstellungsgebot beachten.

Wenn wir in unserem Antrag **Weiter-** und **Fortbildungsmaßnahmen** verlangen, dann nicht, weil wir glauben, daß man Frauen über Nachhilfeunterricht als rückständiges Geschlecht durch eine Art kompensatorischer Wissensvermittlung auf die Sprünge helfen muß, sondern weil auf zwei Ebenen, nämlich zum einen bei den Vorgesetzen und bei den Personalentscheidungsträgern sowie zum anderen bei den Frauen selbst Schwierigkeiten und Ängste überwunden werden müssen. Für Vorgesetzte und Personalentscheidungsträger ist das Thema Gleichstellung der Frau deshalb so wichtig, damit sie die Schwierigkeiten der Doppelrolle der Frau verstehen lernen. Sie müssen begreifen, daß die **Doppelrolle** der Frau erst dadurch zustande kommt, daß Berufsarbeit in ihrer gegenwärtigen Form stillschweigend eine innerfamiliäre Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau voraussetzt. Weil die Frau tendenziell die Voraussetzungen für eine Einfachrolle des Mannes, nämlich für seine weitgehende Konzentration auf berufliche Anforderungen, schaffen muß, erwachsen ihr umgekehrt die Belastungen zur Doppelrolle. Genau dies ist der Mangel, der bei der gegenwärtigen Form der Berufsarbeit allen Frauen anhaftet. Es ist nicht ihre Biologie, es ist nicht ihr Wesen, sondern es ist das gesellschaftlich institutionalisierte Muster der Arbeitsteilung, die in der Familie herrscht.

(Beifall bei der SPD)

Die Familienzentriertheit der Frauen ist demnach also kein Zeichen besonders weiblicher Rückständigkeit, sondern Folge einer **Gesellschaftsstruktur**, die auf die Doppelrolle der Frau nicht verzichten kann oder will. Alle Plädoyers für gleiche Bildungs- und Ausbildungschacen greifen zu kurz, weil die mangelnde Qualifikation der Frauen in weiten Bereichen nicht die Ursache, sondern die Folge der Diskriminierung ist.

Frauen sind schlechter ausgebildet als Männer, weil die Gesellschaft sie beispielsweise gar nicht als Fach-

(Frau Paulina-Mürl)

arbeiterinnen haben will, sondern als Hausfrauen und Mütter. Dies muß erkannt werden, und da müssen die Hilfen einsetzen. Noch haben **Vorgesetzte** meist **wenig Erfahrung** im Umgang **mit Frauen,** die zwar aufstiegswillig und fachlich kompetent sind, aber eben die Probleme doch anders angehen als Männer. Warum das so ist, wird unterschiedlich eingeschätzt. Bezeichnend ist aber für mich folgendes. Ich möchte gern Dr. Schlemmer, Mitglied der Zentralgeschäftsführung der Firma Henkel in Düsseldorf, zitieren, weil man dem Herrn gewiß nicht unterstellen kann, er sei Feminist oder Frauenrechtler. Er sagt:

> „Frauen haben ein stärkeres Sachinteresse, dasjenige anzuwenden, was sie gelernt haben. Sie möchten das tun, was sie können – nicht nur wegen der Sicherheit, sondern auch aus Redlichkeit. Männer sind karriereorientierter. Sie lassen schneller eine Aufgabe hinter sich, um eine höhere Hierarchiestufe zu erreichen, die ihnen mehr Einfluß und öffentliche Anerkennung bietet. Männer wollen über jemandem stehen, Frauen lieber mit anderen arbeiten. So fällt es auch Männern leichter, in Kauf zu nehmen, daß auf ihrem Karriereweg logischerweise jemand anders auf der Strecke bleiben muß. Frauen kämpfen lieber für etwas als gegen jemanden."

Ich meine, es ist wichtig, den Führungskräften dieses Wissen thematisch zu vermitteln, damit sie später in der Lage sind, sich bei ihren Personalentscheidungen von den Klischees zu trennen und die Situation der Frauen wirklich beurteilen zu können.

Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen müssen außerdem nach unserer Meinung so gestaltet werden, daß die Frauen verstärkt zur Teilnahme motivieren. Darüber hinaus gilt es besonders, das **Selbstwertgefühl** der Frauen für den beruflichen Aufsteig zu stabilisieren. Das ist nötig, weil Frauen nicht in dem Ausmaß wie die Männer selbstsichere und dominante Verhaltensweisen gelernt haben. Sie reagieren deshalb in Konfliktsituationen emotionaler und unsicherer. Was das Merkwürdige daran ist: Dies wird geradezu von ihnen erwartet.

Geben sich nämlich Frauen unabhängig und selbstbewußt, so fühlen sie die beteiligten Männer schnell außerordentlich unwohl und reagieren mit Mißbilligung und Bestrafung. Versuchen die Frauen dann aber, dies auszugleichen, indem sie ihre Interessen mit den angeblich weiblichen Strategien verfolgen, so kommen sie zwar bei den Männern an, haben aber trotzdem nicht die gleichen Chancen, ihr berufliches Ziel zu erreichen.

In den Fortbildungsmaßnahmen müssen Frauen außerdem ermutigt werden, sich verstärkt um **Führungspositionen** zu bewerben. Die Frauen tun dies häufig nicht, weil sie eine zu hohe Meinung von der Anforderung da oben haben. Aus der Froschperspektive wirken logischerweise die meisten männlichen Inhaber von Ämtern und Würden oft gewaltiger, als sie tatsächlich sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, meine Kolleginnen werden mir zustimmen, wenn ich sage: Wer wie wir häufig Gelegenheit hat, an Sitzungen und Konferenzen teilzunehmen – die heutige Debatte war ein Zeichen dafür –, wird nie mehr denken, Männer seien sachlicher oder logischer.

(Zustimmung der Abgeordneten Frau Schuster [CDU])

Auf allen Ebenen spielen sich Hahnenkämpfe ab. Eitelkeiten, Launen, Gefühlsausbrüche, Konkurrenzängste sind weit davon entfernt, nur ein weibliches Monopol zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem lassen sich die Frauen durch die Behauptung einschüchtern, sie seien besonders schwierig, weil sie emotional sind. Es ist mir wichtig, Ihnen meine Herren und Damen, mit diesen Beispielen deutlich zu machen, daß Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen für Frauen nicht nur Wissensvermittlung sein dürfen, sondern daß besonderer Schwerpunkt die **Motivation** sein muß. Unser Antrag zur Förderung der Frauen im öffentlichen Dienst soll die Phase der tröstenden, unverbindlichen Worte zur Gleichheit ebenso wie die Phase der gutgemeinten Absichtserklärungen beenden.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Auffassung, die Zeit der liberalen Haltung zur Gleichstellung ist vorbei. Parteilichkeit wird verlangt, **Parteilichkeit für die Frauen**. Die Lippenbekenntnisse sind für die Frauen unglaubwürdig und besonders verdächtig, wenn sie von Politikern kommen, die fortschrittliche Ansichten entwickeln, deren Zukunftsvorstellungen aber eindeutig auf der bewährten untergeordneten Stellung der Frau aufbauen und die Frauen fortgesetzt nur als unterstützende Hilfskräfte einsetzen.

Lassen Sie mich mit einem Beispiel, das ich sehr treffend finde, diese Antragsbegründung beenden. Ein Schlittschuhläufer, der meint, das Eis auf dem See werde ewig gefroren bleiben oder sei gar verpflichtet, seine eisige Konsistenz zu behalten, ist ein Narr, wenn seine Übungen und Figuren auch noch so schön sind.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat die Parlamentarische Staatssekretärin für Familie und soziale Verbände, Frau Schuster.

Frau Schuster [CDU], Parlamentarische Staatssekretärin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein ist schon lange das Anliegen der Landesregierung.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD)

Somit rennt die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag nicht nur offene Türen ein, nein, sie vollzieht nur nach, was

(Frau Schuster)

die Landesregierung schon in ihrem Arbeits- und **Gesetzgebungsprogramm** festgelegt hat.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten aus dem Gesetzgebungsprogramm zitieren:

„Es ist ein Kernpunkt der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten, daß den im Landesdienst Schleswig-Holstein tätigen Frauen die Möglichkeit eröffnet werden soll, höhere und leitende Positionen zu erreichen.

Es ist daher beabsichtigt, ein **Frauenprogramm** zur beruflichen Förderung von Frauen im Landesdienst zu erarbeiten.

Ziel dieses Konzeptes soll der Abbau vorhandener Ungleichheit zwischen Frauen und Männer im Arbeitsleben und die Verbesserung der beruflichen Möglichkeiten für qualifizierte Frauen unter Beachtung des Leistungsprinzips, insbesondere bei der Besetzung von Stellen, der Fortbildung und der Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit sein.

Frauen müssen mit entsprechender Verantwortung im staatlichen Bereich eingesetzt werden können.

Bisher gelangten zu wenig Frauen in höhere und **leitende Positionen**. Von den 43 % Frauen im Dienst der Landesregierung haben nur sehr wenige dieses Ziel erreicht. Dieses will die Landesregierung ändern."

(Beifall bei der CDU)

Weiter heißt es in unserem Arbeits- und Gesetzgebungsprogramm:

„Laufende **Fortbildungsangebote** und gezielte Einarbeitungshilfen auch für ‚Wiedereinsteigerinnen' würden dazu beitragen, daß Frauen bei der Besetzung von gehobenen Positionen stärker berücksichtigt werden und Frauen ermutigt werden, sich für entsprechende Stellen zu bewerben.

Bei der Besetzung von Aufstiegs- und **Leitungsfunktionen** sollten Frauen besonders bevorzugt werden, in denen sie unterrepräsentiert sind. Voraussetzung hierfür muß aber sein, daß eine Frau für eine ausgeschriebene Stelle genauso qualifiziert ist wie ein männlicher Bewerber!"

Verehrte Kollegen und Kolleginnen der Opposition, erlauben Sie mir die Feststellung: Die Ähnlichkeit Ihres Antrags mit unserem Arbeits- und Gesetzgebungsprogramm ist geradezu verblüffend.

Lassen Sie mich jetzt im einzelnen zu ihrem Antrag Stellung nehmen. Die Landesregierung hat bereits in der Vergangenheit erhebliche Anstrengungen und besondere Maßnahmen ergriffen, um die **Gleichstellung** der Frau **im öffentlichen Dienst** des Landes zu gewährleisten und die Chancen der Frauen für einen beruflichen Aufstieg zu fördern.

Beispielhaft sind folgende Maßnahmen – zum Teil in Zusammenarbeit mit der Frauenkommission – zu nennen:

Bereits durch Gesetz vom 1. November 1969 wurden für Beamtinnen **Teilzeitbeschäftigung** oder Beurlaubung aus familiären Gründen auf insgesamt 12 Jahre ermöglicht. Auf Vorschlag der Frauenkommission wurde dieser Zeitraum auf 15 Jahre erweitert. Durch Gesetz vom 24. Januar 1975 wurde die Regelung auf männliche Beamte – um auch hier dem verfassungsmäßigen Grundsatz der Gleichberechtigung gerecht zu werden – ausgedehnt. Diese familien- aber vor allem frauenpolitisch freundlichen Maßnahmen sollen in Verbindung mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 1984 auch auf Angestellte und Arbeiter ausgedehnt werden.

Mit dieser gesetzlichen Regelung eröffnen wir allen Frauen im öffentlichen Dienst, aber auch allen Männern, die Möglichkeit, sich in den ersten Lebensjahren ihrer Kinder frei für deren Betreuung entscheiden zu können. Das Aussteigen aus dem Erwerbsleben bedeutet für sie nicht, den Arbeitsplatz ein für allemal verloren zu haben. Ich möchte hier einfügen, daß das nicht nur für die **Betreuung der Kinder** gilt, sondern auch für andere im Haushalt lebende pflegebedürftige Personen. Zum Beispiel kann sich eine Krankenschwester als Angestellte im öffentlichen Dienst nach dem Mutterschaftsurlaub für maximal sechs weitere Jahre zur Betreuung ihres Kindes beurlauben lassen oder sie kann Teilzeitbeschäftigung beantragen, und zwar Beurlaubung ohne Bezüge bis zu sechs Jahren und Teilzeitbeschäftigung bis zu neun Jahren. Bisher war es so, daß eine Frau, deren Mutterschaftsurlaub abgelaufen war, die aber gern ihr Kind weiter betreuen wollte, sich entlassen mußte. Sie verlor ihren Arbeitsplatz. Das soll jetzt anders werden.

Durch Gesetz vom 10. Juli 1980 wurde die **Teilzeitbeschäftigung aus arbeitsmarktbezogenen Gründen**, insbesondere für Lehrerinnen und Lehrer, eingeführt. Schleswig-Holstein war damals das erste Bundesland, das nach Inkrafttreten der rahmenrechtlichen Regelung sein Landesrecht entsprechend gestaltet hat.

Am 4. März 1980 wurde für den Landesdienst entschieden, daß **Beförderungswartezeiten** für teilzeitbeschäftigte Beamte grundsätzlich nicht verlängert werden sollen. Dasselbe gilt auch für die Dauer der Probezeit sowie für den Mutterschaftsurlaub und den Urlaub ohne Dienstbezüge, der kürzer als ein Jahr ist.

Nach der letzten Änderung der schleswig-holsteinischen Laufbahnverordnung vom 21. Mai 1981 können auch Zeiten des Mutterschaftsurlaubs ebenso wie Zeiten des Beschäftigungsverbots nach der Mutterschaftsverordnung bis zu einem Monat pro Jahr auf den **Vorbereitungsdienst** der Beamtinnen angerechnet werden.

Der Finanzminister hat durch Erlaß vom 30. Oktober 1980 sein Einverständnis erklärt, daß generell von dem durch Haushaltsrecht vorgeschriebenen **Höchstalter** für Einstellungen von Beamten in den Landesdienst abgewichen werden kann bei Personen, die aus einem Beamten/Richterverhältnis beim Land ausgeschieden sind, um sich der Kinderbetreuung widmen zu können. Diese Regelung kommt in erster Linie Frauen zugute.

(Frau Schuster)

Darüber hinaus hat mit Erlaß vom 14. September 1983 der Finanzminister empfohlen, vom **Job-sharing** mehr Gebrauch zu machen. Dafür gibt es Musterverträge. Das Angebot an Teilzeitkräften im Landesdienst konnte in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesteigert werden. Ende vergangenen Jahres betrug der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtzahl der Mitarbeiter im Landesdienst etwa 13 %. Von diesen 13 % sind wiederum 95 % Frauen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Landesregierung ist auch über ihr gegenwärtiges Frauenprogramm zur Förderung von Frauen in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein – so heißt es – hinaus stets bemüht gewesen, mit besonderen Maßnahmen zur Gleichberechtigung der Frau beizutragen.

(Beifall bei der CDU)

Durch Mutterschaft und Kinderbetreuung sollen Frauen im öffentlichen Dienst nicht benachteiligt werden. Es soll sie nicht von höherwertigen Funktionen ausschließen. Die Landesregierung wird auch weiterhin besondere Maßnahmen ergreifen, um der **besonderen Situation der Frau** Rechnung zu tragen und zur Verbesserung ihrer Beschäftigungssituation im Landesdienst beizutragen.

Meine Damen und Herren, richtig ist ja, daß Frauen im Landesdienst in höheren und leitenden Positionen nach wie vor – Sie sagten es – unterrepräsentiert sind. Diese Tatsache verschweigt die Landesregierung aber keineswegs. Im Gegenteil, im Auftrage des Kabinetts hatte die Kommission für Frauenfragen die einzelnen Ministerien um eine Bestandsaufnahme über den Anteil der Frauen in den vier Laufbahngruppen – höherer, gehobener, mittlerer und einfacher Dienst – gebeten. Die Bestandsaufnahme ergab, daß der Anteil der **Frauen im höheren Dienst** in allen Ministerien einschließlich der Staatskanzlei, jedoch ohne den gesamten nachgeordneten Bereich, lediglich 5 % beträgt. Auch im gehobenen Dienst ist der Anteil der Frauen noch viel zu gering: Er beträgt auf dieser Verwaltungsebene 14,2 %.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist sich dessen bewußt, daß bei der **Besetzung von Leitungsfunktionen** im gehobenen und höheren Dienst für Frauen ein **Nachholbedarf** besteht. Wir werden dem Rechnung tragen, indem wir jetzt bei den anstehenden Einstellungen im höheren Dienst Frauen bei gleicher Qualifikation bevorzugen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich an dieser Stelle mit allem Nachdruck betonen, daß für uns das Gleichberechtigungsprinzip nur in Verbindung mit dem **Leistungsprinzip** entscheidend für die Auswahl eines Bewerbers sein kann. Beim reinen Quotenverfahren, wie es der Antrag der SPD-Fraktion in Ziffer 2 b) impliziert, gibt es keine Chancengerechtigkeit nach dem Leistungsprinzip; denn werden die knappen Stellen nach dem **Quotenverfahren** besetzt, hat der- oder diejenige, die sich durch Leistung hervortut, aber das Kriterium der Quote nicht erfüllt, keine Chance, eingestellt zu werden. Nichts dürfte für junge Menschen wohl frustrierender sein, als erkennen zu müssen, daß Leistung und damit persönlicher Einsatz und persönliche Anstrengung keine Kriterien für die Einstellung im öffentlichen Dienst sind.

(Beifall des Abgeordneten Spaeth [CDU])

Ein reines Quotenverfahren würde aber auch bedeuten, daß wir auf Jahrzehnte hin im Haupt- und Grundschuldienst keine einzige Frau mehr einstellen könnten. Frauen sind dort nämlich mit 65 % bei weitem überrepräsentiert.

Meine Damen und Herren von der Opposition, mit der von Ihnen geforderten statischen Gleichverteilung von Frauen und Männern auf den gleichen Stufen der Hierarchie stellen Sie doch auch das Licht der Frau unter den Scheffel, wie ich finde. Frauen sind genauso qualifiziert wie Männer.

(Beifall bei der CDU)

Und hinsichtlich ihrer beruflichen Qualifikationen haben Frauen bei weitem mehr anzubieten, als heute sichtbar ist.

(Latendorf [CDU]: Das kann man wohl sagen!)

Als Beispiel möchte ich Ihnen dazu nennen, daß wir in Schleswig-Holstein 1983 bei den **Anwärtern** im mittleren und gehobenen Dienst – für den allgemeinen Verwaltungsdienst des Landes – viermal soviele Mädchen wie Jungen eingestellt haben. Damit verstärkt sich ein Trend, der sich schon Ende der siebziger Jahre abzeichnete.

Mit guten Zeugnissen, sogar größtenteils wesentlich besseren Zeugnissen als die männlichen Bewerber, streben Mädchen seit Anfang der achtziger Jahre vermehrt in die **Verwaltungsberufe**.

(Spaeth [CDU]: Das wäre nach dem Quotensystem nicht möglich gewesen!)

– Ja! – Da unsere Auswahlkriterien geschlechtsneutral sind und wir nach der Qualifikation einstellen, setzen sich auch zunehmend immer mehr Mädchen durch.

Das war natürlich keineswegs immer so. In den siebziger Jahren überwogen bei der Einstellung und Bewerbung bei weitem die männlichen Bewerber. Vor allem darauf ist zurückzuführen, daß Frauen im gehobenen und höheren Dienst wie auch in **Führungspositionen** im öffentlichen Dienst heute unterrepräsentiert sind. Aber was gestern nicht an Grundstock gelegt worden ist, kann doch heute nicht, weil es auf einmal politisch wünschenswert ist, herbeigezaubert werden.

Dennoch: Die Trendwende zugunsten der Frauen im öffentlichen Dienst hat bereits begonnen.

(Beifall bei der CDU)

1980 haben wir im allgemeinen Verwaltungsdienst doppelt soviele weibliche wie männliche Nachwuchskräfte eingestellt.

Insgesamt ist die Zahl der **weiblichen Bewerber** für den allgemeinen Verwaltungsdienst – mit recht guten Zeugnissen– um einiges höher als die der männlichen Bewerber. Die große Zahl der Bewerbungen von

(Frau Schuster)

Mädchen für den mittleren Dienst spiegelt deren weit verbreitete Neigung wider, in Büroberufe zu gehen. Aber auch für den gehobenen Dienst, für den das Abitur oder eine Fachhochschulreife Voraussetzung ist, bewerben sich inzwischen mehr Mädchen als Jungen. Es ist zu vermuten, daß Jungen nach dem Abitur eher als Mädchen zum Studium neigen. Hinzu kommt, daß für die Mädchen der Lehrerinnenberuf aufgrund des Stellenmangels heute gar keine Alternative mehr ist.

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich feststellen, daß das öffentliche Dienstrecht für Frauen keinerlei einengende oder diskriminierende Vorschriften enthält. Ganz im Gegenteil: Die von mir eingangs erwähnten Maßnahmen tragen nicht nur der besonderen Situation der Frau Rechnung, sondern eröffnen auch zunehmend dem Mann im öffentlichen Dienst die Möglichkeit, seine Pflichten in der Kinderbetreuung und in der Familie zu übernehmen.

Die Chancengleichheit der Frau im öffentlichen Dienst läßt sich für uns nicht von dem Grundsatz der **Wahlfreiheit** und der Partnerschaft trennen. Frauen und Mädchen müssen frei entscheiden können, ob sie sich ausschließlich der Aufgabe in Familie und Haushalt zuwenden oder außerdem ganz oder teilweise berufstätig sein wollen. Die individuelle Entscheidung der Frau beziehungsweise der Partner untereinander ist dabei für uns vorrangig.

Daß Frauen sich nun keineswegs nur im Beruf selbst verwirklicht sehen, wie sooft unterstellt wird, zeigt auch folgendes Beispiel aus unserer Statistik: Von den Regierungsinspektorenanwärterinnen, die in den Jahren 1971, 1972 und 1973 in den Landesdienst eingestellt worden sind, sind nach dem Stand vom November 1983 ausgeschieden oder beurlaubt: vom Jahrgang 1971 47,4 % der Frauen, vom Jahrgang 1972 62,5 % der Frauen und vom Jahrgang 1973 40 % der Frauen. Diese kurze Verweildauer der Frauen im Landesdienst bewirkt zum einen, daß die Frauen nicht in die höheren Besoldungsgruppen ihrer jeweiligen Laufbahn hineinwachsen.

Zum anderen zeigen diese Zahlen, daß der Prozentsatz der Frauen, die sich trotz qualifizierter Ausbildung für **Kinder und Familie** entscheiden, beachtlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Frauen entscheiden sich ganz bewußt für Kinder und Familie, weil sie eben nicht ausschließlich in der Berufstätigkeit Selbstverwirklichung und Erfüllung finden - ein Aspekt, der bei der SPD-Fraktion viel zusehr vernachlässigt wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluß noch etwas zu den Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein sagen. Die **Fortbildung** in Seminaren für alle Verwaltungsstufen ist grundsätzlich freiwillig, und das sollte sie auch bleiben. Die Nachfrage ist bei weitem größer als das Angebot unserer Seminare.

Etwa ein Viertel der Teilnehmer an den Fortbildungsseminaren sind Frauen. Daraus etwa zu schließen, daß Frauen für Fortbildungsseminare weniger motiviert seien, wäre ein Fehlschluß. Unsere Erfahrungen zeigen, daß Frauen genauso motiviert sind wie Männer. Der Anteil der Frauen an den Fort- und Weiterbildungsseminaren wird daher, entsprechend dem wachsenden Frauenanteil im öffentlichen Dienst, in den nächsten Jahren zunehmen.

Das heißt nicht, daß die Landesregierung nicht willens wäre, auch über neue Formen und Inhalte der Fortbildung nachzudenken. Ich gebe aber zu bedenken, daß auch die Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen von unseren Haushaltseinsparungen betroffen sind.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat bisher zur Förderung der Frauen im öffentlichen Dienst zahlreiche Maßnahmen getroffen, und sie wird weitere Maßnahmen treffen.

(Beifall bei der CDU)

Sie hat darüber hinaus ein **Frauenprogramm** zur Förderung von Frauen in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein in ihr Arbeits- und Gesetzgebungsprogramm aufgenommen. Bereits Ende des nächsten Jahres wird das Kabinett über die Frauenförderpläne beraten. Ein entsprechender Bericht kann daher dem Landtag noch vor dem 1. Januar 1986 vorgelegt werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:
Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich begrüße den Antrag der SPD, und ich begrüße auch die Argumentation von Frau Paulina-Mürl.

(Beifall bei der SPD)

Ich hoffe natürlich, daß Sie Verständnis dafür haben, wenn ich hier für meine Fraktion keine Frau in die Debatte schicken kann;

(Heiterkeit)

das läßt sich vielleicht nach 1987 oder 1991 ändern, wenn wir zwei Abgeordnete hier im Parlament haben werden. Im Augenblick haben wir das noch nicht. Wir sprechen hier ja von der Gleichberechtigung, nicht nur von der Gleichberechtigung der Frau.

(Aniol [CDU]: Dann zieh doch einen Schottenrock an, Karl-Otto!)

Ich freue mich, daß Frau Kollegin Schuster so stark unterstrichen hat, wie groß die Einigkeit zwischen CDU und SPD in diesem Punkt ist. Da brauchte der SSW-Vertreter eigentlich gar nicht mehr zu reden.

(Frau Schuster [CDU]: Und Landesregierung!)

- Ja, ja, CDU und Landesregierung! Das ist ja so ungefähr dasselbe.

(Heiterkeit bei der SPD)

(Meyer)

Ich freue mich besonders, daß unter Absatz 1 dieses Antrags steht, daß Frauen beziehungsweise Männer künftig in jenen Berufsbereichen verstärkt berücksichtigt werden sollen, in denen sie bisher **unterrepräsentiert** sind, daß Sie also die Männer mit einbezogen haben. Ich empfinde das wirklich als ein Kompliment, daß Sie erkannt haben, daß auch hierin ein Problem liegen kann.

Das nächte, was ich kurz anmerken möchte, bezieht sich auf Absatz 2 Buchstabe a, wo es heißt:

> „Bei Neueinstellung sind weibliche Bewerber ... so zu berücksichtigen, daß die Überrepräsentation von Männern abgebaut wird."

Darin sind wir uns einig. Wir müssen uns nur darüber im klaren sein, daß wir bei **Neueinstellungen** oft folgendes erleben: Es gibt drei weibliche Bewerber und 15 männliche, und 10 neue Stellen sind beispielsweise zu vergeben. In einer solchen Situation wird es natürlich schwierig, die Überrepräsentation der Männer abzubauen. Mit anderen Worten: Wir müssen dafür sorgen, daß sich die Frauen bewerben.

Dies ließe sich möglicherweise bedeutend leichter durchführen, wenn wir endlich einmal dazu kämen – und das soll mein spezieller Beitrag sein –, die Arbeit, die eine Person im Haushalt und mit der Kindererziehung übernimmt, ob es die Frau oder der Mann ist, als gleichwertig mit einer Arbeit im öffentlichen Dienst oder im privaten Gewerbe anzuerkennen. In dem Augenblick, in dem wir diese Arbeit als gleichwertig ansehen – die **Arbeit im Haushalt** und die **Kindererziehung** –, kämen wir nach meiner Meinung bedeutend schneller voran, denn bei diesen sich wiederholenden, aber notwendigen Anträgen zur Beschäftigung im öffentlichen Dienst oder in der privaten Wirtschaft vergessen wir zu oft, daß die Arbeit im Haushalt und bei der Kindererziehung – einerlei, ob die Frau sie ausübt oder der Mann – ebenso wichtig für die Gesellschaft sein muß wie eine Arbeit im öffentlichen Dienst oder in der Privatwirtschaft. Wenn wir dann endlich die soziale Absicherung für diejenigen Personen bekommen, die diese Arbeit im Haushalt und bei der Kindererziehung ausüben, dann können wir unser Ziel sicherlich viel schneller erreichen. Aber dazu benötigen wir noch etliche Veränderungen in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Ich erteile jetzt der Frau Abgeordneten Heiser das Wort.

Frau Heiser [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Mit dem Antrag der SPD-Fraktion zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein liegt unserem Parlament nun bereits ein dritter Antrag in dieser Richtung – grob gesagt, ein dritter **Gleichstellungsantrag** – vor. Ich gehe davon aus, daß dieser Serie von Anträgen noch einige weitere folgen werden, denn die SPD-Frauen haben ja vor einiger Zeit – nach meiner Erinnerung vor einem Jahr oder vor zwei Jahren – ein ganz umfassendes Gleichstellungsprogramm erarbeitet. Ich nehme an, daß sie das nur deshalb getan haben, um in den folgenden Jahren parlamentarischen Honig daraus zu saugen.

Frau Mürl, Sie haben der Begründung Ihres Antrags die Zeichnung eines ganz düsteren Bildes vorausgeschickt. Ich beziehe mich jetzt auf Ihre Schilderung des Essens beim Landtagspräsidenten. Ich meine, daß eigentlich nur die Herren, die nicht die Freude hatten, Sie zu Tisch zu führen –, nicht gleichberechtigt waren,

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

sie waren nämlich ihren Kollegen gegenüber nicht gleichberechtigt, die diese Freude hatten. – Das ist jetzt nur spaßhaft gemeint gewesen.

Der Antrag „Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein" könnte eigentlich von der Überschrift her unsere volle Zustimmung finden, wenn Sie, Frau Mürl, oder Ihre Fraktion nicht von völlig falschen Voraussetzungen ausgegangen wären. Frau Schuster hat hier eine Fülle von Zahlen genannt; ich will diese Zahlen nicht wiederholen. Ich hoffe, daß Sie wirklich von falschen Voraussetzungen ausgegangen sind und nicht wissentlich falsche Voraussetzungen geschildert haben, um etwa Ihr Gleichstellungsprogramm permanent im Parlament am Kochen zu halten. Wenn man diesen Antrag nämlich liest, muß man der Überzeugung sein, daß die Frauen im öffentlichen Dienst des Landes Schleswig-Holstein total unterrepräsentiert und benachteiligt seien. Frau Schuster hat hier ganz andere Zahlen und Fakten genannt.

(Frau Paulina-Mürl [SPD]: In den Führungspositionen sind sie es!)

– Okay, darauf komme ich zurück; Ihr Antrag läßt jedoch ein ganz anderes Bild entstehen.

Ihre erste Forderung geht dahin, daß die Landesregierung mit **besonderen Maßnahmen** zur Gleichstellung der Frau beitragen solle, und zwar dadurch,

> „daß Frauen bzw. Männer künftig in den Berufsbereichen verstärkt berücksichtigt werden, in denen sie bisher unterrepräsentiert waren."

Sie haben dazu Ausführungen gemacht. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß wir davon ausgehen, daß in erster Linie die **berufliche Qualifikation** ausschlaggebend sein muß und eben nicht nur die uns selbstverständlich angeborene.

Ferner fordern Sie,

> „daß Frauen motiviert und unterstützt werden, sich künftig in größerem Umfang um **höherwertige Funktionen** zu bewerben und diese wahrzunehmen."

Dieser Forderung kann ich nur in begrenztem Umfang zustimmen, denn ausgehend davon, daß einige Frauen von vornherein keinen beruflichen Aufstieg anstreben, weil sie sich eben in der Familie verwirklichen und sich auch der Familie widmen wollen,

(Frau Heiser)

meine ich, daß die Frauen, die voll im Erwerbsleben stehen, dann auch selbstbewußt genug sein dürften, höherwertige Funktionen anzustreben und diese, falls sie sie erreicht haben, auch wahrzunehmen.

Für mich steht hier ganz eindeutig die Möglichkeit der **freien Entscheidung** im Vordergrund und nicht etwa eine statistische Gleichverteilung von Frauen und Männern.

(Beifall bei der CDU)

Im zweiten Absatz Ihres Antrages fordern Sie, Frau Paulina-Mürl, die Aufstellung von Frauenförderplänen, „die alle relevanten Daten über Stellenverteilung, Einstellungen, Beförderungen, Weiterbildungsmaßnahmen und Besoldung enthalten" sollen. Diese Forderung nach einem **Frauenförderplan** enthält, wie ich meine, einen versteckten Vorwurf an Betriebs- und Personalräte, die danach ihre Verpflichtungen bisher nicht wahrgenommen haben. In dieser Form würde ich Frauenförderpläne ablehnen, weil ich meine, daß es unrealistisch ist, Pläne mit den Kriterien aufzustellen, die Sie hier genannt haben, Kriterien, die nur statisch sind. Ich meine, daß Dinge wie Weiterbildung, Besoldung, Beförderung und ähnliches ständig im Fluß sind und nicht in Plänen festgehalten werden können, um danach Frauen irgendwo hineinzuschieben, wo tatsächlich gerade einmal Vakanzen bestehen.

(Beifall bei der CDU)

Auch Ihre Forderung, daß bei der Besetzung von **höherwertigen Stellen** Frauen so zu berücksichtigen sind, daß sie in allen Besoldungs-, Vergütungs- beziehungsweise Lohngruppen entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Laufbahngruppe vertreten sein sollen, würde bedeuten – Sie haben auch darauf hingewiesen –, daß wir zu einer **Quotierung** kämen, die eben wenig Rücksicht auf das Verhältnis Bewerberin-Qualifikation – Bewerber-Qualifikation nähme. Ich meine, daß eine Quotierung – wir würden sie sowieso ablehnen – gar nicht notwendig ist, da der Nachholbedarf im Laufe der Zeit hier im Lande immer geringer geworden ist. Im Bereich der Allgemeinen Verwaltung werden im mittleren und im gehobenen Dienst seit Jahren wesentlich mehr Bewerberinnen als Bewerber eingestellt.

Ihre Forderung läuft eigentlich darauf hinaus, auch weniger qualifizierte Frauen den männlichen Mitbewerbern gegenüber zu bevorzugen. Das, meine ich, sollten wir ablehnen, weil auch hier das **Leistungsprinzip** neben dem Gleichberechtigungsprinzip gelten sollte.

(Beifall bei der CDU)

Frau Schuster hat auf Auswirkungen hingewiesen; wir dürfen dann zum Beispiel einige Jahre lang nur Lehrer im Grund- und Hauptschulbereich einstellen. Wir können das Bild weiter ausmalen und sagen, wir müssen dafür sorgen, durch Motivierung von Frauen über Jahre hinaus vielleicht nur Straßenwärterinnen einzustellen, um auch hier die Überrepräsentation von Männern abzubauen.

(Marschner [SPD]: Das sind auch Aufstiegspositionen!)

Dem Punkt 2 b) des Antrages, der aussagt, daß bei der Besetzung von **höherwertigen Stellen** Frauen so zu berücksichtigen seien, daß sie in allen Besoldungs-, und Vergütungs- beziehungsweise Lohngruppen entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Laufbahngruppe vertreten sind, könnte ich zustimmen, wenn Sie auch hier auf die Qualifikation beziehungsweise auf den **Leistungsgrundsatz** verwiesen hätten. Wir wissen doch beide, daß gerade die Unterbrechung der beruflichen Tätigkeit wegen familiärer Aufgaben von vornherein zu einer Verringerung der Aufstiegschancen führt. Traurig, aber logisch.

Was Fortbildungsmaßnahmen später bewirken können, darauf komme ich noch. Wir wissen, daß das Erwerbsleben von Frauen normalerweise in den Berufsjahren unterbrochen wird, wo ein **beruflicher Aufstieg** am allerehesten möglich ist. Deswegen auch mein ganz spezieller Hinweis auf die Qualifikation.

Zu dem Punkt 2 c) Ihres Antrages, in die Weiter- und **Fortbildungsmaßnahmen** ... das Thema „Gleichstellung der Frau" einzubeziehen, habe ich mir vor Ihrem Beitrag nicht allzu viel vorstellen können. Nun habe ich es begriffen. Ich kann diesem Schaubild, das Sie in dieser Beziehung gezeichnet haben, nicht folgen. Mir klang das alles recht ideologisch. Auf diesem Parkett bewege ich mich nicht ganz so gut wie Sie.

Die Weiter- und Fortbildungsmaßnahmen sind so zu gestalten – haben Sie hier ausgeführt –, daß Frauen verstärkt zur Teilnahme motiviert werden. Sie sind der Meinung, daß **Motivation** von Nöten ist. Okay, wenn es denn sein soll. Aber schließlich soll dieses Fortbildungsangebot ein Angebot an alle Mitarbeiter sein. Ich gehe davon aus, daß Frauen auch hier ihr eigenes Interesse entwickeln müssen.

(Beifall bei der CDU – Frau Paulina-Mürl [SPD]: Die CDU sagt ihnen dann, was ihr eigenes Interesse ist!)

– Ja, vielleicht meinen Sie ja, daß wir zu einem gleichstellenden Sonderfortbildungsprogramm für Frauen im öffentlichen Dienst kommen sollten. Ich würde diese Ihre Auffassung dann nicht teilen.

Daß beurlaubte Mitarbeiter an Fortbildungsmaßnahmen teilnehmen können, halte ich für richtig. Nur appelliere ich auch da wieder an die eigene Initiative der beurlaubten Mitarbeiter. Sofern ihnen der Zutritt zu Fortbildungsprogrammen möglich ist, okay. Aber diese über Jahre hinweg noch zu motivieren, an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen, halte ich nicht für notwendig.

Ich will diesen Punkt Fortbildungsmaßnahmen noch einiges hinzufügen, da ich die berufliche Fortbildung gerade für berufstätige oder im Erwerbsleben stehende Frauen für ganz besonders wichtig halte. Diese **berufliche Fortbildung** ist häufig erst die Voraussetzung für Aufstiegsmöglichkeiten und berufliche Aner-

(Frau Heiser)

kennung. Jede Frau, die durch eigene Leistung und unter manchmal noch erschwerten Bedingungen beruflich aufsteigt und sich in der Konkurrenz mit den männlichen Kollegen bewährt, baut Vorurteile ab und verbessert damit auch die Chance anderer Frauen.

Somit erhält Weiterbildung für Frauen eine zusätzliche Bedeutung. Sichtbare Erfolge tragen nämlich wesentlich mehr bei zu einer echten **Gleichstellung** als Gesetze, Regeln oder solche Anträge. Denn eine anerkannte und selbstverständliche Gleichberechtigung in Beruf und Gesellschaft geht über eine rechtliche Gleichberechtigung weit hinaus.

Ich wies eingangs darauf hin, daß bei der Erstellung dieses Antrages von falschen Annahmen ausgegangen worden sei, denn die beamten- und **tarifrechtlichen Bestimmungen** - Frau Schuster hat auch hierauf eindeutig hingewiesen - des öffentlichen Dienstes gelten für alle Mitarbeiter des Landes Schleswig-Holstein gleichermaßen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Bereiche wie für Einstellung, Anstellung, Beurteilung, Beförderung, Aus- und Fortbildung, Arbeitszeit, Arbeitseinsatz, Laufbahn und Besoldungsrecht. Grundsätzlich stehen also sämtliche Arbeits- und Ausbilungsverhältnisse sowohl Männern als auch Frauen offen. Dies gilt auch für die Bereiche des technischen Dienstes zum Beispiel im Straßenbau, in der Eich- und in der Vermessungsverwaltung.

Ich will hier alle die Zahlen, die Frau Schuster genannt hat, nicht wiederholen. In der Regierungserklärung vom 10. Mai 1983 unterstrich der Ministerpräsident den beachtlichen Anteil von 43 % Frauen im öffentlichen Dienst. Er wies aber zugleich darauf hin, daß bislang zu wenig Frauen in höheren oder **leitenden Positionen** seien. Eine Änderung sagte er zu.

Das **Hineinwachsen** von Frauen **in Führungspositionen** begegnet immer noch Vorurteilen sowohl bei Männern als auch bei den Frauen selbst. Es wird also wichtig sein, solche **Vorurteile** abzubauen und diejenigen Frauen, die die fachlichen und persönlichen Voraussetzungen mitbringen und bereit sind, Führungspositionen zu übernehmen, in die Personalförderung einzubeziehen.

(Beifall bei der CDU)

Dieses - ich betone es noch einmal - hat der Ministerpräsident zugesagt. Ich glaube, daß diese Zusage einzuhalten erleichtert werden wird - ich hoffe es jedenfalls - durch gut ausgebildete Frauen selbst, die sich in zunehmendem Maße mit gesteigertem Selbstbewußtsein und mit Durchsetzungswillen neben der Familie auch in anderen Bereichen der Gesellschaft - also auch im Erwerbsleben und in bisher traditionell Männern vorbehaltenen Funktionen und Positionen - bewähren und durchsetzen wollen.

Auf diesem Wege geraten sie sicherlich in früher nie gekannte Konflikte und Schwierigkeiten. Diese **Schwierigkeiten** werden den Frauen nicht voller Absicht bereitet. Die Ursachen sind darin zu suchen, daß traditionell bestimmtes und teilweise auch patriarchalisch ausgerichtetes Bewußtsein vorzufinden ist, und daß es langjährige bewährte Gewohnheiten und Betriebsabläufe gibt, in denen Frauen bisher keine größere Rolle spielten. Es wird auch bei aller Forderung und Förderung von Frauen noch Jahre dauern, bis das notwendige Umdenken bei Männern und Frauen erreicht ist, bis alle Probleme, die sich Frauen stellen, gelöst sein werden. Aber bei alledem, meine Damen und Herren, dürfen wir nicht verkennen, daß die Probleme und Schwierigkeiten, die sich den Frauen stellen, auch die Lebensbereiche der Männer berühren werden. Wir sind also aufgefordert, gemeinsam diese Schweirigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Ich beantrage Überweisung des Antrages an den Innen- und Rechtsausschuß und hoffe, daß wir dort gemeinsam über die weitere Behandlung des Antrages sprechen können.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zahn.

(Zuruf von der CDU: Rock anziehen! - Zuruf von der SPD: Endlich ein Mann!)

Zahn [SPD]:

Herr Päsident! Meine Damen und Herren! In meiner Fraktion hat man die Frage der **Gleichstellung** begriffen, indem man ohne weiteres auch einen Mann zu diesem Thema sprechen lassen kann.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit - Aniol [CDU]: Frau Paulina-Mürl gestattet es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Blick auf die Regierungsbank stimmt mich allerdings nachdenklich; ich bedauere, daß nur die Sozialministerin allein dieses Thema verfolgt, das ja für die ganze Landesregierung von Interesse sein sollte. Ich hätte mir gewünscht, daß zumindest der zuständige Innenminister anwesend wäre.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man den Worten der verehrten Abgeordneten Frau Schuster und Frau Heiser Glauben schenken soll, gibt es keine Probleme der **Diskriminierung** im öffentlichen Dienst.

Lassen Sie mich demgegenüber aus Erhebungen der ÖTV einige Fälle bringen, die geradezu gravierende Gegenbeispiele darstellen. Da gibt es die Bewerbung einer Frau bei einer Landesversicherungsanstalt für die Datenverarbeitungsstelle. Die Bewerbung wird abgelehnt, und zu ihrem Erstaunen erklärt ihr der Vorgesetzte mit belustigtem Gesicht, das hängt mit der moralischen Sicherheit während des Schichtdienstes zusammen.

Da gibt es ein Schreiben eines evangelischen Pfarramtes als Antwort auf eine Bewerbung als Kindererzieherin in einer Kindertagesstätte mit folgendem Text: Wir möchten nur solche Erzieherinnen einstellen, die sich durch ihre Arbeit ihren Lebensunterhalt allein verdienen müssen, und wir möchten in dem Anstellungsvertrag eine Bestimmung verankern, daß bei Verheiratung eine Kündigung dann erfolgt, wenn das

(Zahn)

Gehalt der Erzieherin nicht zum alleinigen Unterhalt der Eheleute dienen muß.

(Zuruf von der SPD: Sehr christlich!)

– Dies ist nicht nur unchristlich, sondern schon sittenwidrig!

(Beifall bei der SPD)

Ein letztes Beispiel in diesem Rahmen! Eine Frau bewirbt sich in diesem unserem Lande als Standesbeamtin bei einer Kommune und erhält nach mehreren Wochen vergeblichen Wartens die Antwort, ein Mann, der zwar nicht so qualifiziert sei, weil er noch einige Ausbildungslehrgänge absolvieren müsse – das ist dort so üblich –, werde vorgezogen, weil Männer würdevoller erscheinen.

(Frau Schuster [CDU]: Das ist etwas für die Frauenkommission! Kann ich das bekommen?)

– Das können Sie gern bekommen, Frau Schuster. Ich werde Ihnen dann auch noch detailliert sagen, wo das war.

(Böge [CDU]: Haben Sie vielleicht auch Beispiele aus der Neuen Heimat?)

Das sind doch Beispiele dafür, daß Diskriminierung der Frauen im öffentlichen Dienst stattfindet.

(Beifall bei der SPD – Frau Schuster [CDU]: Wenn das stimmt, ist das richtig!)

Ich will das gern mit weiteren Zahlen belegen und hoffe, Sie dabei nicht zu langweilen. Im höheren Dienst haben wir insgesamt bei den Beamten in A 13-, A 14- und A 15-Stellen 4,2 % Frauen, beziehungsweise 3,9 % und 0,7 %. Im gehobenen Dienst bei A 9 sind es 25,4 % Frauenanteil und bei A 13 sind es nur 1,4 %.

Im mittleren Dienst gibt es bei A 6 einen Frauenanteil von 23,5 % – da steigt es gewaltig – und wenn man den einfachen Dienst nimmt, dann kommen bei A 1 und A 2 Prozentsätze von 16,7 und 15,6 % heraus. Da sind die Frauen in der Tat recht gut vertreten.

(Aniol [CDU]: Bei A 13 werden sie weggeheiratet!)

Bei den Angestellten ist es nicht viel anders. In den Gruppen II b und II a sind es 5,5 % Frauenanteil, bei der Besoldungsgruppe V b sind es 32,3 %, und dort, wo die meisten Frauen angesiedelt sind, nämlich im Schreibdienst und als Stenotypistinnen in der Vergütungsgruppe BAT VIII, sind es 74,4 %.

Das ist dann das Motto: Frauen erobern den öffentlichen Dienst, aber nicht die guten Posten!

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD)

Es ist gerade von Ihnen, sehr verehrte Frau Schuster, wiederum gesagt worden, daß es schon lange Anliegen der Landesregierung sei,

(Frau Schuster [CDU]: Ja!)

insbesondere in ihrem Bereich den Frauen in den gehobenen Stellungen, in den **Führungspositionen** und in den höheren Sachbearbeiterstellen eine bessere Chance zu geben.

Wir wollen das jetzt einmal nachprüfen. Nach unseren Informationen sind im Landesrechnungshof – ich will ihn natürlich jetzt nicht zur Regierung zählen – 39 Männer und keine Frau, beim Ministerpräsidenten sind es 34 Männer und keine Frau, beim Innenminister sind es 100 Männer und 3 Frauen und beim Justizminister 40 Männer und keine Frau.

(Wiesen [SPD]: Das sind allerdings erstaunliche Zahlen! – Frau Schuster [CDU]: Die Zahlen sind überholt, ich habe viel neuere!)

– Nein, nein, die Zahlen sind jüngste Zahlen, liebe Frau Schuster, da nützt kein Protest. Für um so besser hielte ich es, wenn die Herren Minister sich das angehört hätten.

(Beifall bei der SPD)

Im Sozialministerium sind 78 Männer in führenden Positionen und 6 Frauen. Immerhin 6 Frauen, das ist anerkennenswert.

(Kribben [CDU]: Inzwischen sind es 7!)

Was wir mit diesem Antrag wollen, ist nicht das, was Sie hier immer beschreiben. Es geht darum, trotz gleicher und höherwertiger beruflicher und schulischer Bildung und Qualifikation die Frauen nicht einfach nur in Hilfs- und Zuarbeiterfunktionen zu drängen, sondern wie die Männer auch in führende Sachbearbeiter- und **Leitungsaufgaben** hineinzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht darum, zu diskutieren, wieviel Frauen in den öffentlichen Dienst eingestellt werden; wir hoffen, daß es mehr werden. Es geht auch nicht darum, daß es schon in der Ausbildung Ungleichbehandlungen gebe – in der Ausbildung ist noch alles gleich –, sondern es geht darum, Frau Schuster, daß die Frauen anschließend im weiteren Leben auch ihre Chance bekommen,

(Frau Schuster [CDU]: Genau! Da sind wir uns einig!)

daß sie mehr **Führungspositionen** bekommen. Das ist in Schleswig-Holstein eben nicht der Fall.

(Beifall bei der SPD – Frau Schuster [CDU]: Nein!)

Die Kollegin Paulina-Mürl hat einen ganz wesentlichen Punkt nicht angesprochen, den ich nun aus meiner Sicht darlegen möchte. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß bei den Männern die Ableistung des **Wehrdienstes** als gesellschaftlich notwendig angesehen wird. Das wird selbstverständlich auch aus unserer Sicht akzeptiert. Für die berufliche Laufbahn kann das sogar dienlich sein. Dagegen ist für viele Betriebe und Dienststellen die **Schwangerschaft** ein Risiko, das sie davon abhält, Frauen überhaupt einzu-

(Zahn)

stellen oder sie für qualifizierte Tätigkeiten auszubilden.

(Hamer [SPD]: Und dann reden die von Familie und Mutterschaft!)

Hier ist doch ein entscheidender Punkt der **Ungleichbehandlung**. Wir meinen, daß wir den Frauen in Zukunft eine andere Chance geben müssen, auch aus einer Teilzeitbeschäftigung heraus oder nach dem Mutterschaftsurlaub noch die gleichen Möglichkeiten zu haben, ihre berufliche Karriere weiter aufzubauen. Darauf wird es in Zukunft ankommen müssen.

(Beifall bei der SPD – Frau Schuster [CDU]: Sie bekommen doch die Hilfestellung wieder! Das habe ich doch dargelegt!)

Wir sollten beispielsweise Schluß machen mit der Sackgassenausbildung für Bürogehilfinnen und Stenotypistinnen auch im öffentlichen Dienst. Statt dessen sollten wir eine Ausbildung von **Verwaltungsfachangestellten** im öffentlichen Dienst fördern, die die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten haben wie ihre männlichen Kollegen.

In diesem Zusammenhang greife ich auf, was in Hamburg geschieht. Dort wird ein **Richtlinienprogramm** beraten, das die Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst in der Freien und Hansestadt **Hamburg** zum Inhalt hat. Nehmen Sie doch bitte einmal zur Kenntnis, was in diesem Programm im einzelnen gefordert wird. Der wichtigste Punkt – das enthält auch unser Programm – ist die Besetzung von **höherwertigen Stellen** mit Frauen bei gleicher Qualifikation. Und zwar sind sie zu berücksichtigen, daß sie in allen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Funktionsgruppe vertreten sind. Das trifft beispielsweise auf den Bereich der Lehrer schon zu, wo der Anteil an Frauen bereits im höchsten Maße gegeben ist. Wir wollen einen gleichen Level in den anderen Bereichen erreichen. Das ist unser Ziel, und das sollten wir auch bei der Neueinstellung von weiblichen Bewerbern bei gleicher Qualifikation berücksichtigen. Dies ist sowohl von Ihnen, Frau Schuster, als auch von Frau Heiser permanent nicht bedacht worden.

(Frau Schuster [CDU]: Wir wollen keinen Proporz!)

Interessant war der Hinweis auf die Personalräte. Ausgerechnet in Schleswig-Holstein soll die Macht der **Personalräte** bei dem Personalvertretungsgesetz so groß gewesen sein, daß sie in der Vergangenheit entscheidend darauf hätten Einfluß nehmen können, ob mehr Frauen in den höheren und gehobenen Dienst kommen. Das wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich kann aus der Sicht jemandens, der im öffentlichen Dienst und in einer Gewerkschaft tätig war beziehungsweise ist, nur bestätigen, daß es notwendig ist, mit diesem Antrag der SPD-Fraktion endlich neue Wege zu gehen, die auch tatsächlich Früchte bringen. Sie dürfen nicht nur zu Lippenbekenntnissen führen oder eine Aufzählung von Rahmengesetzen bringen, die ohnehin zu beachten sind.

(Beifall bei der SPD)

Ich beantrage daher, ähnlich wie es meine Vorrednerin schon getan hat, die Überweisung des Antrages an den Innen- und Rechtsausschuß.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Zimmermann.

(Frau Schuster [CDU]: Noch ein Mann! – Heiterkeit)

Zimmermann [CDU]:

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

Herr Kollege Zahn, ich glaube, daß Ihr Name noch nicht in die Liste der Wortmeldungen stand, als ich meine Wortmeldung abgab.

Da fällt mir auch gleich etwas anderes ein: Wenn Sie das Beispiel der abgelehnten Standesbeamtin anführten, so ist das, finde ich, schlimm; aber es darf nicht der Eindruck entstehen, als sei das repräsentativ. Ich kenne seit Jahr und Tag in Norderstedt nur eine Dame, eine Mitarbeiterin als Standesbeamtin.

Meine Damen und Herren, die meisten von uns waren doch wohl im Saal, als die Kolleginnen Schuster und Heiser zu diesem Antrag sprachen. Und denen, die zugehört haben, kann nicht entgangen sein, daß es bei diesem Thema, über das wir sprechen, Probleme gibt und gegeben hat, daß aber die **Landesregierung** – sie wird in diesem Antrag primär gefordert – auf gutem Wege ist, den Forderungen des Grundgesetzes Rechnung zu tragen.

(Beifall bei der CDU)

Wir geben nur unterschiedliche Antworten auf die Frage: Auf welchem Wege kommen wir dorthin? Das ist auch das Thema der Diskussion zu diesem Antrag.

Die Kollegin Paulina-Mürl weiß – wir hatten gestern aus anderem Anlaß Gelegenheit, darüber zu sprechen –, daß ich nicht die Absicht hatte, mich hier zu Wort zu melden. Aber nachdem sie in der Begründung in einem oder anderthalb oder vielleicht zwei Sätzen so tat, als sei diese Frage unter rein rechtlichen Gesichtspunkten gar nicht problembehaftet, fühle ich mich doch verpflichtet, einige Anmerkungen zu den beamten-, verfassungs- und **dienstrechtlichen Problemen** zu machen.

Dienstrechtlich relevant sind insbesondere die Nummern 2 a und 2 b des SPD-Antrags. In der Nummer 2 a wird gefordert – ich bin auf den vorliegenden Text angewiesen –, daß bei Neueinstellungen weibliche Bewerber bei gleicher Qualifikation – ich wiederhole: bei gleicher Qualifikation – wie ihre männlichen Mitbewerber in allen Besoldungs-, Vergütungs-

(Zimmermann)

und Lohngruppen so zu berücksichtigen sind, daß die **Überrepräsentation** von Männern abgebaut wird. In der Nummer 2 b wird gefordert, bei der Besetzung von **höherwertigen Stellen** Frauen so zu berücksichtigen, daß sie in allen Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen entsprechend ihrem Anteil an der jeweiligen Laufbahngruppe vertreten sind.

Nach meinem Konzept hätte ich jetzt eigentlich spekulieren müssen. Aber der Kollege Zahn hat mich vorweg bestätigt: Wir hatten den Eindruck – er ist bestätigt worden –, daß diese **Hamburger Richtlinie** Pate gestanden hat. Ich meine die Richtlinie zur Förderung von Frauen im öffentlichen Dienst der Freien und Hansestadt Hamburg. Wenn ich das recht in Erinnerung habe, geben die Nummern 8 und 9 in diesem Sinne etwas her.

Aber, meine Damen und Herren, eine Textanalyse wird beweisen, daß es da einen gravierenden und für uns entscheidenden Unterschied gibt. Die Richtlinie von Hamburg sieht nämlich vor, daß auch bei Beförderungen Frauen nur dann bevorzugt berücksichtigt werden sollen, wenn sie gleich geeignet sind. Das fehlt bei Ihnen, Frau Paulina-Mürl, in Ihrer Forderung nach 2 b. Das ist der Unterschied zu der Hamburger Richtlinie. Wenn Sie das auch so hineingeschrieben hätten, könnte ich diese Bedenken nicht vortragen.

Nach § 10 des Landesbeamtengesetzes ist in Übereinstimmung mit § 7 des Beamtenrechtsrahmengesetzes die Auslese der Bewerber nach Eignung, Befähigung und **fachlicher Leistung** ohne Rücksicht auf Geschlecht, Abstammung, Rasse, Glaube, religiöse oder politische Anschauung, Herkunft oder Beziehung vorzunehmen. Diese Vorschrift gilt sowohl für Einstellungen wie auch für Beförderungen. Durch das Gebot, die Auswahl ohne Rücksicht auf das Geschlecht vorzunehmen, wird die Vorschrift des Artikels 33 Abs. 2 des **Grundgesetzes**, nach der jeder Deutsche nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt hat, unter Berücksichtigung des Gleichberechtigungsgrundsatzes exakt konkretisiert. Weder Frauen noch Männer dürfen somit aufgrund ihres Geschlechts bei der Auswahl bevorzugt werden. Dies gilt nur dann nicht, wenn gerade die Geschlechtszugehörigkeit eines Bewerbers ein besonderes Eignungsmerkmal ist – zum Beispiel bei den Vollzugsbestimmungen. Aber der in den von mir eben noch einmal angeführten Vorschriften zum Ausdruck kommende Leistungsgrundsatz ist der oberste Grundsatz für die Personalauswahl bei Einstellungen wie auch bei Beförderungen.

Freie Stellen dürfen grundsätzlich nur mit dem am besten Geeigneten besetzt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat das vielfach so entschieden. Der **Leistungsgrundsatz** ist ein hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums und steht unter dem Schutz des Grundgesetzes. Und mit diesem Grundsatz von vornherein nicht zu vereinbaren wäre also Ihr Antrag zu Nummer 2 b. Ohne das noch einmal wiederholen zu wollen, halte ich diesen Text zu 2 b und seine Begründung schlichtweg für verfassungswidrig.

Das Problem reduziert sich auf die Frage, ob Frauen bei gleicher Eignung – das steht in 2 a – solange bevorzugt behandelt werden dürfen, bis die Überrepräsentation von Männern im öffentlichen Dienst abgebaut ist. Das ist die berühmte Diskussion um die **Quotenregelung**. Der Begriff ist hier schon mehrfach zitiert worden. Da gibt es in der Tat unterschiedliche Auffassungen. Im Schrifttum finden Sie Anmerkungen, die die Regelung für machbar halten – aber auch verfassungs- und beamtenrechtliche Bedenken. Solche kommen auch, Frau Paulina-Mürl, aus dem in Hamburg für den öffentlichen Dienst zuständigen Senatsamt; ich könnte einen Mitarbeiter zitieren.

Nun hat es im Bundestag eine **Enquete-Kommission** gegeben, die sich mit all diesen Fragen unter dem Thema „Frau und Gesellschaft" beschäftigt hat. Da hat die Diskussion um die Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit von Quotenregelungen einen breiten Raum eingenommen; und zwar sowohl – Sie haben das sicher nachgelesen – in den öffentlichen Anhörungen wie im Ergebnis, das heißt im Bericht dieser Kommission, wo sich das niederschlägt. Herr Präsident, ich darf einmal ausnahmsweise einiges zum Abschluß zitieren, um zu dokumentieren, daß das, was ich für die CDU-Fraktion zu diesem Thema vortrage, so gar nicht aus der Luft geholt ist, sondern sich sehr viele Kompetentere mit diesen Fragen in den vergangenen Jahren in langen Diskussionen beschäftigt haben. Die Kommission sagt:

> „Für die Vergabe von Ausbildungsplätzen hält eine Mehrheit Quotierungsvorschriften für notwendig und zulässig, um Benachteiligungen entgegenzuwirken."

Aber es heißt dann auch weiter in dem Bericht:

> „Eine Minderheit stimmt zwar mit dieser Zielsetzung überein, hält aber Quotierungen auch in diesem Bereich für verfassungsrechtlich bedenklich."

Ich will das nicht weiter ausführen. Das ist also nachzulesen auch und gerade in den Äußerungen von Fachleuten bei den Anhörungen.

Um zum Schluß zu kommen und eine vorletzte Bemerkung zu machen, fahre ich in dem Zitat fort:

> „Für eine Quotierung ist in dieser Kommission geltend gemacht worden, daß sie nicht eine Bevorzugung, sondern nur einen Ausgleich vorgängiger Benachteiligungen darstelle."

Aber ich zitiere auch die Argumente gegen eine Quotierung, die so lauten, „daß dies im Einzelfall zu einer Begünstigung oder Benachteiligung allein wegen des Geschlechts führen würde und deshalb dem Gleichberechtigungsgrundsatz widerspreche. Darüber hinaus verbietet das Grundrecht der **freien Entfaltung der Persönlichkeit** dem Staat eine Ordnungspolitik, die darauf zielt, wie und in welcher Richtung man seine Persönlichkeit zu entfalten habe".

Wie immer man diese beiden Positionen wertet, das Ergebnis ist, daß die Kommission – ich kann mir vorstellen, aus welchen Erwägungen – übereinstimmend der Auffassung war, daß, wenn auch aus unter-

(Zimmermann)

schiedlichen Gründen, generelle **Quotierungsvorschriften** für die Vergabe von Arbeitsplätzen nicht zu empfehlen seien. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Eine abschließende Bemerkung: Wir werden im Innen- und Rechtsausschuß darüber sprechen. Dort werde ich auch fragen – und Sie können sich schon eine Antwort überlegen –: Wie wollen Sie es in Zukunft mit den **Personalräten** halten, die hier ganz bestimmte und nicht erst seit vorgestern, Kollege Zahn, Rechte auch im schleswig-holsteinischen Personalvertretungsgesetz haben? Ich will einmal in der nächsten Personalausschußsitzung am kommenden Montag in unserer Stadt – ich bin der Vorsitzende des Personalausschusses – die ständig anwesenden Vertreter des Personalrats fragen. Ich kann mir heute schon vorstellen, daß dort protestiert wird, und zwar sowohl von den Damen als auch von den Herren, die dem Personalrat angehören.

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Paulina-Mürl.

Frau Paulina-Mürl [SPD]:

Meine Damen und Herren, es ist ein bißchen wie heute vormittag, ich fühle mich wie im Wald. „Wir sind bemüht gewesen", hat Frau Schuster gesagt, „wir haben besondere Maßnahmen ergriffen". Schauen wir uns an, wo die **Effekte** nach 33 Jahren sind! Die Zahlen haben Sie von Herrn Zahn gehört. Danach müssen wir feststellen: Außer der Zielvorgabe und – wie Herr Zimmermann sagt – der richtigen Diskussion, wie der Weg dahin sei, ist zu konstatieren, daß die gewünschten Effekte trotz der gesamten Bemühungen und Maßnahmen, die ja unbestritten stattgefunden haben, nicht zustande gekommen sind.

(Frau Schuster [CDU]: Das liegt aber nicht nur an der Regierung!)

– Nein, das heißt aber, wir müssen uns etwas Neues einfallen lassen,

(Frau Schuster [CDU]: Natürlich, wir sind ja dabei!)

und zwar etwas, was über den gewohnten Rahmen zu denken hinausgeht.

(Frau Schuster [CDU]: So ist es! Wir sind dabei!)

Ich muß Ihnen da einfach unterstellen, daß Sie unseren Antrag nicht genau durchgelesen haben.

(Zuruf von der CDU: Oh, doch!)

Wir haben immer von der gleichen Qualifikation gesprochen und haben verlangt, bei gleicher **Qualifikation** von Männern und Frauen nun Frauen bevorzugt einzustellen. Das heißt, daß – wenn die Gretchenfrage gestellt wird – die Frau vorzuziehen ist. Es soll nicht weiter das geschehen was Sie formulieren, Sie seien bemüht, Frauen stärker zu bervorzugen. Was ist das denn bitte?

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet, es ist wieder in die Entscheidungskompetenz eines Personalentscheidungsträgers gestellt, was er machen wird. Was er machen wird, wissen wir aus jahrelanger Erfahrung.

Deshalb ist es so wichtig, Frau Heiser, daß dieses Thema in die Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen der Führungskräfte aufgenommen wird. Sie müssen ein Gefühl dafür bekommen. Herr Zimmermann, ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie das im Ausschuß ansprechen wollen, weil das Thema nur so – trotz unterschiedlicher Positionen – problematisiert wird und überhaupt in die Köpfe hineingeht. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt daran.

(Beifall bei der SPD)

Im Unterabschnitt 2 b, den Sie angesprochen haben, ist eine harte **Quotierung** enthalten. Da gebe ich Ihnen recht. Das ist aber nicht nur eine statistische Größe, sondern wir verlangen – wahrscheinlich haben Sie das nicht verstanden –, wenn meinetwegen 9 % Frauen in der Eingangsstufe einer Laufbahngruppe sind, Instrumente zu überlegen, die dazu führen, daß diese 9 % bis in die Führungsposition durchgehalten werden. Das würde keinesfalls bedeuten, daß Männer völlig unter den Tisch fallen. Das kann es gar nicht bedeuten – im Gegenteil, es ist ein zaghafter erster Versuch, in den Strukturen etwas zu ändern.

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Frau Abgeordnete Paulina-Mürl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Zimmermann?

Frau Paulina-Mürl [SPD]:

Nein, ich möchte zu Ende reden, aber ich möchte gern auf das eingehen, was von Herrn Zimmermann gekommen ist in bezug auf das **Grundgesetz**. Es ist interessant, Ihre Argumente zu hören. Haben Sie denn nicht realisiert, daß das, was heute stattfindet, auch eine **Quotierung** ist, nämlich eine unausgesprochene Quotierung für Männer in allen Laufbahnen?

(Beifall bei der SPD)

Die Leute, die dies entscheiden, leiten nämlich ihre Kriterien – ich habe versucht, das in meiner Begründung deutlich zu machen – aus ganz anderen Bildern, Empfindungen, Vorurteilen und Klischees her. Das heißt, das läuft gar nicht so rational ab. Ich habe an keiner Stelle bestritten, daß die **rechtliche Situation** für Männer und Frauen gleich ist. Um so erstaunlicher sind aber die Unterschiede, die zustande kommen. Die gilt es aufzubrechen. Ich gebe Ihnen recht, daß in dieser Diskussion um den Rechtsstandpunkt noch etwas getan werden muß, aber Sie wissen wie ich, daß Rechtsgutachten vorliegen, nach denen dieser Quotierungsvorbehalt durchsetzbar ist. Es ist Ihr Innenminister Zimmermann gewesen, der die Hamburger darin bestätigt hat, daß sie solche Regelungen durchführen können.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

(Frau Paulina-Mürl)

Daran wird deutlich, daß diese Überlegungen anzustellen sind. Die Frage ist – deshalb bin ich dankbar, daß Sie der Überweisung zustimmen werden –, ob dies progressiv auch von dieser Landesregierung angegangen wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Meine Damen und Herren, wenn ich es recht sehe, liegen Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 6 nicht mehr vor. Es ist beantragt worden, den Antrag 10/165 an den Innen- und Rechtsausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Ich mache darauf aufmerksam, daß die achte Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 6. Dezember 1983 um 10.00 Uhr beginnt. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Heimfahrt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17.25 Uhr

S. 740

Ausgegeben am 14. Dezember 1983

Die Plenarprotokolle sind fortlaufend und einzeln beim Verlag Schmidt & Klaunig, Ringstraße 19, 2300 Kiel, Fernruf 6 20 95/96, zu beziehen.